

## Psychogramm

Jammer-Ossi und Besser-Wessi: Schwierigkeiten beim Miteinander hatten beide. **Seiten 30 und 31**

## Erinnerung

Simply Black: Erlebnisse am 18. März 1990 – versprengt auf eine CDU-Wahlparty in Magdeburg. **Seite 36**



## Klartext

Der Ruf des Vaterlandes: Ex-Treuhandspreecher Wolf Schöde über Zynismus und Abwicklung. **Seiten 22 und 23**

Foto: nd/Ulfi Winkler

Sonnabend/Sonntag, 27./28. Juni 2015

www.neues-deutschland.de



### Sieben Tage, sieben Nächte

Dieser Text muss mit Thilo Sarrazin beginnen. Der Mann ist nicht nur durch Beleidigungen von Erwerbslosen oder gruselige Bevölkerungstheorien hervorgetreten. Er war auch einmal Referatsleiter im Finanzministerium, dem im Westen. Vier Tage, so will es die Erzählung, hat er gebraucht, einen 14-seitigen Vermerk zu schreiben, in dem Eckpunkte formuliert wurden für eines der größten politischen Manöver der deutschen Geschichte: die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. In der DDR wurde am 1. Juli 1990 die D-Mark eingeführt. Die ostdeutsche Wirtschaft brach weitgehend zusammen. Die Folgen sind bis heute zu besichtigen.

Als Sarrazin einmal gefragt wurde, ob ihm klar gewesen sei, was sein Vermerk praktisch auslösen würde, antwortete der deutsche Beamte in ihm: Es seien sein »Ehrgeiz und meine Pflicht, auch Kosten und Risiken aufzuzeigen. Aber ich stand zu 100 Prozent hinter dem Kurs des Hauses und der Bundesregierung, die Währungsunion anzubieten.« Eine Zahl aus Sarrazins Prognose lautete: Allein 35 bis 40 Prozent der Industriebeschäftigten würden ihre Arbeit verlieren. »Jeder wusste, dass wir ein Wagnis eingingen«, so sagte es Sarrazin im Rückblick.

Nur sagte es nicht jeder. Helmut Kohl, dem der Mantel der Geschichte gewaltig über den Kanzlerleib spannte, meldete sich an jenem 1. Juli 1990 per Fernsehrede und versprach: »Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor – dafür vielen besser.« Auch das Wort von den »blühenden Landschaften« fiel. Spätere Berechnungen zeigten, dass zwischen 1989 und 1991 mehr als 2,5 Millionen Menschen in Ostdeutschland arbeitslos wurden.

Dass es Absahner, Profiteure, politische und ökonomische Gewinner dieses Bruchs gab, stimmt dabei genauso, wie der 1. Juli 1990 nicht auf einen Ausverkauf der DDR reduziert werden kann. Dort hatten, das zeigte sich spätestens seit Herbst 1989, »die da unten« nicht mehr gewollt – und »die da oben« konnten nicht mehr. Eine Mehrheit im Osten hatte sich gegen die Möglichkeit entschieden, einen anderen Weg einzuschlagen. Bei der Volkskammerwahl im März hatten über 93 Prozent ihre Stimme abgegeben – mehr Beteiligung hatte es zuvor im Westen und auch danach in der Bundesrepublik nicht gegeben.

Was bleibt? Wir haben mit dem früheren Treuhand-Sprecher Wolf Schöde gesprochen, wir sind der Frage nachgegangen, wie pleite die DDR wirklich war und welche Spuren die deutsch-deutsche Währungsunion in Osteuropa hinterließ. Und wir haben uns daran erinnert, was der 1. Juli 1990 für das alte »Neue Deutschland« bedeutete.

Außer Fotos aus einem Dachbodenfund, die uns noch einmal in die Welt von Kaufhallen und Konsum eintauchen lassen, werden Sie in dieser Sonderausgabe kaum Fotos finden. Stattdessen gibt es jede Menge Grafiken, die davon erzählen, was Ost und West immer noch trennt – und was sich in Ost und West seit 1990 verändert hat. tos

Von den 30 deutschen Dax-Unternehmen sitzt keines im Osten, nur eines in Berlin: im Westteil der Stadt

Alle Grafiken: nd/Holger Hinterseher

# Der Ausverkauf

Die Einführung der D-Mark in der damals noch existierenden DDR Anfang Juli 1990 markierte das eigentliche Ende dieses Staates: Das »neue Geld« war Teil jener Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, welche die Verhältnisse der Bundesrepublik schlagartig in den Osten übertrug: In der Kaufhalle gab es plötzlich Lätta, aber die »volkseigenen« Betriebe gingen an die Treuhand, Märkte brachen weg. Welche Folgen das hatte? **Eine Bilanz 25 Jahre danach**

Wiedersehen nach 25 Jahren: Anfang der 90er Jahre gehörten für Journalisten die wöchentlichen Treuhand-Presskonferenzen mit Mitteilungen über Betriebsverkäufe oder -stilllegungen im Osten zum Pflichtprogramm. Ein Gespräch mit dem Gegenüber von damals.

# »Wir waren doch nicht naiv«

Ex-Treuhand-Sprecher Schöde über den Ruf des Vaterlandes, Zynismus und ein beschissenes Gefühl

**Aus unseren Betrieben ist noch viel mehr rauszuholen, witzelte man einst in der DDR. Aber erst die Treuhand hat das perfektioniert. Sie holte alles heraus aus der DDR-Wirtschaft – einschließlich der Beschäftigten. Haben Sie Ihren Job eigentlich gern gemacht?**

Nicht in jeder Sekunde. Aber im Nachhinein: ja. Als Herr Rohwedder, der erste Chef der Treuhandanstalt, mich anrief und sagte: Kommen Sie mit nach Berlin, war mir augenblicklich klar, was der von mir wollte. Ich sollte den Pressesprecher machen. Das hat mich Überwindung gekostet. Aber Berlin war eine große Herausforderung, da rief sozusagen »das Vaterland«. Übrigens: Nie zuvor und auch nie wieder danach wurde in so kurzer Zeit so viel investiert in die Modernisierung der Wirtschaft in den neuen Ländern.

**Und warum hatten Sie Vorbehalte, was die Treuhand betrifft?**

Nein, es ging um die Funktion. Pressesprecher sind in einer sehr ambivalenten Situation. Ich gehöre noch zu der Generation, die nur über das reden will, was sie auch weiß. Mein Ehrgeiz war immer, die Akten zu kennen. Und so gerät man in den Konflikt, nicht nur alles nach außen zu vertreten, sondern auch nach innen seine Meinung zu äußern. Ich war so eine Art Transmissionsriemen – und ich wusste, dass Rohwedder genau das wollte.

**Wie viele Treuhandakten kannten Sie?**

Ich habe gelesen, so viel ich konnte. Ich habe an allen Vorstands- und Verwaltungsratssitzungen teilgenommen vom ersten bis zum letzten Tag, bekam auch immer die Akten, war also genauso gut informiert, wie alle anderen am Tisch.

**Aber alles zu durchforsten, geht doch gar nicht – die Treuhandanstalt hat über 14 000 Ost-Betriebe und Betriebsteile privatisiert.**

Man filtert raus, sucht bestimmte Informationen. Ich habe mir grundsätzlich nie Zahlen gemerkt. Die habe ich auf einen Zettel geschrieben.

**Gesetz den Fall, die Pinocchio-Geschichte stimmt. Wie oft ist Ihnen auf Pressekonferenzen die Nase lang gewachsen?**

Ich habe nie – wie sagt man so schön: wissentlich und willentlich gelogen. Ich habe vieles verschweigen müssen, habe das aber angemerkt. Ich habe auch nichts »durchgestochen«. Die heute übliche Durchstecherei fing damals an. Als ich noch im Ministerium in Nordrhein-Westfalen war, wurden bereits Papiere geschrieben, nur um sie anschließend weiterzugeben. Das hat mich angekotzt, weil es das Gegenteil von aufklärender Pressearbeit ist.

**Warum war für Sie Rohwedders Anruf ein »Ruf des Vaterlandes«?**

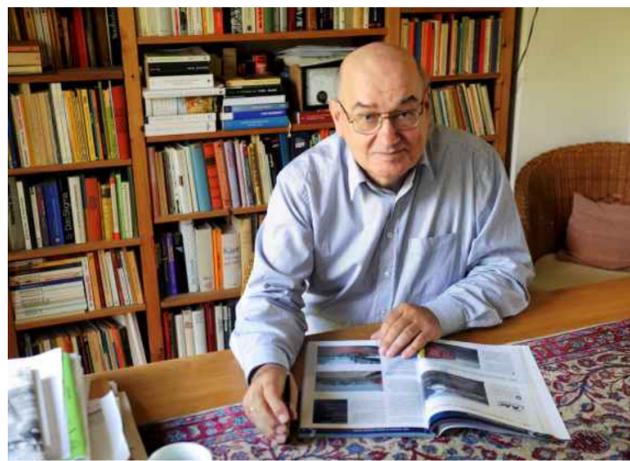
Das ist ganz einfach. Ich hatte mit der DDR nie etwas zu tun, wir hatten keine Verwandten dort, ich bin in den 60ern ein einziges Mal in Ostberlin gewesen. Ich hatte weder innere Hass- oder andere negative Gefühle, war nur normal interessiert. Ich war ein Liberaler. Und Antikommunist, klar. Ich habe bis in den Sommer 1989 das Wort »Wiedervereinigung« immer nur im Zusammenhang mit Kaltem Krieg und Katastrophe assoziiert. Ab Mitte 1989 habe ich ein Zusammengehen Woche für Woche mehr für möglich gehalten.

**Warum?**

Wir hatten bei der Gestaltung des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen jede Menge Technologiezentren für Existenzgründer gebildet. Im September 1989 interessierte sich ein Professor in Dresden dafür, wollte uns besuchen. Eines Tages erschien bei mir ein Professor für Mikroelektronik von der TU Dresden und stellvertretender Forschungsabteilungsleiter von Ro-

Der heute 73-jährige Wolf Schöde, einst Physiker, später im nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium viel mit dem Strukturwandel befasst, war als Pressesprecher neben Treuhand-Chefin Birgit Breuel, wohl das bekannteste Gesicht der DDR-Abwicklungsbehörde. Er genoss das Vertrauen des ersten Treuhand-Präsidenten Detlev Rohwedder wie dessen Nachfolgerin und zog den Zorn Zehntausender auf sich, die Opfer des Ausverkaufs der DDR-Wirtschaft wurden. Heute lebt Schöde in Berlin, arbeitet freiberuflich in der Aerospace-Industrie und ist Kassenwart eines Segelvereins im Land Brandenburg. **Gabriele Oertel** und **René Heilig** sprachen mit ihm.

Foto: nd/Ulli Winkler



botron. Ich habe darüber meinem Heimschutzbeauftragten Bericht erstattet, und der seinem. Erst redeten wir über Physik, dann darüber, wie schlecht das mit der Mikroelektronik in Europa ist und dann kamen wir auf die Technologiezentren. Der Gast wollte wissen, ob man so etwas auch in der DDR machen könnte. Dann habe ich erzählt, wie man »promovierte Lötkolben« unterstützt, die mussten als Existenzgründer ja plötzlich lernen, Rechnungen zu schreiben und Material einzukaufen. Es gab eine Gegenladung. Im Dezember 1989

sind wir nach Dresden gefahren und ich tippte auf den Knien ein Kooperationsabkommen zur Gründung eines ersten Joint-Ventures-Technologiezentrums, das es noch heute gibt. Damals sagte Rohwedder, der sich uns angeschlossen hatte, ironisch: »Das Vaterland braucht uns jetzt.«

**Ihr Verhältnis zu Rohwedder war ein besonderes?**

Ja. Ein Vertrauensverhältnis. Ich war sein Mann, was nicht bedeutete, dass er nicht auch streng und kalt mir gegenüber sein konnte. Er forderte Un-

mögliches von sich, aber auch von seinen Mitarbeitern. Er war auch ein Mensch, der an den Widersprüchen litt. Rohwedder war ein intellektueller und reflektierter Zeitgenosse.

**War er ein Wirtschaftsfachmann?**

Er war überhaupt d e r Wirtschaftsfachmann. Der Rohwedder war nicht nur Jurist, sondern auch Wirtschaftsprüfer. Das war in der alten Bundesrepublik so ungefähr das Vornehmste vom Vornehmen und das Schwierigste vom Schwierigen im Bereich der Wirtschaft.

**Also kann man seiner Einschätzung, dass die DDR-Volkswirtschaft 600 Milliarden wert ist, glauben?**

Diese Bemerkung muss man aus dem Kontext interpretieren. Der zentrale Punkt der ganzen Diskussion ist der Begriff des Wertes. Etwas, was gestern noch etwas wert war, ist heute nichts mehr wert und morgen schon gar nichts mehr. Werte leiten sich nicht aus der Vergangenheit ab, sondern immer aus der Zukunft. Ob eine Maschine bei Leuna von Herrn Schalck erst im Jahr 1986 für 100 Millionen DM gekauft worden ist, interessiert im Umbruch keinen, wenn diese Maschine für den Ostmarkt produzierte, die Russen das Produkt aber nicht mehr abnahmen. Dann hatte die Maschine nur noch Schrottwert. Das war die ganze Dramatik.

**Aber das muss Rohwedder doch gewusst haben.**

Die 600-Milliarden-Aussage war im September 1990 in Wien bei einem Vortrag in der IHK gefallen. Da wollte man wissen, können die Deutschen überhaupt so viel Geld für die Einheit mobilisieren, wird da nicht die D-Mark schwach, wo soll das Geld herkommen? Und da hat Rohwedder gesagt, es gebe ja einen Gegenwert. Und sich auf eine Aufstellung berufen, die das Wirtschaftsministerium der DDR gemacht hatte. Der saldierte Substanzwert von Unternehmen, Grundstücken, Infrastruktur, Landwirtschaftsflächen ergab 600 Milliarden DM. Rohwedder sagte: »Der ganze Salat ist 600 Milliarden wert« und hatte sich mit dem »Salat« schon innerlich distanziert. Ihm war die ganze Diskussion, die buchhalterische und kleinkrämerische Ignoranz der Leute zuwider. Rohwedder war klar, das Problem musste gelöst werden. Egal wie. Wir hatten doch gar keine Wahl und standen doch nicht vor der Frage, ob wir die Wiedervereinigung wollten oder nicht.

**Wert und Gegenwert. Und was waren die Menschen wert?**

Dass die Menschen der DDR einen ganz ganz hohen Wert hatten, kann man schon allein daran sehen, dass Hunderttausende möglicherweise sogar bis zu einer Million extrem gut ausgebildeter Fachkräfte in der zweiten Hälfte 1989 und der ersten Hälfte 1990 lautlos vom Arbeitsmarkt im Westen absorbiert wurden. Es kamen so viele Elektroingenieure, Ärzte, Lehrer, Kindergärtnerinnen, Facharbeiter in der ersten Welle unter. Dies ist nicht geschehen, weil man ihren Wert nicht schätzte. Im Gegenteil. Dann kam die zweite Welle. Sie wissen, dass die Kombinate sich von März bis Sommer 1990 selbst zerlegten.

**Sie wollen sagen, daran war noch kein Wessi beteiligt.**

Bei dieser Selbsterlegung der Kombinate sind Begriffe aufgetaucht, die ich auch erst gelernt habe: »Kernbelegschaft« und »Mantelbelegschaft«. Kombinateleitungen wie Betriebsräte hatten ein großes Interesse daran, dass Kernbelegschaften erhalten blieben. Aber alle, die im Rahmen der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik im Gesundheitszentrum oder Kulturhaus arbeiteten, wurden ausgegliedert. In dieser Phase entstanden die ersten hohen Arbeitslosenzahlen. Dann gab es Abfindungen. Die Westgewerkschaften berieten die Osis: »Euer Feind ist jetzt nicht mehr irgendwo, euer Feind ist jetzt der Kombinate direktor. Wir erklären euch mal, was ihr fordern müsst.« Freilich gab es auch den ein oder anderen, der gern gegangen ist. 30 000 Mark Abfindung, Häuschen abbezahlt.

**Aber heftige Rausschmisse gab es auch nach der Privatisierung durch die Treuhand.**

Das war der nächste Schritt. Jetzt mussten alle Unternehmen Sanierungskonzepte vorlegen. Daraus ergab sich, mit welchen Maschinen, mit welchen Menschen, mit welchem Geld

## Das Ziel war die rasche Privatisierung

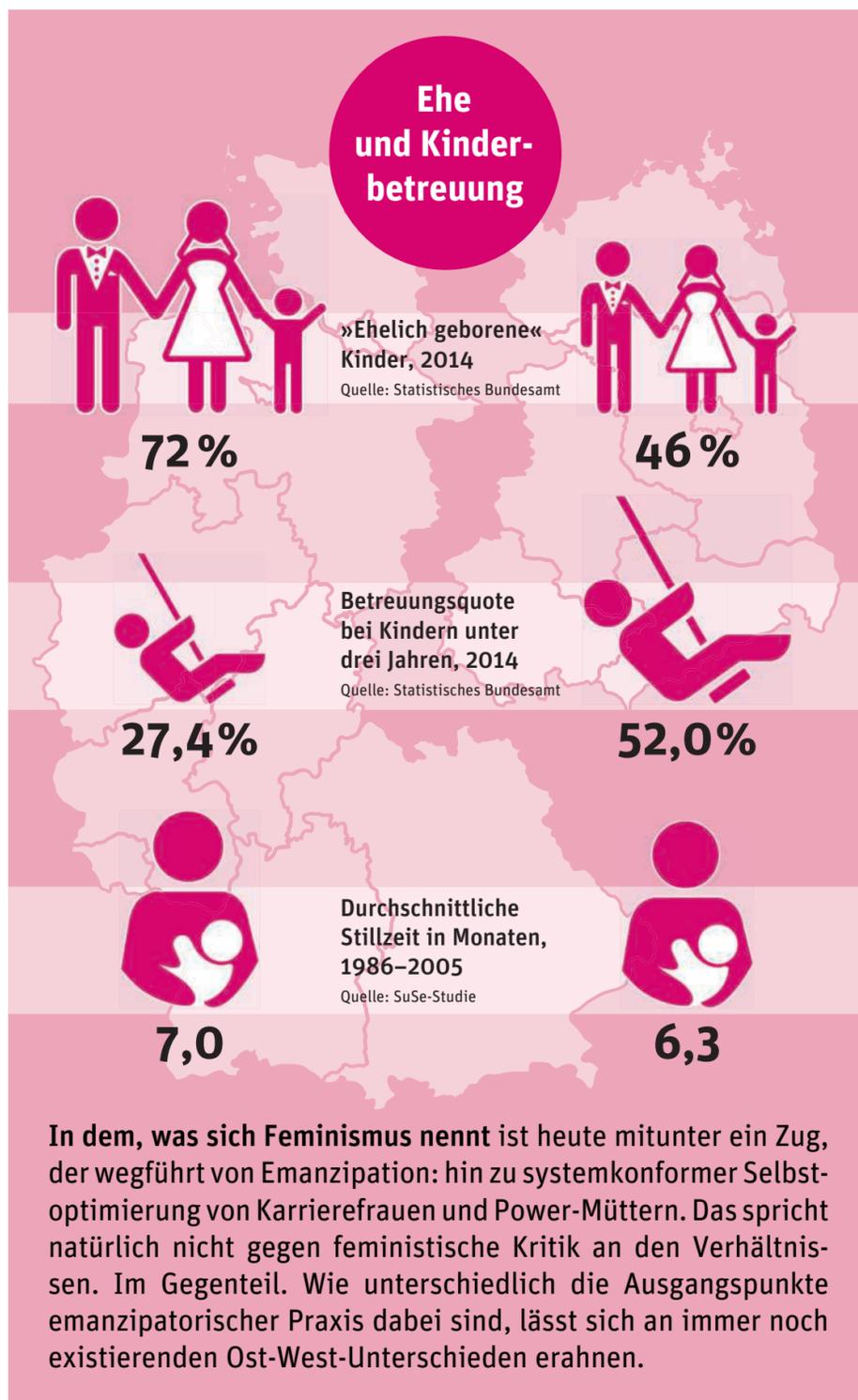
Die Wirtschaftsunion wurde an die Treuhand übertragen

Am 1. Juli 1990 trat das Treuhandgesetz in Kraft. Es sollte als Ergänzung zur Währungsunion die DDR-Wirtschaft nach bundesdeutschem Vorbild umstrukturieren. Laut Präambel war es das Ziel, »die unternehmerische Tätigkeit des Staates durch Privatisierung so rasch und so weit wie möglich zurückzuführen.«

Am 16. Juli konstituierte sich die Treuhandanstalt, die dem DDR-Ministerrat unterstand. Ihr wurden 8500 Industriebetriebe, 25 000 Läden sowie 7500 Hotels und Gaststätten mitsamt ihren vier Millionen Beschäftigten und 1,7 Millionen Hektar Land übertragen. Das Vermögen wurde auf rund 620 Milliarden Mark geschätzt. Der Unternehmensbestand erhöhte sich im Laufe der Zeit durch Kombinatentflechtungen auf rund 14 600.

Nach der Vereinigung wurde die Treuhand, wie es das Gesetz festlegte, als rechtsfähige bundesunmittelbare Anstalt öffentlichen Rechts weitergeführt. Unter der Fachaufsicht des Bundesfinanzministeriums waren hier in Spitzenzeiten 4500 Mitarbeiter tätig. Rund 80 Prozent stammten aus dem Osten, wobei fast alle Chefs aus dem Westen kamen.

Ende 2004 wurde die Treuhandanstalt aufgelöst, ihre Arbeit von der BvS, der TLG Immobilien und dem Bodenprivatisierer BVVG fortgesetzt. Die Treuhand schloss mit einem Fehlbetrag von rund 270 Milliarden DM ab, die Erlöse beliefen sich auf lediglich 60 Milliarden DM. Mehr als 3500 Firmen wurden abgewickelt, viele andere billig verscherebelt. 85 Prozent der Unternehmen waren danach in westdeutscher Hand. Von den ehemals 4,1 Millionen Arbeitsplätzen waren Ende 1994 noch 1,5 Millionen übrig. *KStE*



sollten künftig welche Produkte hergestellt und auf welchem Markt verkauft werden. Doch der Ostmarkt brach 1991/92 zusammen. Die, die vor Kraft nicht gehen konnten, weil sie sagten, wir haben Verträge und liefern Eisenbahnzüge bis ins kommende Jahrtausend nach Russland, standen vor dem Aus. Und dann kam die Privatisierung dazu. Der neue Eigentümer sagte, von 2000 Beschäftigten nur die Übernahme von 600 garantieren zu können. Für 1400 musste ein Sozialplan gemacht werden, der dann oft nicht eingehalten wurde. Das alles führte zu viel Murren, aber bis 1993 nie zu einem »Aufstand«. Vielleicht auch, weil ja keiner ins Bergfreie fiel. Das soziale Netz hat gehalten, bittere Armut ist nicht entstanden. Die menschliche Seite ist natürlich eine andere.

**Haben Sie sich mit der beschäftigt?** Aber ja, stets und ständig! Schließlich hat mich damals in NRW, als Rheinhausen brannte, das Ministerium dahin geschickt, morgens um acht Uhr zu 5000 Leuten. Wir wussten freilich, dass Strukturwandel auch mit Freisetzung und Entwertung zu tun hat. Wir waren doch nicht naiv.

**Sind Sie gerne auf Arbeit gegangen, wenn Sie wussten, nachmittags stehen die Belegschaften wieder vor der Treuhandanstalt? Hat Sie das irgendwie belastet?**

Selbstverständlich! Erst einmal hat man Angst. Es war immer eine aggressive Situation. »Treuhenker« wurde gerufen, Puppen hingen am Galgen. Ein falsches Wort hätte den Kessel zur Explosion bringen können. Man weiß freilich auch, dass die eigenen Argumente in dieser Situation nicht durchdringen und die Menschen, die da vor einem stehen, selbst nichts für ihre Situation können. Zudem sagte mir meine NRW-Erfahrung, dass es kein Patentrezept gibt für alle, die protestierten. Mein Ehrgeiz war, so verständlich wie möglich, die innere Rationalität deutlich zu machen, damit die Leute nicht das Gefühl haben, da sind Schurken, Ignoranten oder Verbrecher am Werk. Die Gefahr, in so einem Job zum Zyniker zu werden, ist groß.

**Haben Sie Schöde mal als Zyniker erpapt?**

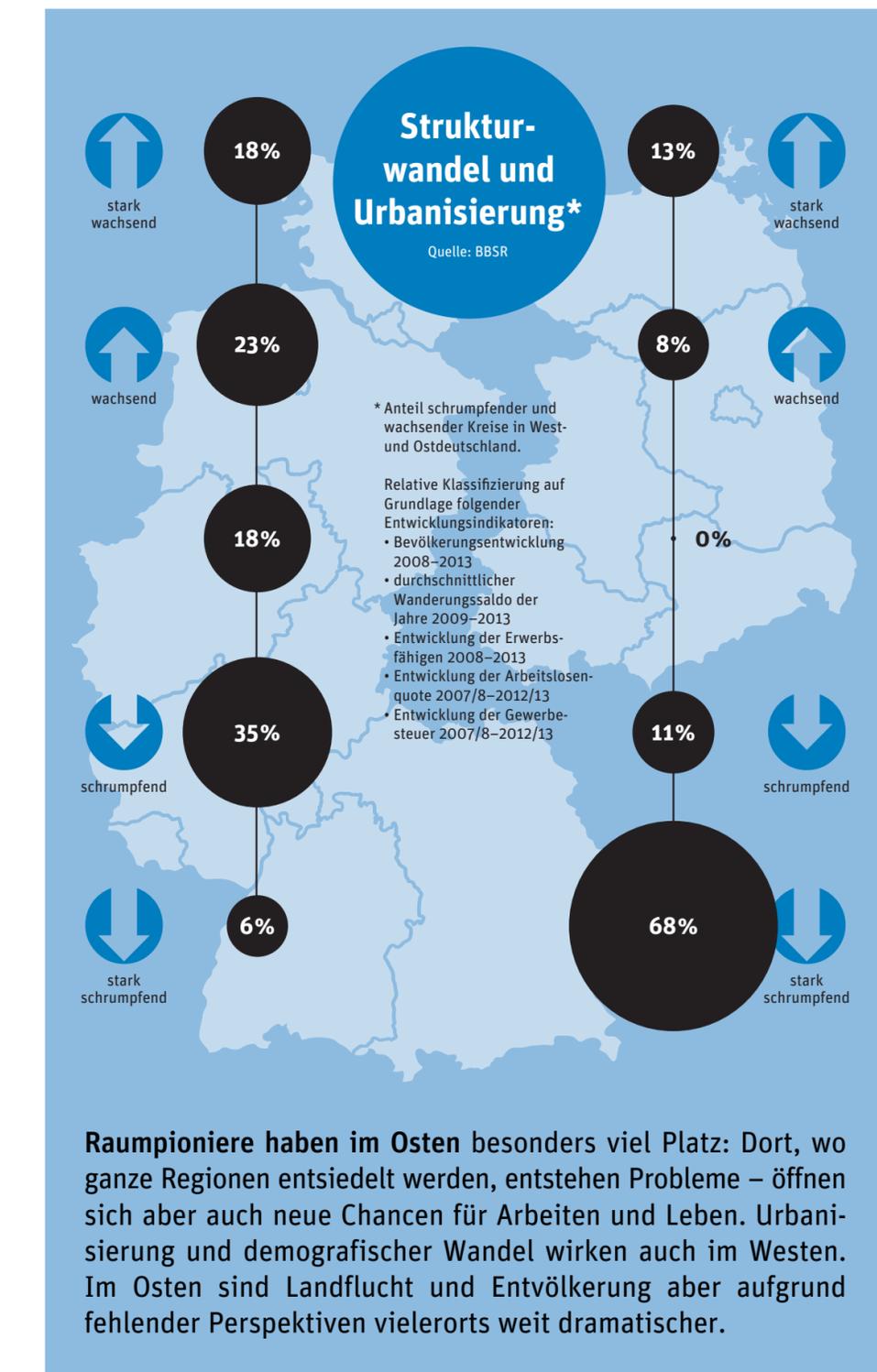
Als Zyniker nicht, aber ich nahm Zuflucht zur Ironie. Ja. Ich war auch frech und habe manchmal Presseerklärungen formuliert, die nicht immer konventionell waren. Als die Hausdurchsuchung beim ND war und Sie ein Extrablatt mit dem schwarzen Balken wegen Treuhanddiktat verteilten, haben wir eine solche Pressemitteilung gemacht. Und das ND auf unserer Pressekonferenz mitgeliefert, damit klar war, worum es ging.

**Um nicht weniger als die Pressefreiheit, also ein Grundrecht...**

Es ging um Pressefreiheit. Mir hatte diese Hausdurchsuchung gestunken. Auf der anderen Seite hat mir auch die Art und Weise der Agitation Ihres Hauses gestunken. Da wollte ich noch einen drauf setzen... Aber es stimmt schon, wenn man abends nach Hause kam, begann das Verarbeiten. Dabei hatte ich nur zwei Ziele: Erstens, ich will verstehen, was da abläuft und nicht in Dummheit und Naivität untergehen. Und das zweite, ich will nicht zum Zyniker werden.

**Als Sie in Berlin Pressekonferenzen leiteten, waren wir in Bischofferode. Den Kumpels war es bitterernst, als sie die Grube besetzten. Da hungerte eine Kernbelegschaft. Und die Treuhand bekam doch noch einen Aufstand – und ihr größtes PR-Desaster.**

Tja, Bischofferode – aus heutiger Sicht würde ich sagen, das war ein kommunikativer Fehler. Es ging um die Privatisierung des Kalibergbaus der DDR. Kali und Salz im Westen sollte übernehmen. Und hat gesagt, wir können nicht alles aufrechterhalten im Osten, wir haben auch im Westen Strukturwandel. Dann hat Klaus Schucht – der damalige Vorstand der Treuhand, der dafür zuständige spätere Wirtschaftsminister in Magdeburg, einst Bergwerksdirektor in Dortmund – entschieden, das adäquat den Stilllegungsstrategien im Westen zu handhaben. Das hieß, ein Gutachten in Auftrag geben, das jede Grube im Westen wie im Osten nach ihrer Zukunftsfähigkeit – größten Ertrag, beste Effizienz, längste Reichweite – bewertet. Dabei kam heraus, dass Bischofferode nicht mehr lohnt. Der Fehler war, das Verfahren nicht



**Raumpioniere haben im Osten besonders viel Platz: Dort, wo ganze Regionen entsiedelt werden, entstehen Probleme – öffnen sich aber auch neue Chancen für Arbeiten und Leben. Urbanisierung und demografischer Wandel wirken auch im Westen. Im Osten sind Landflucht und Entvölkerung aber aufgrund fehlender Perspektiven vielerorts weit dramatischer.**

nach außen kommuniziert zu haben. Den Kumpels beschied man nur, das sei die intern getroffene Entscheidung, mit der Gewerkschaft abgestimmt, die bleibt. Punkt.

**Punkt...?**

Wenn Sie nicht immer so streng gucken würden, könnte ich ja sagen, wie ich mich dabei gefühlt habe: ziemlich beschissen. Ich war ein paar Mal bei Schucht und habe gesagt: Das können Sie doch nicht machen! Seine Antwort: Doch, das haben wir im Ruhrbergbau immer so gemacht.

**Hatte man in der Treuhand Angst, dass Bischofferode Schule macht?**

1993 nicht mehr. Da war ja die große Welle schon durchgelaufen. Da hatten wir die Diskussion über die industriellen Kerne. Es wurde die Verabredung getroffen, in jedem Land einen großen Schwerpunkt zu erhalten – also Brandenburg kriegt sein EKO renoviert, Mecklenburg-Vorpommern eine neue Werft... Es gab eben einen großen Unterschied zwischen dem Strukturwandel in der Ex-DDR und in Nordrhein-Westfalen: Wenn Rheinhausen brannte, brannte nur Rheinhausen. In der DDR brannte alles gleichzeitig. Das Schlimme war, nicht Herr über die Zeit zu sein. Dieses Argument, das im Westen immer gegolten hatte – wir kaufen Zeit – zog nur begrenzt. So viel Geld gab es gar nicht, um sich an allen DDR-Rheinhausens Zeit zu kaufen. Da konnten nur ein paar der berühmten Leuchttürme errichtet werden.

**Keine andere Institution in der Bundesrepublik erfuhr je so eine große Aufmerksamkeits, wie die weltweit größte Industrieholding.** Richtig. Wir standen unter extremer Beobachtung.

**Und trotzdem gab es da Skandale, Verträge wurden auf der Serviette gemacht, Betriebe leer geplündert, Konten abgeräumt.**

Ich war nicht dabei! Wenn ich etwas darüber wüsste, hätte ich es längst dem Staatsanwalt gesagt.

**Sie wollen sagen, es gab keine »linken« Dinger?**

Nein, nein, wenn es etwas gegeben hat, ist es schnell raus gekommen. Es gibt wahrscheinlich keinen Fall, der länger als 14 Tage gebraucht hat, bis er öffentlich war.

**Das mag für kleine Grundstücke, nicht bei Filetstücken stimmen. Man muss nicht »Tatort«-Fan sein, um zu wissen, dass man ab einer gewissen Summe lieber die Klappe hält. Könnte man den »Fall Rohwedder« nicht auch so verstehen?**

Ich weiß, was Sie meinen. Sie denken an den Rohwedder-Mord?

**Ja.**

Das ist eine andere Geschichte.

**Wirklich?**

Ich will nicht ausweichen, doch bleiben mir mal bei der einen Sache. Also die Privatisierung der Werften in Mecklenburg-Vorpommern hat zu einem Riesenskandal geführt, weil der Chef vom Bremer Vulkan die EU-Ost-Zuschüsse im Westen eingesetzt hat. Dafür ging er in den Knast. Bischofferode führte zu einem großen Skandal, aber nicht juristisch. Dafür hat es in Halle bei der Immobilienprivatisierung einen Riesenkrah gegeben, der zur Absetzung von Treuhand-Mitarbeitern führte. Keine Beschwerden gab's bei der Privatisierung der Mikroelektronik in Dresden.

**Und Leuna?**

Bei Leuna gab es ein Problem als die Raffinerie gebaut wurde. Insider haben gesagt, Thyssen baut zu teuer, mit vergoldeten Ventilen. Das wäre dann aber Subventionsbetrug.

**Es gab doch einen Untersuchungsausschuss. Und Sonderermittler Burkhard Hirsch hat behauptet,**

**dass Akten kistenweise verschwunden sind.**

Ja, ich glaube, das ist die Leuna-Geschichte gewesen.

**Leuna und CDU-Spendengelder spielten wohl eine gemeinsame Rolle. Haben Sie den Untersuchungsausschuss als hilfreich erachtet?**

Die offizielle Einschätzung der Treuhand war, dass er nicht hilfreich ist.

**Und Ihre Meinung?**

Was raus kommt, kommt raus.

**Hat die CDU irgendwelche Spendengelder gekriegt, Ja oder Nein?**

Ich würde vermuten, wenn sie sie gekriegt hätte, wäre die Wahrscheinlichkeit groß gewesen, dass man es hätte nachweisen können. Ich mache den Umkehrschluss: Weil man es nicht hat nachweisen können, vermute ich, dass nichts bei der CDU direkt angekommen ist. Möglicherweise ist bei irgendwelchen Zuträgern Geld geflossen und sicher haben dieser Holtzer und wie die alle hießen, auch mal einen Briefumschlag bei irgendeiner Institution liegen lassen. Die Frage war immer, ist in der CDU-Kasse was zu finden. Den berühmten rauchenden Colt hat man aber nicht gefunden.

**Wir sollten aber nicht den Pessimismus vergessen, den Finanzminister Waigel den Treuhandleuten ausgestellt hat.**

Diese Haftungsfreistellung gab es, weil sich sonst keiner bereit gefunden hätte, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Westdeutsche Manager in den Kategorien Aufsichtsrats- oder Vorstandsvorsitzende, Prokuristen, Handlungsbevollmächtigte kamen in den Osten und mussten mit unsicheren DDR-Eröffnungsbilanzen und Sanierungskonzepten umgehen. Es war von vorn herein klar, dass man Menschen braucht, die für einen bestimmten Zeitraum Risikoentscheidungen treffen, in einer Mischung aus rationalem Verstand und Bauchge-

fühl. Um das zu ermöglichen und diesen Menschen die Angst zu nehmen, dass man sie wegen Untreue verdächtigt, hat man diese Haftungsfreistellung gemacht.

**Klaus Schucht hat 1400 Seiten aufgeschrieben. Und verfügt, dass das Buch zehn Jahre unter Verschluss bleibt. Seltsam, oder? Nach dem Ende der Treuhandanstalt war Birgit Breuel nicht in einer einzigen Talkshow. Es gibt keine Biografien »Mein Leben als Retter des Vaterlandes«. Warum das Schweigen?**

Was Frau Breuel betrifft, stimmt das. Doch sonst wurde viel geschrieben. Zum Ende der Treuhand haben wir eine Dokumentation auf den Tisch gestellt. Das war der Versuch, alle Quellen offen zu halten. Wenn mich jemand als Zeitzeuge will, stehe ich zur Verfügung. Trotzdem haben Sie Recht, die Gesamtanalyse fehlt.

**Mit Verlaub, die Erfahrungen in der Ex-DDR mit der Transformation sind doch einzigartiges Know how für Prozesse, die im Osten Europas weitergingen. Und niemand hat die Haupterfahrungen aufgeschrieben?** Ich war jetzt eine Woche in Weißrussland. Da ging es um das Thema Strukturwandel. Und die wollten von mir hören, wie das alles war. Ich habe mich sehr schwer getan, vollmundig eine Privatisierungsoption zu singen und zu differenzieren versucht. Entscheidend für ein Unternehmen ist nicht, wer Eigentümer ist, sondern, in welchem Maß die Unternehmensleitung der Rationalität des Ökonomischen folgen darf. Oder in welchem Umfang sie gezwungen ist, politische Zusatzziele zu verfolgen. Meine Gesprächspartner haben mich sofort verstanden.

**Nicht schwer vorstellbar in Minsk.** Natürlich kann man heute Konsequenzen und Lehren aus der Treuhandarbeit ziehen. Doch klar muss sein, dass nichts so schwer, ja fast unmöglich ist wie eine Transformation von einer so strukturierten Wirtschaft und Gesellschaft, wie die der DDR, in eine so fundamental anders strukturierte, wie die der Bundesrepublik. Das bleibt ein rational nicht beschreibbarer Prozess. Es ist ein politisch normativer Prozess, aus dem man keine Theorie machen kann.

**Das heißt, in Griechenland müssen dieselben Fehler gemacht werden?** Troika und Treuhand klingen fast identisch. Und beide haben eine Sündenbockfunktion. EU-Chef Juncker hatte vorgeschlagen, nach dem Vorbild der deutschen Treuhand die griechische Wirtschaft umzumodeln. Das Richtige daran ist, dass es dazu einer Institution bedarf, die auf Zeit mit viel Macht und Unabhängigkeit ausgestattet und nicht den tagesaktuellen politischen Einflüssen irgendeines Parteiflügels unterworfen ist.

**Sie haben sich unabhängig gefühlt?**

Nein, natürlich nicht, aber gedankliches Konstrukt war, dass man nicht Teil eines Ministeriums ist. Man schuf eine eigene Institution, auf Zeit übrigens. Zumindest für diese Frist hatte die Regierung im fernen Bonn ihren Blitzableiter in Berlin.

**Nochmal: Warum setzte nach dem Ende der Treuhand das große Schweigen ein?**

Es ist eine offene Wunde, dass wir das nicht aufarbeiten. Wir haben einen Abschlussbericht, eine Abschlusskonferenz und eine Abschiedsveranstaltung mit der Distel gemacht. Aber Sie haben dennoch absolut recht. Ich habe vor zwei Jahren einen Vorschlag gemacht, vergeblich...

**Welchen Vorschlag?**

Zur Aufarbeitung der Treuhandarbeit bräuchte es eine nationale Anstrengung. Wie macht man so etwas in Deutschland? Man gründet eine Stiftung zur Aufarbeitung des Transformationsprozesses. Da gehört nicht nur die Treuhand rein, auch der zusammengebrochene RGW, und, und, und... Daran wird man zehn oder fünfzehn Jahre oder mehr arbeiten. Aber an der Herausgabe der Schriften der Gebrüder Grimm arbeitet man bekannterweise heute auch noch.

**Was braucht es für eine solche Arbeit? Einen Beschluss des Bundestages? Gesetz, ein Abgeordneter klemmt sich dahinter...**

...dem schreibe ich sofort ein Papier und er kann daraus einen Beschlus-

*Die Regierung in Bonn hatte mit der Treuhandanstalt ihren Blitzableiter in Berlin.*

## Nachahmer

Von Anke Stefan, Athen

Die am 1. Juli 2011 unter der Regierung Giorgos Papandreou gegründete TAIPED (Hellenic Republic Asset Development Fund) hat laut Eigenbeschreibung die Aufgabe, »staatliche Eingriffe in den von den Gläubigern Griechenlands erzwungenen Privatisierungsprozess zu beschränken«. Auf Druck »der Institutionen« EU, IWF und EZB wurde sie nach dem Vorbild der deutschen Treuhandgesellschaft aufgebaut und als Aktiengesellschaft konzipiert. Ihre von der Regierung eingesetzten Vorstandsvorsitzenden genossen bis zum Amtsantritt der Regierung Tsipras vollständige Immunität, was die Ergebnisse ihres Wirkens anging. In der kurzen Geschichte der griechischen Treuhand hat jedoch so mancher Vorstandsvorsitzende wegen mutmaßlicher Verwicklung in diverse ältere Wirtschaftsskandale seinen Hut nehmen müssen.

Wie die Treuhand diente die TAIPED unter den griechischen Ministerpräsidenten Papandreou, Papademos und Samaras vor allem als Maschinerie für den Verkauf öffentlichen Eigentums zu Schleuderpreisen. Das dabei anfänglich aufgestellte Ziel von 50 Milliarden Euro innerhalb von fünf bis sechs Jahren entpuppte sich jedoch rasch als reines Wunschdenken. Denn den attraktiven Schnäppchenpreisen des Immobiliensortiments standen und stehen oftmals nicht vollständig geklärte Eigentumsverhältnisse, die komplizierte griechische Bürokratie und Unsicherheit über die weitere Entwicklung des Landes entgegen.

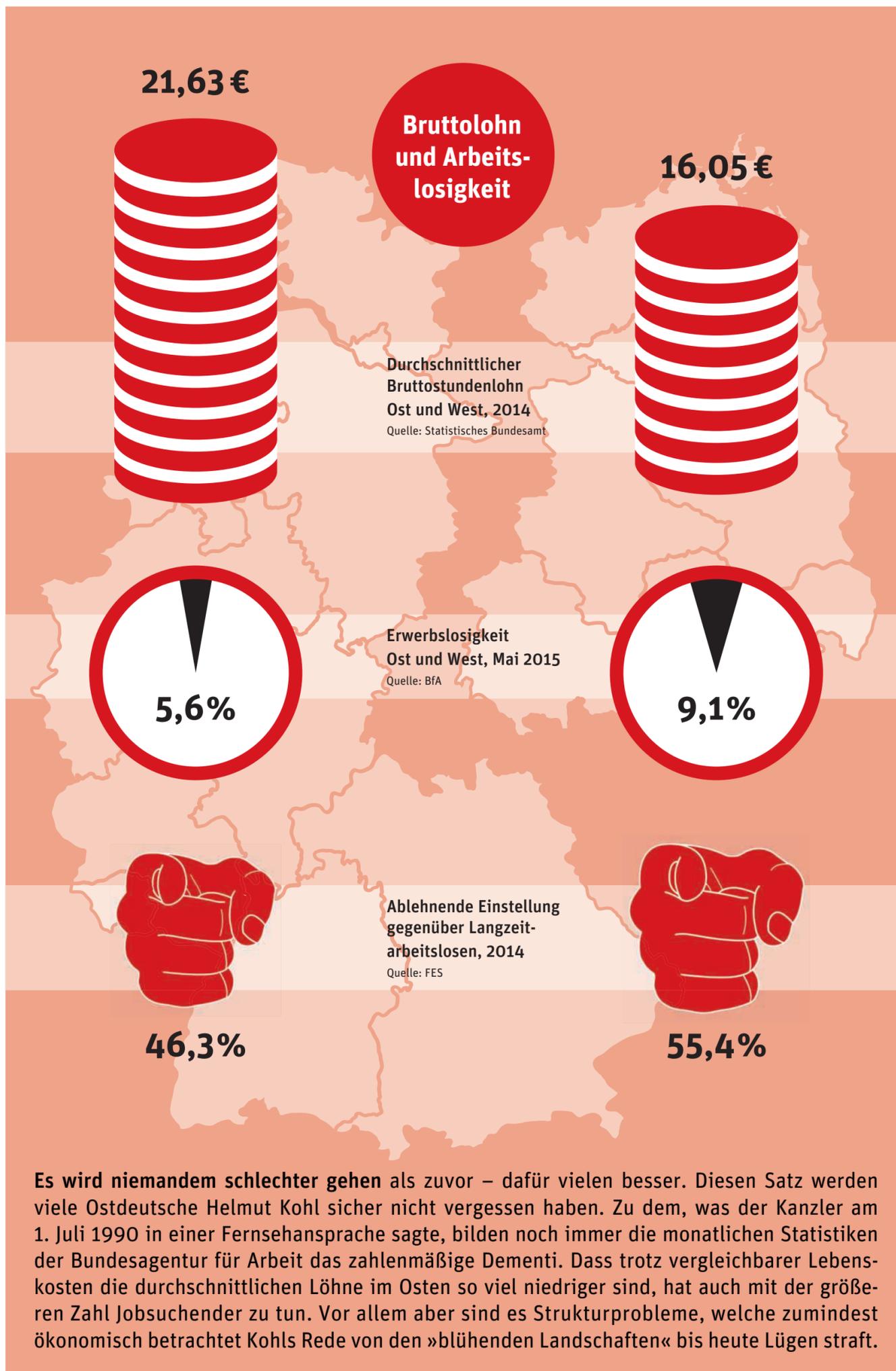
Was aber bisher über den staatlichen Ladentisch ging, hat es in sich. Für schlappe 652 Millionen Euro riss sich im August 2013 die Investmentfirma Emma Delta Holdings Ltd. von Dimitris Melissanidis 33 Prozent der Anteile an der staatlichen Lotteriegesellschaft OPAP unter den Nagel. Der windige Großkapitalist und Fußballvereinsbesitzer erwarb damit ein Huhn, das goldene Eier legt, zu einem Drittel seines eigentlichen Wertes. Denn der griechische Staat hatte bis dahin jährlich etwa 125 Millionen Euro Gewinn aus der OPAP gezogen. Auch eine ganze Reihe staatlich genutzter Gebäude wurden zu Schleuderpreisen privatisiert und im Anschluss zu überhöhten Mieten dem Staat wieder vermietet. Damit soll unter Tsipras jetzt genauso Schluss sein, wie mit der Immunität der TAIPED Verantwortlichen. Die Institution selbst wird jedoch nicht in Frage gestellt.

»Wir halten die rasche Verwirklichung der Währungsunion für das falsche Mittel, um dem Strom von Übersiedlern Einhalt zu gebieten. Es ist wohl unvermeidlich, dass die Einführung der D-Mark bei den Bürgern der DDR die Illusion erwecken muss, mit der Währungsunion sei auch der Anschluss an den Lebensstandard der Bundesrepublik hergestellt. Davon kann jedoch keine Rede sein. Die Erwartung, daß die Produktivität und mit ihr Löhne und Renten bald erheblich steigen werden, ist wohl begründet; allerdings müssen die Voraussetzungen dafür im realwirtschaftlichen Bereich geschaffen werden.«

Brief des Sachverständigenrates der »Fünf Weisen« an Kanzler Kohl vom 9.2.90

»Technisch ist alles möglich, aber es ist nicht sehr realistisch, glaube ich. Realistisch ist es, wenn die Ost-Mark Schritt für Schritt im Rahmen eines umfassenden Reformpaketes konvertibel gemacht wird, wozu die Bundesrepublik beitragen kann. Eine enge währungspolitische Zusammenarbeit wäre in diesem Zusammenhang wünschenswert.«

Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl am 26.1.90 in einem »Zeit«-Interview zur Frage einer schnellen DM-Einführung in der DDR



»Alles deutet darauf hin, daß der ökonomisch schlechtere, teurere und sozial gefährlichere Weg der wirtschaftlichen Vereinigung beschritten worden ist. Eine strukturell schwache, im wesentlichen noch planwirtschaftlich geprägte Wirtschaft wird mit einer Hartwährung ausgestattet und damit der uneingeschränkten Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt. Abrupt werden durch diesen Weg Zukunftsplanungen von Menschen durchkreuzt, Qualifikationen entwertet und eine, wenn gleich oft nur bescheidene, soziale Sicherheit zerstört. Die Unterschiede im Lebensstandard zwischen der BRD und der DDR werden sich für weite Teile der Bevölkerung eher vertiefen.«

Sondermemorandum der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik vom Mai 1990

»Sie haben uns einmal durch die Geldwaschanlage gezogen und schon sind wir sauber. Und der eine oder andere von uns ist vielleicht sogar schon wieder blank. Das kommt eben davon, wenn man gar keine Experimente erst macht, sondern gleich zum Menschenversuch übergeht.«

Peter Ensikat in: »Der Scharfe Kanal«, 14.7.90

# Als die D-Mark die DDR-Mark ersetzte

Statt der behutsamen Annäherung zweier Staaten und Wirtschaftssysteme kam 1990 der monetäre »Big Bang«

1948: Die Währungen der BRD und der DDR waren Kinder der Nachkriegszeit. In den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands wird die D-Mark im Zuge einer Währungsreform am 21. Juni 1948 alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel. Die Folge: Da in der Sowjetischen Besatzungszone durch Zufluss des im Westen wertlos gewordenen Reichsmark-Bargelds eine galoppierende Inflation befürchtet wird, wird nur wenige Tage später im Osten ebenfalls eine Währungsreform durchgeführt und die Mark geschaffen. Die Währungen entwickeln sich sehr unterschiedlich: Während die D-Mark als an den internationalen Devisenmärkten »harte« Währung den Westunternehmen Geschäfte in aller Welt ermöglichen

soll, ist die Mark der DDR eher eine inländische Recheneinheit, also eine »Binnenwährung«.

9. November 1989: Nach dem Fall der Berliner Mauer kommen viele DDR-Bürger erstmals mit der D-Mark in Berührung – an den Zahlstellen bilden sich lange Schlangen für 100 D-Mark »Begrüßungsgeld«.

28. November 1989: Bundeskanzler Helmut Kohl legt einen Zehn-Punkte-Plan für den Weg zur Wiedervereinigung vor. Von einer baldigen Währungsunion oder gar einer politischen Vereinigung ist damals noch keine Rede. Überlegungen beziehen sich auf einen behutsamen, schrittweisen Übergang von der sozialisti-

schen Plan- in die Marktwirtschaft sowie einer allmählichen Annäherung von West und Ost auf dem Weg zu einem gemeinsamen Bundesstaat.

5. Dezember 1989: Bundesrepublik und DDR vereinbaren einen Reisevisafonds, der für Reisende aus der DDR den Geldumtausch ermöglichen soll. Der Fonds tritt zum Jahreswechsel an die Stelle des »Begrüßungsgeldes«. Der Umtauschkurs: 1:1 für die ersten 100 DM, 1:5 für die zweiten 100 DM.

Ende 1989: Auf den anhaltenden Protestdemonstrationen werden geldbezogene Rufe laut: »Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr.«

Weihnachten 1989: Die DDR verzichtet auf den zuvor von westdeutschen Reisenden verlangten Mindestumtausch.

2. Januar 1990: Die DDR führt für Reisende aus Westdeutschland einen Tauschkurs von 1 DM = 3 Mark statt zuvor der Parität ein. Der Kurs wird am 2. Mai auf 1 DM = 2 Mark heraufgesetzt.

6. Februar 1990: Kohl kündigt überraschend an, dass er der DDR sofortige Verhandlungen über eine Wirtschafts- und Währungsunion vorschlagen will. Offiziell wird dies damit begründet, dass allein in den vier Monaten von Oktober 1989 bis Januar 1990 über 300 000 Menschen

die DDR verlassen hatten und in die Bundesrepublik übersiedelt waren. Da die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer sich fortsetzenden Wanderungsbewegung für beide deutschen Staaten unabsehbar gewesen wären, wollte die Politik dies durch rasche Einführung der begehrten D-Mark stoppen. Fast alle ökonomischen Fachleute warnten allerdings vor den Folgen.

13. Februar 1990: Kohl und DDR-Ministerpräsident Hans Modrow verständigen sich im Grundsatz auf die Vorbereitung einer Wirtschafts- und Währungsunion. Eine gemeinsame Kommission soll für die Einführung der D-Mark in der DDR die erforderlichen Voraussetzungen schaffen. Der

Wunsch der DDR-Seite nach einem Solidarbeitrag der Bundesrepublik zur Ankerbelug der ostdeutschen Wirtschaft wird dagegen abgelehnt. Bereits eine Woche nach dem Besuch tritt erstmals die gemeinsame Expertenkommission zu vertraulichen Beratungen zusammen.

18. März 1990: Nach dem Wahlsieg der CDU-geführten »Allianz für Deutschland« bei der Volkskammerwahl wird heftig über den richtigen Umstellungskurs von Ost- zu West-Mark gestritten. »Eins zu Eins, oder wir werden niemals Eins«, fordern Demonstranten in Ost-Berlin.

31. März 1990: Die Taxierung des Umtauschkurses muss willkürlich ge-

# Gewinner der Einheit

Görlitz fasziniert mehr durch Geist und Kulisse. Ein kluger Kopf kann hier aber auch Wirtschaftserfolg haben. Von Michael Bartsch

Es gibt prächtige Villen in Görlitz und noch mehr Gründerzeit- und Jugendstilhäuser, meist in geschlossener Blockrandbebauung. Ein Flächenmerkmal, wie kaum eine zweite deutsche Stadt es bietet. Eine Jugendstil-Villa an der Neiße unweit der Straßenbrücke ins polnische Zgorzelec sticht mit markantem Eckturm heraus. Hier sitzt eine Firma, die idealen Stoff für Wiedervereinigungs-Bilderbücher liefern könnte und ebenso zum Selbstanspruch einer Europastadt passt.

Ein Metallschild am Treppenaufgang zur Beletage: »Erdmann Softwaregesellschaft mbH«. Firmengründer Ulrich Erdmann ist 58 Jahre frisch, nach Herkunft und Gemüt erkennbar Ossi und überaus erfolgreich. »Wir sind Weltmarktführer bei der Softwareentwicklung für die Gleisinstanzhaltung«, erklärt Erdmann ganz unauffällig. Nicht nur bei der Deutschen Bahn, auch bei einem Streckennetz von 160 000 km in ganz Europa kommen Systeme wie IIS und IRISSYS zum Einsatz. Die Expansion nach Australien und die Beteiligung eines holländischen Unternehmens stehen bevor. Etwa 3,5 Millionen Euro Umsatz macht die Firma mit 40 Mitarbeitern jährlich, knapp die Hälfte kann sie als Gewinn verbuchen.

Der gebürtige Magdeburger Ulrich Erdmann kam zum Studium nach Görlitz, als die Ingenieurschule für Elektronik und Informationsverarbeitung noch »Friedrich Engels« hieß. Wie die Innenstadt damals aussah, zeigt eine aktuelle Fotoausstellung des bekannten Dresdner Architekturfotografen Jörg Schöner in den ehemaligen Werkhallen der KEMA. Erschütternde Bilder des Verfalls vom Beginn der 1980er Jahre neben den Bildern von heute in gleicher Perspektive. Allerdings verweist das Ambiente der Ausstellung selbst darauf, dass mit der Rettung der Altstadt und der Wende nicht ausschließlich die Frohe Zukunft anbrach. Der Keramikmaschinenhersteller KEMA meldete 2013 Insolvenz an.

Zweifelloso aber stehen der restaurierte Stadtkern mit bis in die Gotik zurückreichenden Bauten und die hellen Fassaden der umliegenden Gründerzeitviertel für den Ruf, den sich die östlichste Stadt Deutschlands nach 1990 wiedererworben hat. Nicht erst für »Grand Budapest Hotel« und zahlreiche weitere Streifen, sondern schon zu DDR-Zeiten diente die Stadt häufig als Filmkulisse. Unbewohnte Bruchbuden bilden inzwischen die Ausnahme. An einer bunt bemalten am Postplatz nahe des Zentrums prangt oben die riesige Aufschrift »Verfall feiern!!!«.

Dieser Meinung ist Hartmut Wilke, der Amtsleiter für Stadtentwick-

lung, natürlich überhaupt nicht. »Etwas zwei Drittel der Sanierungsvorhaben sind geschafft«, stellt er mit Genugtuung fest. Bundesmitteln hatten daran neben Privatsanierern einen bedeutenden Anteil. Wenn anderswo der »Stadtbau Ost« vor allem als Abrissprogramm, als Marktberingung auf Staatskosten verstanden wurde, sei es in Görlitz gelungen, den Schwerpunkt auf die Wiederherstellung historischer Bausubstanz zu legen.

Als nach der Währungsunion Chancen und Zusammenbrüche dicht beieinander lagen, musste Ulrich Erdmann eigentlich nicht um seine Arbeit kämpfen. Dieser 1. Juli 1990 kam ihm allerdings auch zu schnell. »Wir hätten erst einmal selber wachsen müssen«, meint er rückblickend. Es war auch an der Neiße tatsächlich nicht alles so schlecht wie der Zustand Görlitzer Häuser. Der Hochschulmitarbeiter entwickelte die Ausstattung für Messfahrzeuge der Deutschen Reichsbahn. Als das kuriose Reichsüberbleibsel durch die Bahn des neuen Bundes abgelöst wurde, erwies sich der planwirtschaftliche Messwagen als dem westdeutschen Stand ebenbürtig. Nicht anders sein maßgeblicher Entwickler. Erdmann wurde übernommen, arbeitete im nordrhein-west-

fälischen Minden als Softwareentwickler für die Deutsche Bahn, stieg sogar zum Leiter auf.

Zwischen Görlitz und Minden pendelnd, entschied er sich trotz eines guten Mindener Angebots für die Neiße – und für die Selbstständigkeit. Wohl wissend, was er kann und wie wenig er auf seinem Spezialgebiet ersetzbar ist. »Man braucht nur einen PC, einen

*Nicht erst für »Grand Budapest Hotel« und zahlreiche weitere Streifen, sondern schon zu DDR-Zeiten diente die Stadt häufig als Filmkulisse.*

Schreibtisch und vor allem einen Kopf!« Mit einem bescheidenen PC-Laden in Görlitz fing er an, ein erster größerer Auftrag zur Ausstattung von Schulen kam, dann 1993 mit der Bahn der erste Vertragsabschluss über eine Million Mark! 1994 wurde seine GmbH mit lediglich zwei Mitarbeitern eingetragen.

Wirtschaftlich ging es mit Görlitz nicht so kontinuierlich bergauf wie

mit Erdmanns Software. Ihre alte Handelsfunktion an der Via Regia, als Tor zum Osten, füllt die Stadt bestenfalls kulturell aus. Wohl rollen die Transitströme auf der A4 vorbei, aber ausgerechnet von der Bahn wird Görlitz immer mehr abgehängt. Der traditionelle Waggonbau hat aber überlebt, im Bombardier-Konzern ist Görlitz Leitbetrieb für die Doppelstockwagen. Sonst jedoch gibt es außer dem Siemens-Turbinenbau keine größeren Gewerbesteuerzahler. Noch verfügt die Stadt über einen ausgeglicheneren Haushalt.

Stadtentwickler Wilke nennt andere, weiche Faktoren, die die Anziehungskraft von Görlitz ausmachen. Auch wenn die Kulturhauptstadt-Bewerbung 2010 knapp am Konkurrenten Essen scheiterte, auch wenn die Stadthalle still klagend dahindämmert, gilt Görlitz doch als Kulturstadt. Aus der Bewerbung stammt das Projekt eines deutsch-polnischen Brückenparks beiderseits der Neiße. Theater und Museen sind 2011 um den für die sächsische Landesausstellung hergerichteten Kaisertrutz bereichert worden. Hochschule, weitere Schulen und das Klinikum binden akademisches Personal.

Stadtplaner Hartmut Wilke erwähnt niedrige Mieten bei günstigen Wohnbedingungen, die sowohl

junge Leute als auch flexible und vor allem westdeutsche Senioren anziehen. Schon Bismarck wollte sich 1871 pensionieren lassen und nach Görlitz ziehen, weil er wusste, »dass es sich dort gut lebe«. Der Leerstand in der einst knapp über 100 000 Einwohner zählenden Stadt verringert sich, die Einwohnerzahl stieg in den vergangenen Jahren wieder leicht. Mit dem Berzdorfer See lädt ein ehemaliger Tagebau in der Nachbarschaft zur Erholung. Eingeladen fühlen sich leider auch zahlreiche Diebe.

Von Vorsicht oder gar Ressentiments ist in der Erdmann-Villa nichts zu spüren. Die natürliche, entgegenkommende Atmosphäre bestätigt, was der Chef über das Klima im Haus sagt. Chef will er nämlich gar nicht sein, eher Primus inter pares. Mit den Spitzen der französischen SNCF-Bahnen, die eben das Haus verlassen haben, muss er natürlich selbst verhandeln. Ansonsten aber hat er auch das Leben jenseits der Firma wieder entdeckt, vor allem die Musik in der Big Band der städtischen Musikschule. »Disziplin, aber kein Stress«, lautet sein Motto. Auch dafür bekam er im Vorjahr den Wirtschaftspreis der Europastadt – ohne je einen Cent Wirtschaftsförderung erhalten zu haben.



Foto: imago/imagebroke

## Verlierer der Einheit

In Bischofferode zahlten die Kalikumpel für die Einheit mit ihrem Arbeitsplatz. Von Sebastian Haak

Um an das Schicksal der Kaliberleute von Bischofferode zu erinnern, eignen sich viele Jahrestage. Immer im Dezember kann man daran denken, dass es dieser Monat war, in dem den Kumpeln des Schachts im Eichsfeld verkündet wurde, dass sie arbeitslos würden. Am 10. Dezember 1992 war das. Am 31. Dezember 1993 wurde der Schacht dicht gemacht. Dazwischen lagen die dramatischen Tage, an denen Bilder entstanden, die um die Welt gingen: Eigentlich kräftige Männer, abgehärtet vom Schuften unter Tage, liegen auf Pritschen, abgezehrt, weil sie im Hungerstreik für ihren Arbeitsplatz sind. Auf einer der Liegen haben sie ein künstliches Skelett platziert. Es trägt einen weißen Kali-Arbeiterhelm.

Auch der 1. Juli eignet sich, um an das Schicksal der Bergarbeiter zu erinnern. Nicht nur an ihr Schicksal. Sondern an das, was mit der Wende in der ostdeutschen Industrie von Rostock bis Sonneberg, von Bad Salzungen bis Görlitz geschah: Das Sterben tausender damaliger DDR-Betriebe; Massenentlassungen, die in Massenarbeitslosigkeit mündeten,

deren Folgen bei manchem gelerten DDR-Bürger bis heute nachwirken. Mit der Währungsunion vom 1. Juli 1990 wurde eine wichtige Voraussetzung für dieses wirtschaftliche Desaster geschaffen.

Wenngleich es einen direkten Zusammenhang zwischen der Einführung der D-Mark auf dem Gebiet der DDR noch vor der offiziellen Wiedervereinigung und dem Sterben von Bischofferode nicht gebe, sagt Gerhard Jüttemann, der während des Arbeitskampfes im Eichsfeld, Betriebsratsmitglied war. Einen Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsunion von Bundesrepublik und DDR und diesem Sterben gebe es aber sehr wohl. Die habe »die Riesenschweineerei« erst möglich gemacht, sagt Jüttemann. Dass mit der Wirtschaftsunion die zentralen Elemente der sozialen Marktwirtschaft auf das Hoheitsgebiet der zuvor planwirtschaftlich arbeitenden DDR übertragen worden seien, habe es erst ermöglicht, dass sich das westdeutsche Unternehmen Kali und Salz über die sogenannte Kalifusion der allermeisten ostdeutschen Konkurrenz-

schächte entledigen konnte. Und das tat es gründlich.

Wirtschafts- und Währungsunion lassen sich nicht trennen, die bekanntermaßen beide am 1. Juli 1990 umgesetzt wurden. Die Einführung der D-Mark in der DDR war nicht (nur) große Geste des Westens gegenüber dem Osten

*Die Währungsunion hat diese »Riesenschweineerei« erst möglich gemacht.«*

Betriebsrat  
Gerhard Jüttemann

Deutschlands. Sie war auch Teil des Plans, einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu schaffen. Ebenso wie einen einheitlichen Sozialraum, trat doch – drittens – auch die Sozialunion an diesem Tag in Kraft. All dies war unausweichlicher Teil des Einigungsprozesses. Aber es war eben auch Bedingung dafür, dass viele ostdeutsche Produkte plötz-

lich nicht mehr marktfähig waren. Auch die häufig nicht, die einen Qualitätsvergleich eigentlich nicht zu scheuen brauchten. Mit der neuen Währung brachen massenhaft bisherige Handelsverträge zusammen. So machte manches bundesdeutsche Unternehmen im »Wilden Osten« Kasse. Das Ergebnis war stets das gleiche: Wie in Bischofferode gingen volkseigene Betriebe, die vormals tausenden Menschen Arbeit geboten hatten, pleite. Den wenigsten Verantwortlichen, sagt Jüttemann, sei dieser Zusammenhang um 1990 herum bewusst gewesen. »Mir nicht.«

Bodo Ramelow, der als Westdeutscher die Marktwirtschaft kannte und damals als Gewerkschafter mit an der Seite der Kalikumpel von Bischofferode um deren Arbeitsplätze kämpfte, sagt heute, man könne den Menschen keinen Vorwurf daraus machen, dass sie diese Verbindungen nicht gesehen hätten. Die Ostdeutschen hätten die D-Mark unbedingt gewollt. Trotzdem, sagt Ramelow, sei der Niedergang so vieler DDR-Betriebe nach der Wende »der tückische Preis der D-Mark« gewesen.



Die Betriebsräte Heiner Brodhun und Gerhard Jüttemann (r)  
Foto: dpa

schehen bzw. politisch vorgegeben werden. Die DDR-Mark wird als nicht konvertierbare Währung nämlich nicht an den Devisenmärkten gehandelt und hat dort also keinen Umtauschkurs. Auch die interne Kaufkraft ist aufgrund unzulänglicher Datenlage kaum zu ermitteln. Und auf dem Schwarzmarkt beträgt der Kurs teilweise 14:1. Die Deutsche Bundesbank empfiehlt indes einen grundsätzlichen Umtauschkurs von 2:1. Lediglich Ersparnisse bis zu 2000 Mark sollten 1:1 getauscht werden können.

**12. April 1990:** Die DDR-Volkskammer wählt Lothar de Maizière zum Ministerpräsidenten. Ziel seiner Koalition: Einheit so schnell wie möglich.

**23. April 1990:** Die Koalition in Bonn einigt sich auf die Grundzüge eines Staatsvertrages zur Währungsunion. Gegen den Rat der Bundesbank soll demnach der grundsätzliche Umtauschkurs 1:1 betragen. Tags darauf starten Kohl und de Maizière Re-

gierungsgespräche über die Währungsunion.

**27. April 1990:** Nach Vorgesprächen beginnen in Ost-Berlin offizielle Verhandlungen. Die Delegationen werden geleitet von dem späteren Bundesbankpräsidenten Hans Tietmeyer und DDR-Staatssekretär Günther Krause.

**2. Mai 1990:** Bundesrepublik und DDR legen, begleitet von heftigen Debatten und Demonstrationen, die Umtauschkurse fest. Danach soll ein genereller Kurs etwa für Löhne, Renten und Mieten von 1:1 gelten. Sparguthaben sollen bei Beträgen zwischen 2000 und 6000 Mark nach Alter der Sparer gestaffelt ebenfalls 1:1 umgetauscht werden, Beträge darüber hinaus 2:1. Auch Schulden der Betriebe werden 2:1 getauscht.

**18. Mai 1990:** Bundesfinanzminister Theo Waigel und sein DDR-Amtskollege Walter Romberg unterzeichnen den »Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirt-

schafts- und Sozialunion«. Er umfasst 38 Artikel und 9 Anlagen.

Eines der Kernstücke, die Währungsunion, sieht – nicht nur gegen schwere Bedenken der Bundesbank, sondern auch der meisten Ökonomen – vor, dass »Löhne, Gehälter, Stipendien, Renten, Mieten und Pachten sowie weitere wiederkehrende Zahlungen« im Verhältnis 1:1 umgestellt werden. »Alle anderen auf Mark der Deutschen Demokratischen Republik lautenden Forderungen und Verbindlichkeiten werden grundsätzlich im Verhältnis 2:1 auf Deutsche Mark umgestellt.« Auch für Guthaben gilt damit der grundsätzliche Tauschkurs von 2:1 – mit einer wichtigen Einschränkung: »Guthaben bei Geldinstituten von natürlichen Personen mit Wohnsitz in der Deutschen Demokratischen Republik werden auf Antrag bis zu bestimmten Betragsgrenzen im Verhältnis 1:1 umgestellt, wobei eine Differenzierung nach dem Lebensalter des Berechtigten stattfindet.« Kinder können bis zu 2000 DDR-Mark zu diesem Kurs bar umtauschen, 15- bis 59-Jährige

bis zu 4000 und ältere Menschen bis zu 6000 Mark.

Der Vertrag regelt aber viel mehr als die Übernahme der D-Mark als Zahlungsmittel in der DDR. Es geht um eine weitgehende Übernahme der westdeutschen Wirtschaftsordnung – von der Niederlassungsfreiheit für Gewerbetreibende und dem Arbeitsrecht über das Aktienrecht bis zu den Sozialversicherungen. Der in kürzester Zeit ausgearbeitete Vertrag legt damit die Grundlage für die Einführung der Marktwirtschaft und besiegelt offiziell das Ende der sozialistischen Planwirtschaft. Die DDR gibt darüber hinaus die Hoheit über die Finanzpolitik ab, die Bundesrepublik gewährt dafür Zuschüsse zum Staatshaushalt der DDR und subventioniert den Aufbau der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung.

**1. Juli 1990:** Bundesrepublik und DDR sind monetär vereint – die D-Mark löst das DDR-Geld als alleiniges Zahlungsmittel ab. Dies kommt einem »Big Bang« gleich: Über Nacht gelten für die gut 16 Millionen Bür-

ger dort bis dahin völlig unbekannte Verhältnisse. Ökonomen sprechen von einer »beispiellosen Schocktherapie«. Innerhalb weniger Tage karen hunderte Lastkraftwagen die D-Mark in den Osten. DDR-Münzen bis zum Wert von 50 Pfennigen sind noch ein Jahr lang gültig.

Mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion tritt auch die freie Preisbildung in Kraft, die ab sofort ostdeutsche Produkte und damit die Hersteller ins Abseits drängt. Es kommt zu einem vorübergehenden Konsumrausch, an dem fast ausschließlich Großhändler und Unternehmen aus dem Westen verdienen. »Das Ausmaß dieser Kaufwelle wird beispielhaft daran deutlich, dass in den ersten sechs Monaten nach Einführung der D-Mark in den neuen Bundesländern so viele Kraftfahrzeuge zugelassen wurden wie unter dem alten Regime im Zeitraum von fünf bis sechs Jahren«, hält die Bundesbank fest.

Parallel dazu fallen an der innerdeutschen Grenze die Personenkontrollen weg. Bundeskanzler Kohl sagt

in einer Fernsehansprache, nur die Wirtschaftsunion biete die Chance dafür, dass sich die Lebensbedingungen rasch bessern würden: »Durch eine gemeinsame Anstrengung wird es uns gelingen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln.«

**1. Januar 2002:** Die gemeinsame D-Mark in Ost und West bleibt eine kurze Episode. 2002 ersetzt das Euro-Bargeld die nationalen Währungen im neuen Währungsraum. Bei der Europäischen Währungsunion (EWU) werden zuvor in Deutschland gemachte Fehler vermieden: Allein die technische Einführung dauert rund vier Jahre. Die politischen Vorbereitungen hatten sich sogar über Jahrzehnte hingezogen. Und bei den Umtauschkursen gibt es keinen Streit: Sie werden nach dem Devisenkurs errechnet. Allerdings werden bei der EWU andere Fehler gemacht: Sie ist nicht in eine Wirtschafts- und Sozialunion eingebettet. *nd/Agenturen*

# Der Umrubeltrick

Brüderlich verbunden: Nicht nur Oligarch Chodorkowski machte in den Umbruchzeiten aus Nichts ein Vermögen. Von René Heilig

Tausche Blaue gegen grüne Kacheln.« Die D-Mark war lange vor dem Fall der Mauer vielseitiges Objekt der Begierde. Doch was östlich des Eisernen Vorhangs losging, nachdem sämtliche staatliche Autoritäten zerfielen, übertraf jede bis dahin bekannte kriminelle Energie. Und zwar staatenübergreifend. Da konnte man Summen »umrubeln« ...

Michail Borissowitsch Chodorkowski war, als die Berliner Mauer fiel, nichts als ein kleiner diplomierter Chemiker. Doch der Absolvent des Mendelejew-Instituts in Moskau ar-

beitete zugleich als Funktionär des Komsomol. Die Jugendorganisation der kommunistischen Partei ist vergleichbar mit der FDJ in der DDR, und so ein Propagandajob machte niemanden reich. Eigentlich. Doch der Spruch, dass die eine Hand die andere wäscht, scheint tatsächlich eine im Zarenreich entwickelte und von der Sowjetmacht perfektionierte Gesellschaftstechnologie zu sein.

Warum auch immer: Michail Sergejewitsch Gorbatschow, der letzte Chef der KPdSU, öffnete Leuten wie Chodorkowski den Weg zu Reichtum und Macht. Per Gesetz. So gestattete

man dem Politorgan Komsomol plötzlich, nach marktwirtschaftlichen Methoden zu operieren. Pioniergeist wurde frei.

Als Leiter des »Zentrums für wissenschaftlich-technisches Schöpferium der Jugendstiftung für Jugendinitiative« (NTTM) wusste auch Chodorkowski seine Chance zu nutzen. Er kaufte im Westen Computer, Jeans und Schnaps. Dafür exportierte er Matroschka-Puppen. Der Rest ergab sich fast von allein. Gerade dreißig Jahre alt geworden, erklärte der Funktionär der kommunistischen Jugend, der es sich inzwischen unter

den Fittichen des präsidenten Trainers Boris Jelzin bequem gemacht hatte: »Wir wollen nicht verbergen, dass wir beseelt sind vom Reichtum. Unsere Ziele sind klar, die Aufgaben festgelegt – wir wollen Milliardenere werden. Wir haben die Nase voll vom Leben nach Lenin! Unser Idol ist ihre Majestät, das Kapital.«

2004 – da hatte der Mann, der in zwischen Banken beherrschte und Chef des Ölkonzerns Yukos war, bereits Ärger mit Wladimir Putin, dem neuen starken Mann im Kreml – schätzte das Wirtschaftsmagazin »Forbes« das Vermögen des Jung-Oligarchen auf 15,2 Milliarden US-Dollar. Damit stand Chodorkowski auf Platz 16 der reichsten Menschen der Welt und war der Krösus von Russland.

Es gibt Ermittler aus dem Bereich Vereinigungskriminalität, die schwören, dass ihnen die NTTM und deren Chef um Wendezeiten »auf den Tisch gekommen« seien. Und zwar im Zusammenhang mit dem Problem Transferrubel.

Der Trick mit dem Transfer-Rubel war in den Monaten nach der Währungsunion eine der einfachsten und

Verfahren. Hierfür musste letztlich die Bundesrepublik Deutschland – also deren Steuerzahler – einstehen, die bei der Wiedervereinigung in die Außenhandelsverpflichtungen der DDR eingetreten war.

Obwohl eigentlich nur alte Lieferverträge mit DDR-Produkten abgewickelt werden sollten, explodierten im zweiten Halbjahr 1990 die »Exporte« ostdeutscher Betriebe in die östlichen ehemaligen Bruderstaaten. Die Treuhand war über jeden vorgezeigten Vertrag zufrieden, verhielt er doch in all dem Niedergang scheinbar weiteres erfolgreiches Wirtschaften. Nach dem 1. Juli 1990 konnte man einen Transferrubel in 2,34 D-Mark »umrubeln«. Scheingeschäfte, die nur auf dem Papier standen, rückdatierte Lieferverträge und maßlos überhöhte Exportpreise wurden fast als Kavaliersdelikte angesehen. Nur keinen Stress, hieß es aus Bonn. Dabei dachte man gewiss nicht nur an die noch über 300 000 Rotarmisten, die man ohne Probleme aus Deutschland fortschaffen wollte, weshalb man sich die russische Seite mithin gewogen halten musste.

Die deutschen Vertragspartner reichten ihre »Dokumente« ein, und die Deutsche Außenhandelsbank (DABA) veranlasste die Zahlung der Summe – obwohl es in einer Vielzahl der Fälle zu gar keiner Warenlieferung gekommen war. Die Ermittlungen gegen Transferrubel-Betrüger gestalteten sich äußerst schwierig, denn Unterlagen über Ausfuhr genehmigungen der früheren DDR sind »offensichtlich im Reißwolf gelandet«, wie das Bonner Wirtschaftsministerium festgestellt hat. Zudem ließen sich Empfänger unberechtigter Auszahlungen in Milliardenhöhe oft nicht mehr ausfindig machen, weil Namen von Firmen benutzt wurden, die nie existierten.

Das Verfahren betraf aber nur in der DDR ansässige Unternehmen und auch nur den Im- und Export von in den RGW-Staaten produzierten Gütern. Was aber »Westbetriebe« nicht daran hinderte, sich via Strohmännern an dem System zu bereichern. Viel berichtet wurde damals über den Coup eines thüringischen Elektrotechnikers, der immerhin 40 Millionen DM durch Vorlage fingierter Unterlagen auf diese Weise erschlichen hat. Diese wollte er aber nicht selbst gefälscht, sondern von einem Bayern erhalten haben, der mit angeblichen Lieferungen von Benzin, Zigaretten und Reifen nach Ungarn schnellen Gewinn machen wollte. Der Thüringer hat behauptet, das gesamte umgerubelte Geld dem Bayern abgeliefert zu haben. Von dem fehlte aber jede Spur, der Thüringer wurde 1998 zu vier Jahren Haft verurteilt. Der Fall betraf »kleine Fische«. Große hat man nie gefangen.

Was zunächst daher kam wie reine Buchhaltertricks, die zum Teil auch zum Erhalt von DDR-Betrieben angewandt wurden, entwickelte sich schon bald zu einem blutigen Geschäft. Denn es dauerte nicht lange, da mischte die organisierte Kriminalität mit. Deren Kassierer ließen ihren Opfern – wenn überhaupt – nur die Wahl der Todesart.

Was die Russenmafia bei dem Geschäft verdiente, wurde zum Gutteil wieder investiert. Im Westen. Ein interner Bericht der Berliner Kriminalpolizei nannte Ende 1994 vier Banden aus den GUS-Staaten, die seit Anfang der 90er Jahre in der deutschen Hauptstadt durch »Erpressung und Gewaltverbrechen auffällig geworden« sind. Dazu gehören die Moskauer »Dolgoprudenskaja«-Bande sowie Gruppen aus Tschetschenien, dem ukrainischen Lwow und Georgien. In Berlin existierten zu diesem Zeitpunkt bereits über einhundert Firmen, die von Russen betrieben wurden. Viele dieser Unternehmen waren Spielhallen, aber auch Restaurants und dubiose Import-Export-Firmen, die zum Schmuggel und zur Geldwäsche genutzt wurden.

Dies war auf der Betrügerskala die schmutzige Seite. Nicht jeder konnte eben in diesen aufregenden Zeiten ein so cooler Komsomol-Sekretär sein wie der Herr Chodorkowski.

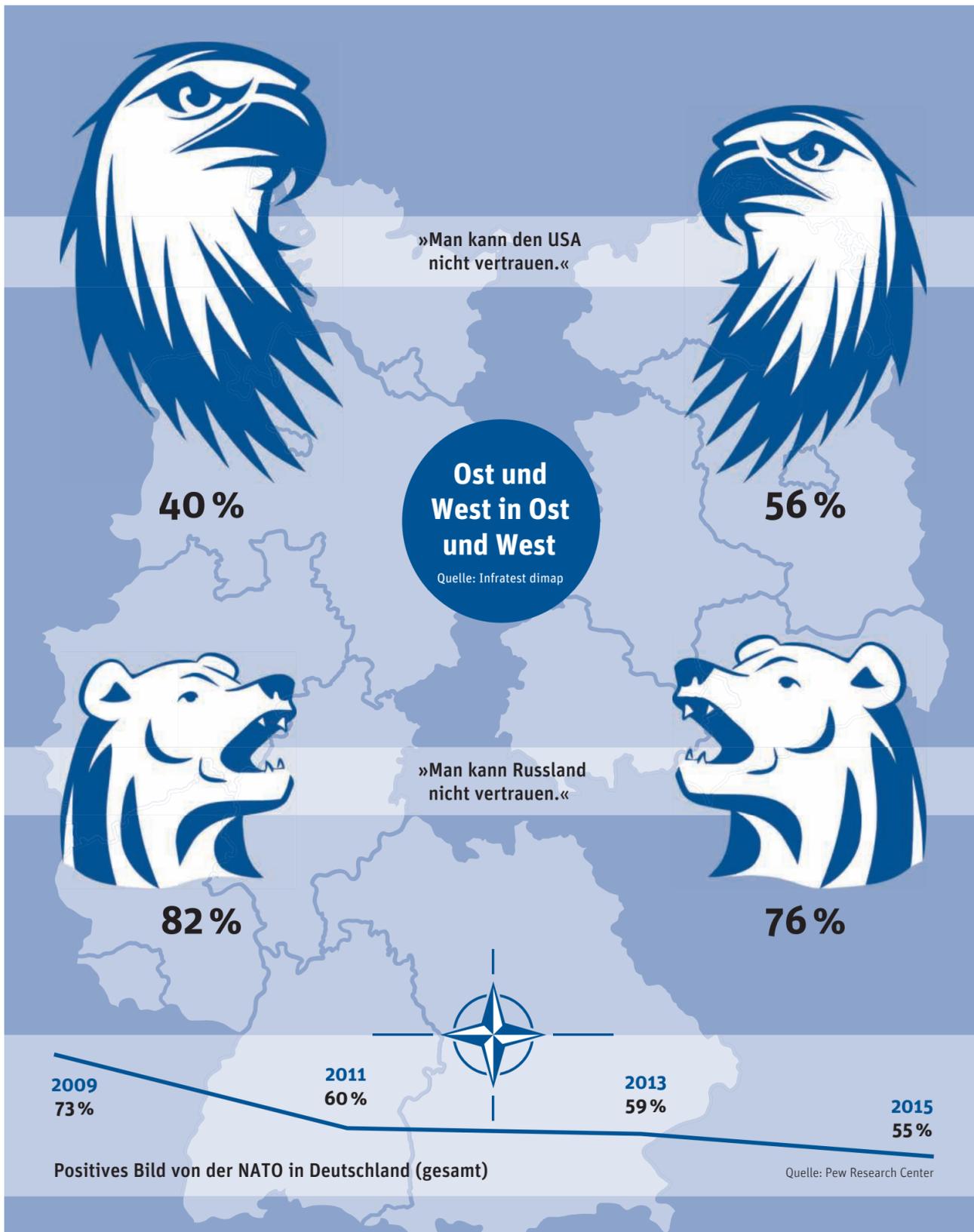
*Scheingeschäfte, die nur auf dem Papier standen, rückdatierte Lieferverträge und maßlos überhöhte Exportpreise wurden fast als Kavaliersdelikte angesehen.*

lukrativsten Betrugereien. Der Außenhandel zwischen den Staaten des ehemaligen Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), zu denen auch die DDR gehörte, wurde mangels frei konvertierbarer Währungen der Mitgliedstaaten seit den 60er Jahren auf Basis des »Transferablen Rubels« abgewickelt. Das war eine Kunstwährung, ein Transfer-Rubel war 4,67 Mark der DDR wert. In Moskau gab es eine Internationale Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBWZ), die als eine Art Clearingstelle mit den Außenhandelsbanken der einzelnen RGW-Staaten zusammenarbeitete. Im zwischenstaatlichen Handel gab es zwei Abrechnungsmöglichkeiten: Sofortzahlung und Vorauskasse.

Das Sofortzahlungsverfahren setzte voraus, dass die Ware zum Zeitpunkt der Abrechnung durch die Außenhandelsbank bereits beim Empfänger eingetroffen war. Der Verkäufer in der DDR reichte dann bei seiner Außenhandelsbank die Vertrags- und Lieferunterlagen ein, die nach einer überschlüssigen Prüfung der Dokumente aus ihrem eigenen Vermögen dem Verkäufer den Kaufpreis in Mark der DDR (bzw. später DM) gutschrieb und gleichzeitig gegen die IBWZ eine »Forderung« geltend machte, die ihrerseits die Außenhandelsbank des Empfängerlandes »belastete«.

Beim Vorkasseverfahren »beschaffte« sich der Käufer durch Vorlage der entsprechenden Vertragsunterlagen bei seiner Außenhandelsbank Transferrubel und ließ sie über die Außenhandelsbank des Empfängerlandes dem Verkäufer »zukommen«, sodass dem Verkäufer der Kaufpreis schon vor der Warenlieferung gutgeschrieben werden konnte.

Spätestens mit Einführung der D-Mark in der DDR zum 1. Juli 1990 hätte eigentlich die Teilnahme der DDR an dem Verfahren beendet werden müssen. Eine sofortige Umstellung des Außenhandels der DDR mit ihren östlichen Partnern auf der Basis harter Devisen hätte aber das RGW-System über Nacht zusammenbrechen lassen. Niemand im siechen sozialistischen Lager verfügte über ausreichend Devisen, um weiter am Handel mit den Deutschen teilnehmen zu können. Um den Crash, der die ostdeutsche Wirtschaft extrem getroffen hätte, hinauszuzögern, arbeitete man noch bis zum 31. Dezember 1990 nach dem bisherigen



Über das rhetorische und praktische Aufrüsten in Europa hat Wolfgang Ischinger unlängst kluge Worte gefunden: Er rate, so der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, sowohl Russland als auch der NATO mit militärischen Muskelspielen verschiedenster Art sofort aufzuhören. Ob die Mahnung auf offene Ohren stößt? Und wie würden die Deutschen, wenn Moskau und Washington, wenn sogar das transatlantische Bündnis den Kurs ändern würden, reagieren? Wohl nicht einheitlich: Die Unterschiede in Sachen Misstrauen und Wohlwollen sind derzeit so deutlich, wie sie allein mit tradierten Ost-West-Reflexen, mit der geteilten Geschichte Deutschlands nach 1945, mit Russophobie und Antiamerikanismus nicht hinreichend erklärt werden können. Für eine Zukunft im Streichelzoo des deutschen Denkens müssten Bald Eagle und russischer Bär jedenfalls noch einiges tun.

# Äpfel-Birnen-Vergleich

Die DDR war nicht pleite, aber ihre wirtschaftliche Lage wurde ausweglos. Von Jörg Staude

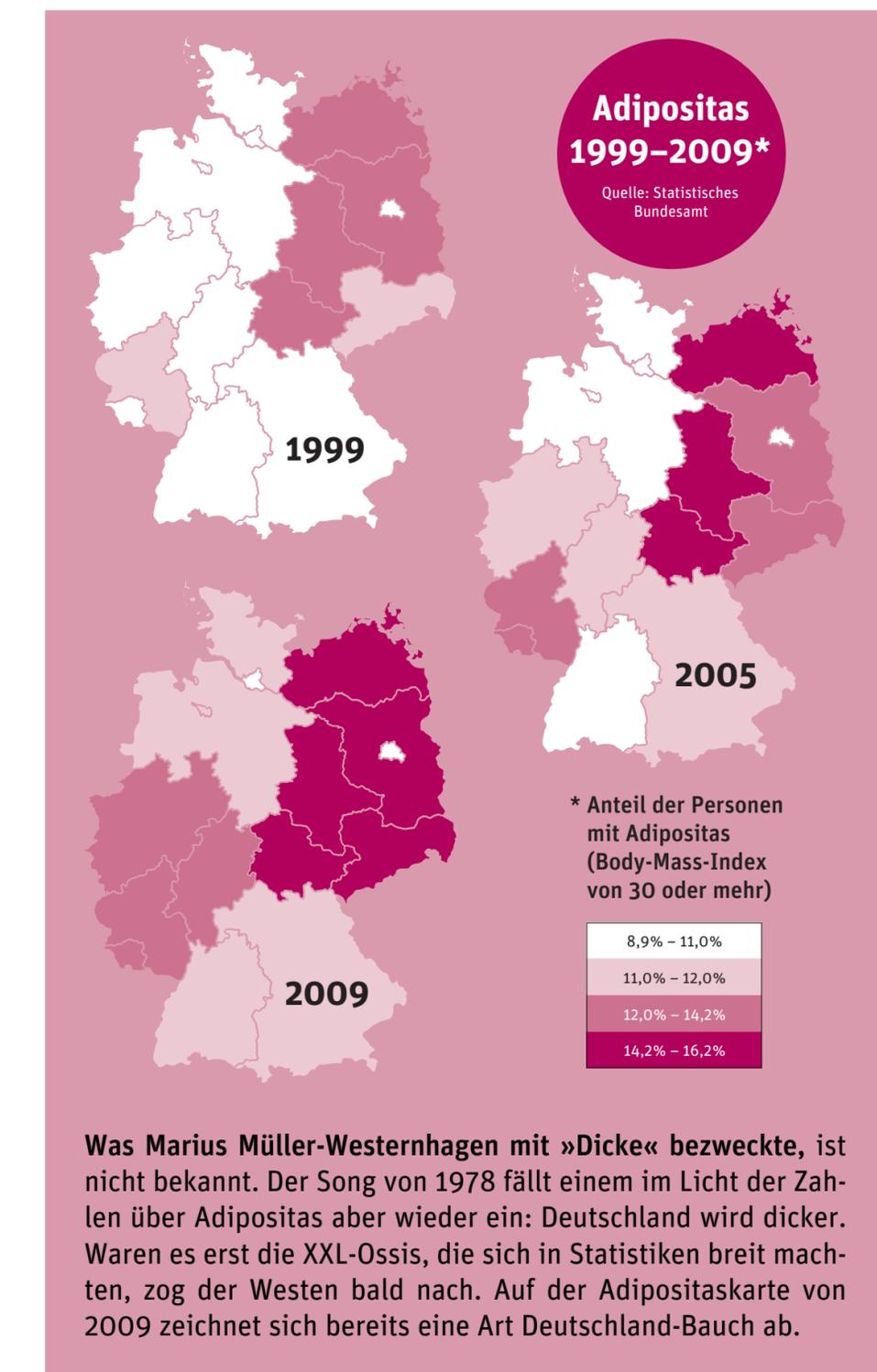
Wer ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Einheit öffentlich über die Frage nachdenkt, ob die DDR 1990 pleite war (oder nicht), begibt sich immer noch auf schwer vermintes Gelände. Entschärfend wirkt zunächst der Nachweis, dass man ostdeutsch sozialisiert ist und auch nicht zu denen gehört, denen die Begriffe der DDR-Ökonomie nicht geläufig sind. Letzteres kann auch wirklich nicht schaden. Denn unablässig streiten die Verteidiger einer Wirtschaftsdebatte, die »sozialistisch« sein wollte, noch Jahre nach deren Ende mit einer Fülle statistischer Details und (eigener) Berechnungen um den Nachweis, dass die DDR doch irgendwie mit den westlichen Industriestaaten mithalten können.

Bezüglich der behaupteten Pleite sprang der ehemaligen DDR-Elite im August 1999 eine unerwartete Verteidigerin zur Seite. Die Bundesbank legte einen 60 Seiten starken Sonderbericht zur »Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989« vor. Laut diesem war das Land keineswegs so verschuldet, dass seinerzeit der sofortige Bankrott drohte. Nach Abzug aller Devisenreserven, schrieben die Bundesbanker, hatte die Netto-Verschuldung der DDR im Jahr 1982 mit 25,2 Milliarden Valutamark ihren Höhepunkt erreicht. Ende 1989 waren es dann noch 19,9 Milliarden Valutamark.

Das erscheint im Verhältnis zum damaligen Nationaleinkommen der DDR eine verkraftbare Größe gewesen zu sein, selbst wenn man berücksichtigt, dass die Valutamark zwar den Wert einer frei handelbaren D-Mark, Ende der 1980er Jahre aber zugleich auch den rechnerischen Gegenwert von etwa vier DDR-Mark hatte. Das bedeutete: Die DDR musste zu der Zeit im Inland einen Aufwand von vier Mark betreiben, um im Export eine D-Mark zu erlösen. Schon das macht die Beurteilung dessen, wie groß die »wahre« Verschuldung war, nicht einfach.

Dennoch wird die Bundesbank-Einschätzung gern genutzt, um alle Thesen zurückweisen, die DDR hätte kurz vor dem Zusammenbruch gestanden. Dieser sei vielmehr, wird weiter argumentiert, erst nach dem Beitritt der DDR erfolgt – als das Land durch die Regierungs- und Treuhänderpolitik der ungezügelteren Marktwirtschaft ausgesetzt wurde, nebst skandalöser Privatisierungs- und Bereicherungspraktiken.

Die Kurzschlüssigkeit dessen ist aber nicht zu übersehen. Im Prinzip wird von einer weitgehenden Vergleichbarkeit der Wirtschaftsleistungen im realen Sozialismus und der westlichen Marktwirtschaft ausgegangen. Aber galt nicht auch der Lehrsatz, dass dank der zentralen und umfassenden Planung sowie der Vorherrschaft des Volkseigentums, das eigentlich ein staatliches war, die Gesetze von Preis und Profit außer Kraft gesetzt sein sollten? Tatsächlich kämpfte die DDR bis



zu ihrem Ende um eine brauchbare Methode, um den wirklichen Preis eines Produkts oder einer Dienstleistung bestimmen zu können, einschließlich des Gewinns, der dem jeweiligen Hersteller zugestanden werden sollte. Denn über den Markt sollte das ja nicht geschehen. Dass es einen Schwarz- und Beziehungsmarkt gab, wo die Mondpreise des Mangels galten, steht auf einem anderen Blatt.

Zudem gab es in der DDR ganze Wirtschaftszweige wie die private

Versicherungs-, Gesundheits- oder Börsenfinanzwirtschaft gar nicht. Was macht man damit beim Gegenüberstellen von Ost und West? Das läuft dann meist auf den berühmten Äpfel-Birnen-Vergleich hinaus.

Oder stimmt das alles gar nicht mit den besonderen ökonomischen Verhältnissen? Vielleicht war die DDR doch nur ein Riesenkonzern, letztlich dominiert von einer globalen Marktwirtschaft, der sich nur einen unmäßig großen Wasserkopf und eine ab-

geschottete Belegschaft leistete. Lebte das Land einfach nur zu lange über seine Verhältnisse?

So genau weiß man das bis heute nicht. Der renommierte Ökonom Udo Ludwig vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle zog in einem Vortrag im Juni 2014 dieses Fazit: »Auch 25 Jahre nach dem Untergang der DDR bestehen große Unterschiede in der Bewertung des Leistungsniveaus ihrer Wirtschaft. Die nach 1990 angestrebten Bewertungsversuche rei-

chen von der Anwendung statistischer Standardverfahren für internationale Niveauvergleiche bis zum Einbau intuitiver, wissenschaftlich kaum reproduzierbarer, teils zielgeleiteter Elemente.«

So schwanken in den einschlägigen Studien, wie Ludwig in seinem Vortrag präsentierte, die Angaben zum Produktivitätsniveau der DDR zwischen 30 und 55 Prozent (Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, BRD=100). Und je nach Berechnungsmethode öffnete oder schloss sich die Produktivitätsschere zum Ende der DDR – ein nicht unwichtiges Detail, das recht entgegengesetzte Schlüsse zulässt.

Klar ist, dass die DDR nach dem kleinen Wirtschaftswunder der Aufbaujahre, als die zentralistische Wirtschaft ihre Vorteile bewies, spätestens in den 80er Jahren wirtschaftlich stagnierte. Wegen der drohenden Überschuldung wurde praktisch alles exportiert, was sich im Westen irgendwie zu Devisen machen ließ. Die Verschuldung wurde gesenkt und die Pleite verhindert, indem man die wirtschaftliche Substanz der DDR im wahrsten Sinne des Wortes verkonsumierte, auch im Inland.

Der ehemalige Vorsitzende der DDR-Plankommission, Gerhard Schürer, schilderte in seiner 1996 erstmals erschienenen Autobiografie, wie er im Jahr 1988 eine Abkehr von dieser Politik forderte. Es sollte kein weiteres Verpulvern von Milliardenmitteln in die nicht konkurrenzfähige Mikroelektronik mehr geben, dafür den Ausbau exportträchtiger Metall- und Leichtindustriezweige. Schürer wollte die Abbaggerung stark bebauter Gebiete durch die Braunkohle stoppen, wollte mehr Energieeinsparung und einen Richtungswechsel hin zur Instandhaltung am Wohnungsbestand. Sogenannte Sonderbedarfsträger (Armee, Staatssicherheit, Polizei, Parteien) sollten nicht mehr großzügig alimentiert werden. Auch das Wachstum der »gesellschaftlichen Konsumtion« (Staat, Gesundheit, Erziehung) sollte von über fünf auf ein bis zwei Prozent je Jahr begrenzt werden. Subventionen für unterbelegten Wohnraum seien, so Schürer, abzuschaffen, der Grundbedarf für Energie großzügig festzulegen, Mehrverbrauch aber abzurechnen und alle nicht sozial begründeten Subventionen, zum Beispiel für Blumen, zu beseitigen.

Natürlich wurden Schürers Vorschläge abgeschmettert. Deren Umsetzung wäre ein Eingeständnis wirtschaftlichen Scheiterns gewesen und hätte die Bevölkerung vermutlich noch eher auf die Straße getrieben. Ihre Nicht-Umsetzung bedeutete aber auch, dass die DDR ökonomisch weiter auf ihr Ende zusteuerte. Die Lage war, solange die »sozialistische« Fassade aufrecht erhalten bleiben sollte, ausweglos geworden. Es bleibt eine Ironie der Geschichte, dass ein Land, das alles und jedes planen und ausforschen wollte, die Augen vor dem nahenden wirtschaftlichen Desaster verschloss.

»Auch 25 Jahre nach dem Untergang der DDR bestehen große Unterschiede in der Bewertung des Leistungsniveaus ihrer Wirtschaft.«

Udo Ludwig, IWH Halle

## Der Fehler mit den 90 Prozent

Die Tragfähigkeit von Staatsschulden hängt nicht von deren absoluter Höhe ab. Und auch das Verhältnis zur Wirtschaftsleistung lässt keine einfachen Rückschlüsse zu. Von Simon Poelchau

Die DDR und ihre Verschuldung, es ist kein leichtes Thema. Doch nehme man an, es stimme, dass sie umgerechnet 171,8 Milliarden Euro Schulden hatte – auf diese Summe taxierte die Bundesregierung nach der Wende den Erblastentilgungsfonds. Bei einer Wirtschaftsleistung in der Größenordnung von rund 208 Milliarden Euro wäre dies immerhin eine Schuldenquote von rund 83 Prozent gewesen. Doch wäre dies jetzt noch tragfähig oder schon ruinös gewesen?

Immerhin hätte die Deutsche Demokratische Republik noch die magische Grenze von 90 Prozent der Wirtschaftsleistung unterschritten. Steige die Verschuldungsrate eines

Landes über diese Marke, so breche Wachstum ein, schlussfolgern nämlich die beiden Wirtschaftsforscher Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff in ihrem Essay »Growth in a time of debt«. Dieser Text ist kein x-beliebiger Paper, wie sie Universitäten und Forschungseinrichtungen weltweit Hunderte pro Jahr produzieren. Nachdem der Bericht im Mai 2010 erschien, wurde es zu so etwas wie einer ideologischen Blaupause für Schuldenbremsen und Sparmaßnahmen aller Art. »Wir haben sehr sorgfältig die Untersuchung von Rogoff und Reinhart gelesen. Sie haben empirisch belegt, dass ab einem bestimmten Grad eine zu hohe Staatsverschuldung das Wachstum beein-

trächtigt«, sagte etwa Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) dem »Wall Street Journal«.

So richtig überzeugt die Rogoff-Reinhart-Gleichung »je niedriger die Schuldenquote, desto höher das Wirtschaftswachstum« jedoch nicht. Vergangenes Jahr zum Beispiel schrammte die Eurozone mit einer Verschuldungsrate von 91,9 Prozent an dieser angeblich so magischen Marke und wuchs in ihrer Wirtschaftsleistung um lediglich 0,9 Prozent. Die Vereinigten Staaten waren jedoch im Jahr 2014 mit einer Rate von 105,7 Prozent noch weitaus stärker in den Miesen und konnten trotzdem einen satten Aufschwung der Wirtschaft von 2,4 Prozent verbuchen.

Und auch in Griechenland schnellte die Staatsverschuldung mit dem Wahlsieg von SYRIZA im Januar 2015

*So richtig überzeugt die Rogoff-Reinhart-Gleichung »je niedriger die Schuldenquote, desto höher das Wirtschaftswachstum« nicht.*

nicht wieder schlagartig in die Höhe. In eine brenzlige Situation geriet das südeuropäische Land seitdem, weil die Europäische Zentralbank von den

Geschäftsbanken keine hellenischen Staatsanleihen mehr als Sicherheit akzeptiert. Außerdem halten die internationalen Kreditgeber eine Tranche von 7,2 Milliarden Euro zurück.

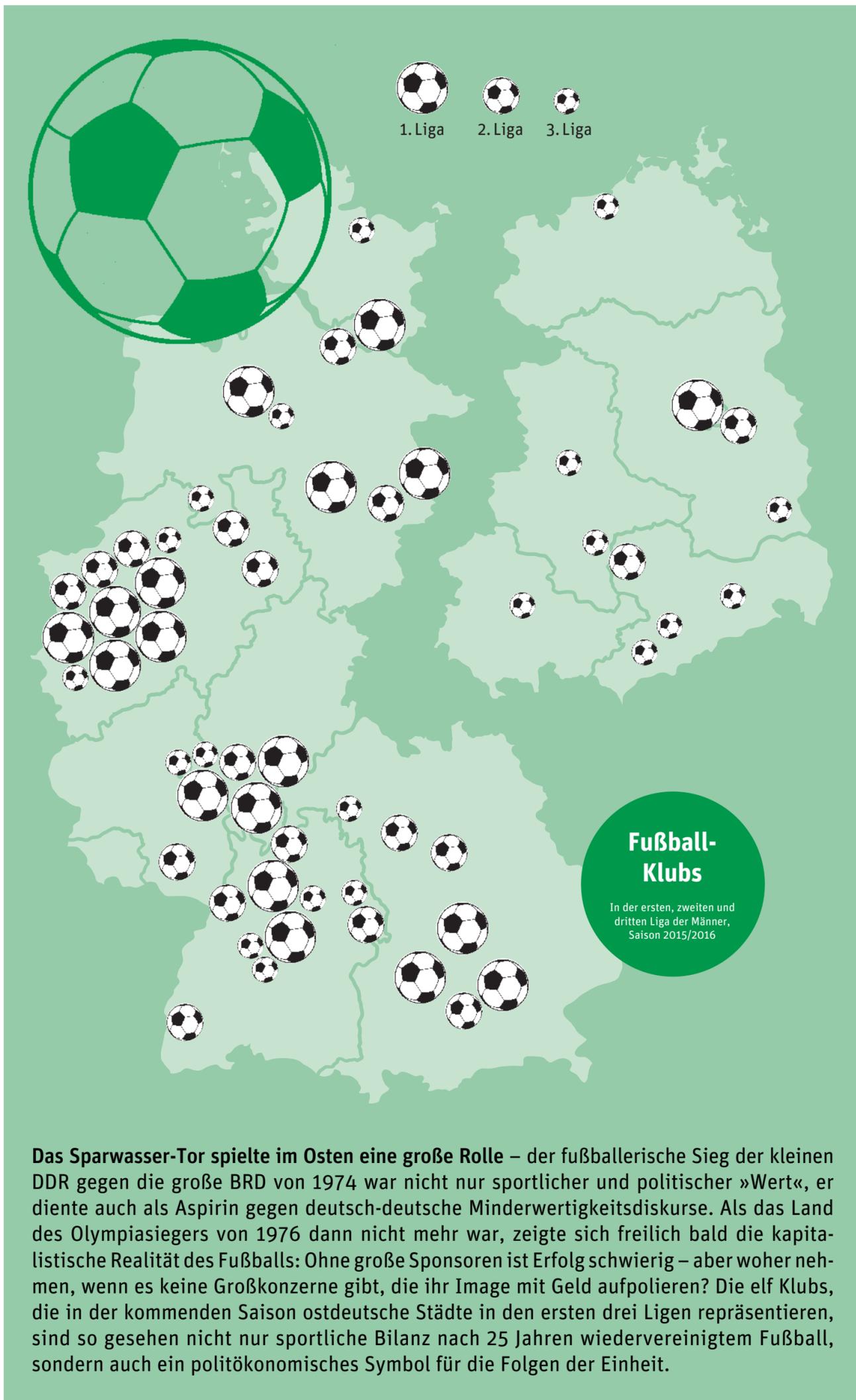
Fragt man nun also danach, ob die Schulden eines Landes noch tragfähig sind, so hat dies wenig mit deren absoluter Höhe oder Verhältnis zur Wirtschaftsleistung zu tun. Es hat vielmehr damit zu tun, wie gut sich ein Staat auf den internationalen Finanzmärkten oder anderweitig refinanzieren kann. Die Militär- und Wirtschaftsmacht USA etwa hatte im Gegensatz zu manch einem südeuropäischen Krisenstaat nie Probleme, sich billig frisches Geld zu be-

sorgen, obwohl sie auch hoch verschuldet ist.

Übrigens erfuhr die Geschichte um das 90-Prozent-Theorem von Reinhart und Rogoff im Jahr 2013 eine überraschende Wendung: Ein damals 28-jähriger Doktorand der Universität Massachusetts nahm die Berechnungen der beiden gestandenen Wirtschaftsforscher mal etwas genauer unter die Lupe und deckte auf, dass sie grobe Fehler enthielt. Die wissenschaftliche Grundlage für Schuldenbremse und Fiskalpakt erwies sich also auch als methodisch falsch. Und ob die DDR 1989 pleite war oder nicht, kann man weder anhand der absoluten noch anhand der relativen Schuldenhöhe ausmachen.

# Eine neue Mauer wurde errichtet

Die ökonomische Wende in der DDR aus osteuropäischer Sicht. Von Jörg Roesler



Das Sparwasser-Tor spielte im Osten eine große Rolle – der fußballerische Sieg der kleinen DDR gegen die große BRD von 1974 war nicht nur sportlicher und politischer »Wert«, er diente auch als Aspirin gegen deutsch-deutsche Minderwertigkeitsdiskurse. Als das Land des Olympiasiegers von 1976 dann nicht mehr war, zeigte sich freilich bald die kapitalistische Realität des Fußballs: Ohne große Sponsoren ist Erfolg schwierig – aber woher nehmen, wenn es keine Großkonzerne gibt, die ihr Image mit Geld aufpolieren? Die elf Klubs, die in der kommenden Saison ostdeutsche Städte in den ersten drei Ligen repräsentieren, sind so gesehen nicht nur sportliche Bilanz nach 25 Jahren wiedervereinigtem Fußball, sondern auch ein politökonomisches Symbol für die Folgen der Einheit.

Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit war am 1. Juli 1990 auf die Filialen der Banken und Sparkassen gerichtet, vor denen die DDR-Bürger anstanden, um ihre DDR-Mark in »Westgeld« umzutauschen. Vergleichsweise wenig wurde darüber berichtet, dass mit diesem Tag, dem Tag des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, die Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland endgültig aufhörte, eine Zollgrenze zu sein. Keiner – mit Ausnahme von ein paar Spezialisten – nahm zur Kenntnis, dass mit diesem Tag an der Ostgrenze der DDR eine Außenhandelsmauer auf-

gerichtet wurde. Dabei hätte das jeder in einer seit der zweiten Maihälfte in der kostenlos in ganz Deutschland von der Bundesregierung verbreiteten Broschüre zum am 18. Mai feierlich unterzeichneten ersten Staatsvertrag nachlesen können. Der entsprechende Passus lautete: »Bei Aufhebung des Devisengesetzes und der dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen wird die Deutsche Demokratische Republik im Einvernehmen mit der Bundesregierung ein Gesetz und entsprechende Rechtsvorschriften zur Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Zahlungsverkehrs mit dem Ausland in

Kraft setzen und ihre Vorschriften an die Regelungen des Außenwirtschaftsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland angleichen.«

Zugegeben: In dem 66 Seiten umfassenden Vertragswerk stand dieser Satz nicht an prominenter Stelle: Er war fast am Schluss des Dokuments, in Anlage 4, die sich den bei Inkrafttreten des Vertragswerks verändernden Rechtsvorschriften widmete, zu finden. Und doch war dieser Passus von nicht zu unterschätzender Bedeutung, denn er beendete de facto die Mitgliedschaft der DDR in »ihrer« Wirtschaftsgemeinschaft, der sie fast 40 Jahre angehört und von der sie zweifellos profitiert

hatte (de jure blieb die DDR bis zur Vereinigung am 3. Oktober 1990 noch RGW-Mitglied).

Noch 1989 hatte die DDR-Wirtschaft nach einer Veröffentlichung des Statistischen Amtes der DDR vom Juni 1990 im RGW-Raum mehr als zwei Fünftel (43,2 Prozent) der Abnehmer für ihre Exportprodukte gefunden und in den Mitgliedsländern knapp zwei Fünftel (39,4 Prozent) ihrer Importe getätigt. Von den fast 45 000 Drehbänken, die die DDR 1989 exportierte, ging der größte Teil in den RGW-Raum ebenso wie der Löwenanteil der 10 000 Dieselmotoren, die Mehrzahl von Tausenden von »leichten Automobilen« (Marke Trabant) und von den 49 000 Tonnen synthetischen Kautschuks (»Buna«).

Mit Abstand wichtigster Außenhandelspartner der DDR im RGW-Raum war die Sowjetunion. Ausfuhr und Einfuhr übertrafen die Werte für die nächstwichtigsten Handelspartner der DDR im RGW – die Tschechoslowakei und Polen – um das Fünffache. Die Sowjetunion war anerkannter Weise nicht nur vom Umfang des Warenaustauschs her der

*Die Vorzugsbehandlung eines osteuropäischen Handelspartners der DDR galt nach dem 1. Juli 1990 nur für die Sowjetunion.*

wichtigste Partner der DDR im RGW. Im Jahre 1987, als auch im Westen noch niemand an »Wiedervereinigung« dachte, benannte die Friedrich-Ebert-Stiftung – bezogen auf den Haupthandelspartner Sowjetunion – die »objektiven Gründe«, warum der RGW für die DDR wichtig war: Sie seien darauf zurückzuführen, dass »die Sowjetunion über alle für die DDR wichtigen Rohstoffe verfügt, dass sie auf einigen wichtigen Gebieten auch Technologien liefern konnte, über die die DDR nicht oder noch nicht verfügte (z. B. im Bereich der Kernkraftwerke), dass sie schließlich auch einen aufnahmefähigen Markt darstellt, der für bestimmte Zweige der DDR-Wirtschaft eine gleichbleibende volle Auslastung garantiert.« Letzteres Argument bezog sich nicht nur auf die Sowjetunion, sondern auf alle osteuropäischen Staaten.

Aus der Sicht der RGW-Länder betrachtet, war die DDR für deren Ökonomie ein ganz bedeutender Lieferant von Maschinen und Transportausrüstungen. Deren Anteil an der Gesamtausfuhr der DDR in den RGW-Raum lag 1989 bei etwa 60 Prozent. Kein Wunder, dass sich die DDR-Delegation den auf der 43. Ratsversammlung des RGW 1987 von einigen Mitgliedstaaten, insbesondere Polen und Ungarn, diskutierten Vorschlägen, die RGW-Bindungen zu lockern, widersetzt hatte und für die »weitere Vervollkommnung des bewährten Währungs- und Finanzsystems des RGW mit seinem Kernstück, dem transferablen Rubel«, eingetreten war. Auch die Regierung Modrow, die Anfang Februar 1990 ihre Wirtschaftsreformvorstellungen veröffentlichte, hielt am RGW fest. Doch nach den Wahlen vom 18. März 1990 war die unter Lothar de Maiziere gebildete letzte DDR-Regierung nur noch an einem Zusammenschluss mit der BRD und dem Eintritt der DDR in die europäische Wirtschaftsgemeinschaft interessiert.

Für die osteuropäischen Staaten verschwand mit der ökonomischen Wende in der DDR ihr nach der Sowjetunion zweitwichtigster Handelspartner im RGW ab Juli 1990 hinter einer Zoll- und vor allem Währungsmauer. Dabei war es für die in die DDR exportierenden bzw. aufgrund von langjährigen Kooperationsbeziehungen mit DDR-Betrieben verbundenen osteuropäischen Unternehmen kein Trost, dass es den DDR-Betrieben auf der anderen Seite der Zoll- und Währungsmauer bezüglich ihrer traditionellen Han-

delspartner nicht besser ging. Eine Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern, die Mitte der 1990er Jahre in den Industriebetrieben der neuen Bundesländer Untersuchungen durchführte, stellte fest: Wenn 1989 nur ein Viertel der untersuchten Betriebe über keine Zulieferer in Osteuropa verfügten, dann war dieser Anteil bis 1995 auf 75 Prozent gestiegen. Die Exportchancen der osteuropäischen Unternehmen hatten sich entsprechend vermindert. Im Abnehmerbereich gab es eine ähnliche Entwicklung. Der Anteil der ostdeutschen Unternehmen ohne Geschäftskontakte nach Osteuropa hatte sich im gleichen Zeitraum von 25 Prozent auf über die Hälfte erhöht. In beiden Fällen waren die verbliebenen Geschäftsbeziehungen für den Umsatz des Unternehmens in der Regel kaum noch relevant. Das ist insofern erstaunlich, als dass zu Beginn der Treuhandprivatisierung, die im Sommer 1990 einsetzte, westdeutsche Aufkäufer ostdeutscher Firmen (an sie gingen mehr als 80 Prozent des ostdeutschen Industriepotenzials) diejenigen mit Nähe zu den osteuropäischen Märkten bevorzugt gekauft hatten.

Zurückzuführen war diese auf den ersten Blick paradox erscheinende Haltung bundesdeutscher Unternehmenseinkäufer auf eine Sonderregelung, die die Bundesregierung mit der sowjetischen Regierung getroffen hatte. Dieser entsprechend übernahm die staatliche Exportkreditversicherung der BRD im Falle dessen, dass die Abnehmer in der Sowjetunion nur in der Lage waren, in Landeswährung zu zahlen, die Konvertierung der Exporterlöse in DM. Diese sogenannten Hermesdeckungen erlaubten es den sowjetischen Betrieben, ihre Austauschbeziehungen zu Industrieunternehmen in der DDR auch nach der ökonomischen Wende in der DDR unter Bedingungen fortzusetzen, wie sie vor dem 1. Juli 1990 im RGW bestanden hatten.

Diese Vorzugsbehandlung eines osteuropäischen Handelspartners der DDR galt nur für die Sowjetunion. Sie war nicht, wie manchmal eingeschätzt wurde, als Resultat besonderer Dankbarkeit der Bundesregierung für die Zustimmung der Sowjetunion zum Vereinigungsprozess zu verstehen. Vielmehr hatte sie die sowjetische Regierung eingefordert. Am 20. April war der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR und Vorsitzende der Kommission für Außenwirtschaft Stepan A. Sirtanjan, begleitet vom sowjetischen Botschafter und vom stellvertretenden sowjetischen Außenminister, bei Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann vorstellig geworden und hatte erklärt: »Wir verlassen uns auf die Versicherungen der Bundesregierung, dass unter Berücksichtigung der weit verzweigten Handels- und Wirtschaftsverbindungen der UdSSR mit der DDR im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten der UdSSR kein volkswirtschaftlicher Schaden zugefügt wird und wir rechnen mit konkreten Schritten der BRD zur Untermauerung dieser Versicherungen.«

Kanzler Kohl, der wenige Tage zuvor mit US-Präsident Bush ein erstes Gespräch zur Einleitung des 2-plus-4-Prozesses zwecks außenpolitischer Absicherung des Vereinigungsprozesses geführt hatte und diesen zu beschleunigen trachtete, sah sich veranlasst, auf den Vorstoß von sowjetischer Seite positiv zu reagieren. Konkret wurde noch vor Inkrafttreten der Währungsunion eine den sowjetischen Wünschen entsprechende Regelung unter Nutzung von Hermeskrediten vereinbart. Die Handelsbeziehungen zwischen der DDR und der Sowjetunion liefen auch nach dem 1. Juli 1990 unbehelligt weiter, intensivierten sich teilweise sogar noch, da ostdeutsche Unternehmen, die ihre Waren nunmehr in der DDR selbst bzw. in den benachbarten osteuropäischen Ländern immer weniger loswurden, ihre Exporte in die Sowjetunion verstärkten. Die für DDR- und sowjetische Betriebe günstige Regelung lief Ende 1990 aus.

# Bring mir deine Leute!

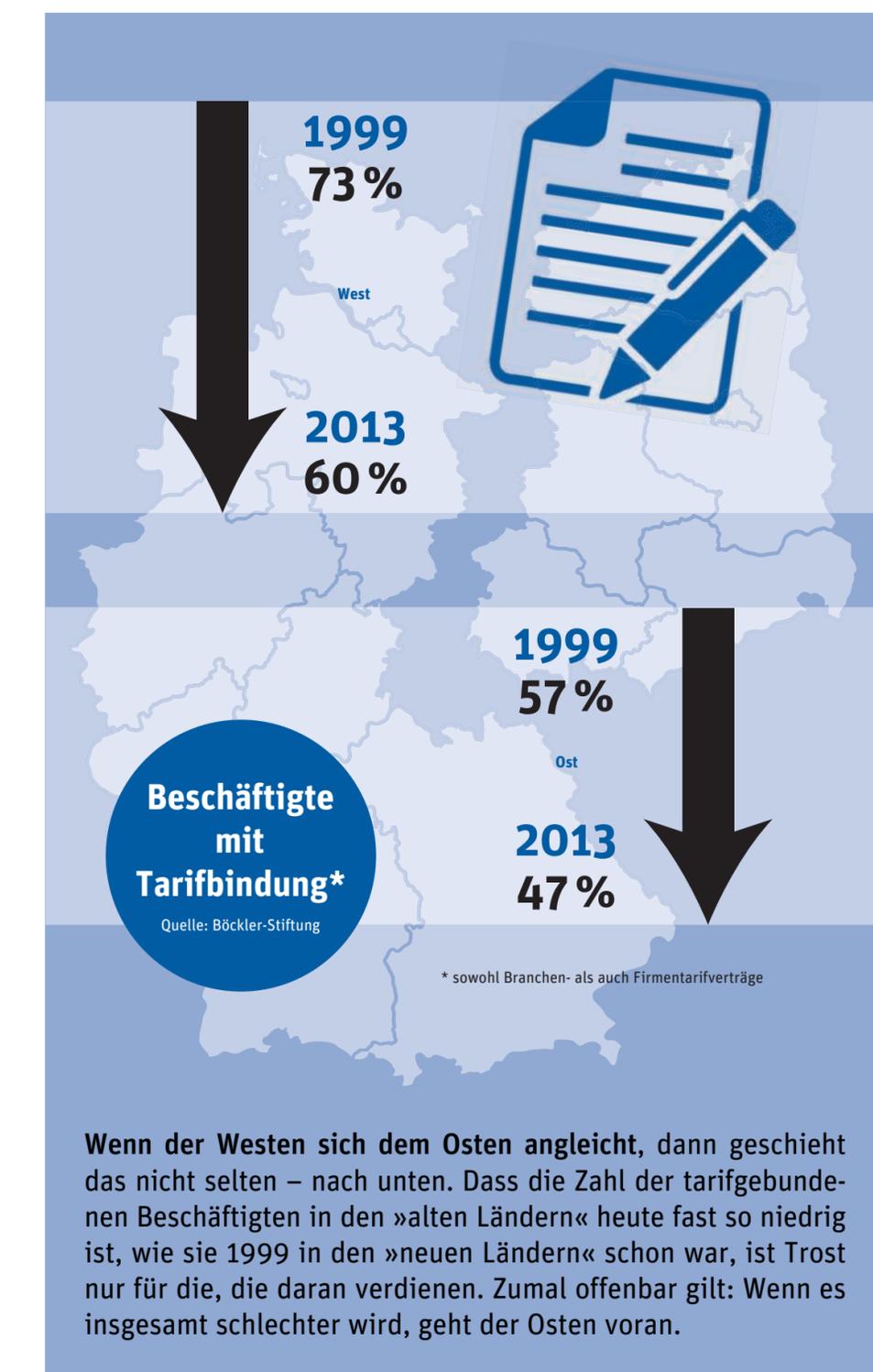
Wie Versicherungsgesellschaften im Osten das große Geschäft gemacht haben. Von Jörg Meyer

Es war das Jahr 1991, mein Abitur hatte ich in der Tasche, was nun? Keine Berufsvorstellung, Geld musste her. In den 1980er Jahren hatte ich Prospekte und Zeitungen ausgetragen, hatte in einer Textilaufbereitung gejobbt, tausende Bomberjacken und T-Shirts aus Plastikfolie gerissen, auf eine Stange gehängt und in einen Bügeltunnel geschoben bevor sie in den Handel gingen. Das wollte ich nicht noch einmal machen. Also der Blick in die Stellenanzeigen der Hamburger Tageszeitung, die bei meinen Eltern auf dem Wohnzimmertisch lag. Die Kleinanzeigen der Versicherungsunternehmen waren kaum zu übersehen, Hamburg-Mannheimer, Volksfürsorge, Iduna, Deutscher Ring ... suchten Aushilfen. Einen Job zu bekommen kostete einen Anruf, kaum eine Woche später saß ich am Überseering in der City Nord, 2000 Mark netto. Ich wohnte bei meinen Eltern. Ein Traum.

Der Arbeitsplatz befand sich in einem mit Tischen und Computern vollgestellten Pausenraum. Um mich herum saßen knapp zwei Dutzend weitere Aushilfen, fast alle ungelehrt, gerade aus der Schule. Die Tätigkeit bestand darin, Versicherungsanträge zu prüfen. Stimmen die Postleitzahlen, die Adressen, ist alles ausgefüllt? Wir arbeiteten den Sachbearbeitern zu, die in der Arbeitsflut zu erstickten drohten. Jeweils zum Quartalsabschluss stapelten sich in der Etage Waschkörbe, Postkisten und Pakete voller Lebens-, Unfall- oder Haftpflichtversicherungen. Erst später wurde mir klar, was da geschah.

Mit dem Beitritt der DDR zur BRD und der Währungsunion erschlossen sich völlig neue Märkte. Es gab neues Geld, das musste ausgegeben werden. Windige Vertreter brachten oft mit schlechter Beratung und üblen Drückermethoden die Produkte der Finanzdienstleister an den Mann und die Frau. Die Kleinanzeigen in den Zeitungen sprachen von Eins-A-Nebenverdiensten. Wer sich ein bisschen im Verkaufen schulen ließ, wurde alsdann auf den gesamtdeutschen Neubürger losgelassen. Den Erfolgreichen winkten hohe Provisionen. »Rund 50 000 Versicherungsvertreter und Vermögensberater ziehen durch das Land, und täglich werden es mehr. Zwischen Tür und Angel übertölpeln sie die Kundschaft mit scheinbar günstigen Versicherungs- und Bausparverträgen oder vermeintlich lukrativen Kapitalanlagen«, schrieb der »Spiegel« Ende 1990.

Das damalige Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV), seit 2002 Teil der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), wurde bald auf die Praktiken der Versicherer im Osten aufmerksam. Zwangsläufig: Hielten die Anfragen und Beschwerden sich 1990 noch in Grenzen – das Amt war in den neuen Bundesländern noch nicht bekannt –, machten sie 1991 rund 75 Prozent der Beschwerden deutschlandweit aus, schrieb das BAV in seinem Jahresbericht 1990 und stellte »erhebliche



Wenn der Westen sich dem Osten angleicht, dann geschieht das nicht selten – nach unten. Dass die Zahl der tarifgebundenen Beschäftigten in den »alten Ländern« heute fast so niedrig ist, wie sie 1999 in den »neuen Ländern« schon war, ist Trost nur für die, die daran verdienen. Zumal offenbar gilt: Wenn es insgesamt schlechter wird, geht der Osten voran.

Missstände im Beitrittsgebiet« fest. Als einen Grund nannte das BAV, dass die Tätigkeit Versicherungsmakler keine geschützte Berufsbezeichnung sei. Im Osten betätigten sich viele »Pseudomakler« oder Vermittler, »die weder als zuverlässig noch als geeignet bezeichnet werden konnten«. Die Gesellschaften arbeiteten zudem mit sogenannten Strukturvertrieben zusammen. In diesen hierarchischen Unternehmen kann ein Mitarbeiter Stufe um Stufe aufsteigen und verdient an den Abschlüssen der unteren

Stufen mit. Das BAV kritisierte, dass man nicht nur durch eigenen Erfolg weiterkam, sondern den Aufstieg auch erkaufen konnte. Wer oben war, hatte das Recht eigene »Untervertreter« anzuwerben, profitierte von deren Erfolgen. Entsprechend hoch war der Erfolgsdruck.

Erster Schritt für Neuvertreter in spe: Sich selbst, Familie und Freunde versichern. »Nachdem der Interessent sein Umfeld versichert hat, wird er von der Vermittlungsgesellschaft fallengelassen, da er kein weiteres nen-

nenswertes Geschäft mehr bringt.«, schrieb dazu das BAV.

Eine Strategie der Versicherungsunternehmen sei es gewesen, ehemalige Offiziere und Beschäftigte aus der Volkspolizei, der NVA und des Ministeriums für Staatssicherheit anzusprechen, erzählt ein damaliger Insider gegenüber »nd«, der anonym bleiben möchte. Diese seien gut ausgebildet gewesen, bestens vernetzt und hatten die Kontakte und Adressen.

Im Jahr 1991 explodierte die Zahl der Eingaben beim BAV, überwie-

gend in der Lebens- und Unfallversicherung. Die Beschwerden betrafen 1990 und 1991 meist die Vertragsabschlüsse: Anträge wurden rückdatiert, um die Widerspruchsfrist zu umgehen; den Kunden wurden bei Unterzeichnung noch Kredit- oder Versicherungsanträge untergeschoben; geschönte Testergebnisse von Kapitalanlagen wurden vorgelegt – oder die Unterschrift unter dem Antrag schlicht und ergreifend gefälscht.

Vieles davon war nicht neu. Strukturvertriebe und Drückerkolonnen hatte es auch im Westen schon gegeben. Aber: »Im Westen sind die rüden Methoden beim Kundenfang altbekannt. In vier Jahrzehnten haben die meisten Alt-Bundesbürger den Umgang mit den Drückern gelernt«, schrieb der »Spiegel«. »Es gab diejenigen, die als Goldgräber rübergingen«, sagt der Insider. »Das war manchmal an der Grenze dessen, was man machen sollte«, und »sicherlich kein Ruhmesblatt der Versicherer«.

Und heute? »Die großen Drückerkolonnen sind raus«, sagt Jörg Rackow. Er hat schon 1985 nebenberuflich für die Staatliche Versicherung der DDR gearbeitet, war dann nach deren Übernahme durch die Allianz noch ein Jahr bei dem Konzern tätig und machte sich 1992 in Rostock mit seiner Agentur selbstständig. Gleichzeitig sei er damals in den Berufsverband Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) eingetreten. »Das hat eine völlig neue Perspektive gebracht«, sagt Rackow.

Es habe damals diejenigen gegeben, die aus der Not heraus Versicherungen verkauft hätten. Nicht wenigen sei es ums schnelle Geld gegangen. Aber die anderen hätten gesagt: »Diesem Vertriebsdruck unterwerfen wir uns nicht, sondern beraten die Menschen und verkaufen ihnen nur Versicherungen, die sie brauchen und die ihnen helfen.« Neben seiner ehrenamtlichen Tätigkeit beim BVK ist Jörg Rackow im Verein »Ehrbare Versicherungskaufleute« aktiv. Der hat sich zum Ziel gesetzt, das schlechte Image der Branche zu verbessern, und dafür »10 Tugenden« entworfen, die strenge politische Richtlinien beschreiben.

Mit Inkrafttreten der EU-Vermittlerrichtlinie in Deutschland im Jahr 2006 wurde ein Kontrollmechanismus eingeführt. Wer als Versicherungsvermittler sein Geld verdienen will, muss heute einen »Sachkundennachweis« erbringen. Ein guter Leumund muss nachgewiesen werden und gesicherte finanzielle Verhältnisse. Einige Vertriebe versuchten es indes weiter mit Tippgebern und »Analysten«, welche weder eine Ausbildung noch eine berufliche Zulassung besitzen, sagt Rackow. »Hier ist auch der Kunde aufgerufen, diesen Machenschaften ein Ende zu bereiten.« Das schlechte Image stammt nicht erst aus der Nachwendezeit, werde sich aber auch so schnell nicht ändern, bedauert Rackow, Versicherungsvertreter aus Überzeugung. Das merke man auch am fehlenden Nachwuchs in der Branche.

Wer sich ein bisschen im Verkaufen schulen ließ, wurde alsdann auf den gesamtdeutschen Neubürger losgelassen.

## Vorgeschmack auf Tortenschlacht

Warum die Währungsunion mies machen? Immerhin fing alles doch ganz schön an. Von Uwe Kalbe

Alle meckern auf die Währungsunion – nach 25 Jahren ist es dafür zu spät. Es wird Zeit, die Dinge positiv zu sehen! Die Währungsunion war nicht nur eine logistische Meisterleistung; auf einen Schlag wurden 180 Milliarden D-Mark in den Osten gekarrt. Sie machte die Menschen zudem glücklich, versöhnte sie, machte sie gleich, verschaffte ihnen ein Gefühl der Macht. Für einen winzigen Augenblick.

Was sollte schlecht sein an einer harten Währung, wenn man selbst sie in der Hand hält? Wer als DDR-Bürger beim Urlaub im »sozialistischen Ausland« die Erfahrung gemacht hatte, dass Westdeutsche am Restaurantisch nebenan beinahe unterwürfig bedient wurden und man selbst

eher geringschätzige Behandlung erfuhr, brauchte charakterliche Stärke oder einen festen Klassenstandpunkt. Selbst der DDR-Führung galt die eigene Währung als minderwertig. Mit allen verfügbaren Mitteln harte Währung zu erwirtschaften, so lauteten immer wieder die Devisendirektiven.

Dann kam der Tag mit dem Westgeldschnupperkurs: 100 D-Mark Begrüßungsgeld für alle! Im November 1989 war dies das Versprechen auf ein Leben in Saus und Braus. Und zugleich die erste drogenpolitische Maßnahme des noch nicht, aber beinahe vereinigten Deutschland. Die einzige wirklich liberale seitdem. Sie führte zu einem flächendeckenden Kaufrausch und war zugleich Injektion für die bundesrepublikanische

Konjunktur. Das DDR-Volk wollte mehr davon. Entschlossen nahm es sein Glück in die Hand, in einem Akt der Selbstermächtigung. Nie wieder hat man eine Bundesregierung so ohnmächtig gesehen. Selbst das Wissen der Massen über den schweren Kater, der danach lauerte, hätte die Rufe 1990 nicht zum Verstummen gebracht: »Kommt die D-Mark, bleiben wir. Kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr!« Dass eine neue Währung nicht automatisch mehr Geld für alle bedeutete, war eine Überlegung, für die zu dieser Zeit einfach keiner Zeit fand.

Das ganze Land wurde zum Inter-shop, einer DDR-Institution zur Pflege von eigentlich verbotenen Westkontakten, wo man kleine Geldgeschenke von Omas und Tanten aus

dem Westen in Parfüm oder Jeans verwandeln konnte. Nicht länger war die DDR-Bevölkerung in Privilegierte und Ausgeschlossene geteilt, Westseife für alle, lautete nun die freiheitliche Devise. Die Währungsunion machte die Menschen gleich.

Als sich danach soziale Unterschiede rasant auswuchsen, die es in der DDR nie gegeben hatte, blieb den erneut Benachteiligten immerhin ein wenig Schadenfreude. Denn die Regularien des Währungsumtausches hatten so manchen Ostgeldkrösus zu überstürzten Großeinkäufen verleitet. 4000 Mark Erspartes wurden im Kurs eins zu eins getauscht, darüber hinaus gab's für zwei DDR-Mark eine Westmark. Mancher rasch gekaufte Trabi, der nach der Wende ver-

schrottet wurde, geht auf die Überlegung zurück, Geld lieber noch rasch anzulegen, als beim Tausch etwas zu verschenken. Die Währungsunion – Maßnahme zum Abbau sozialer Unterschiede.

Viele DDR-Bürger verreisten nach der Währungsunion so wenig wie vor ihr – doch nun können sie ausschließen, dass ihre Währung oder mangelnde Reisefreiheit der Grund dafür sind. Insofern diente die Währungsunion zu allem auch noch als Mittel der politischen Bildung. Doch auch zu Hause ist ja genug los. Eine Tortenschlacht vor einer Woche mit 300 Terten am Berliner Kino Babylon zur Einstimmung in eine Slapstick-Retrospektive – so etwas Tolles hätte es ohne Währungsunion nie gegeben.

Dann kam der Westgeld-Schnupperkurs: 100 D-Mark Begrüßungsgeld für alle!

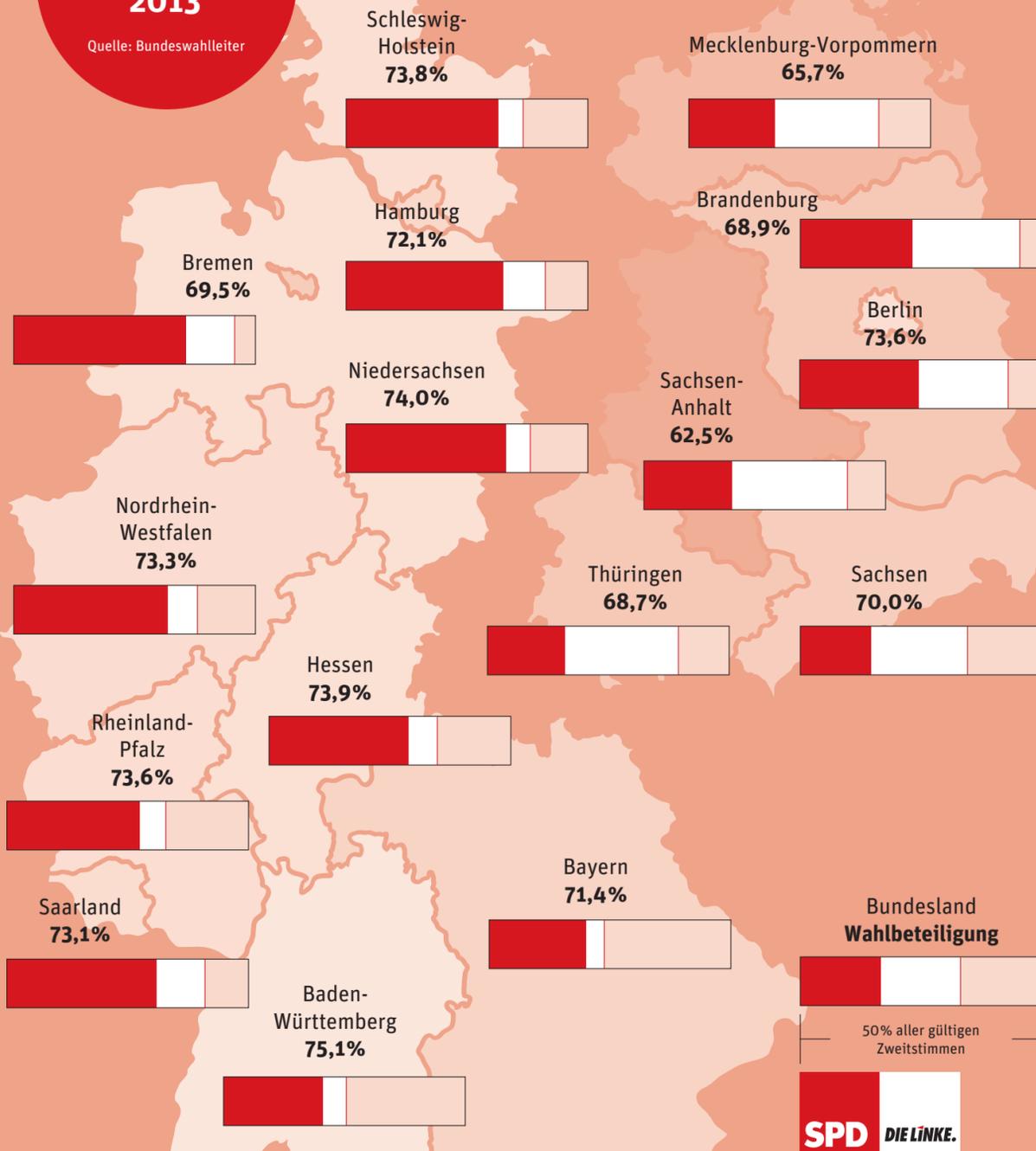
# Jammer doch, Wessi

Das Schöne an den vielen Zuschreibungen, Bildern, Erzählungen, die den Ostdeutschen betreffen: Man kann sich die besten herausuchen. Sieben Versuche über den Ossi. Von Tom Strohschneider

**Bundestagswahlen 2013**

Quelle: Bundeswahlleiter

Wahlbeteiligung gesamt: **71,5%**



**Wenn Wahlen was verändern würden ...** Mit diesem Spruch wäre man 1989 im demokratiedurstigen Osten auf Unverständnis gestoßen. Heute liegt die Wahlbeteiligung in den nicht mehr so neuen Ländern trotzdem meist unter der im Westen. Was nicht den Spruch wider die Wahldemokratie rehabilitiert, was aber zeigt, dass Parlamentarismus nicht jedermanns Erwartungen erfüllt, nicht in der Klassengesellschaft. Wer jetzt an die neueren Studien über die sozial gespaltene Demokratie denkt, denen zufolge die Wahlbeteiligung dort niedriger ist, wo die Lebensverhältnisse prekärer sind, kann nicht falsch liegen. So sehr es auch andere Gründe als die relative Armut geben mag: Die Zahlen aus Bremen, sozial und wahlbeteiligungsmäßig so etwas wie der Osten im Westen, sind ein treffender Hinweis.

## Missverständnis

Dieses Vorhaben hier ist ein einziges Missverständnis. Und weil es mit einer Klage beginnt, ist es auch ein Beweis: Immer müssen sie jammern, diese Ossis.

Was natürlich einerseits auch wieder Quatsch ist, denn mal ehrlich: Dass es die Ostdeutschen als real existierendes Kollektiv, als etwas Messbares, Erkennbares, Identisches nicht gibt, darüber wird doch kein ernsthafter Zweifel mehr bestehen können. Weil er aber andererseits doch so präsent ist, »der Ossi«, als das ganz Andere, als des Westdeutschen in-

nerer Ausländer, als die immer ein bisschen peinliche Gegenkonstruktion, als der, der stets länger arbeitslos ist, als der noch naivere Montagsdemonstrant, als der sächsische Pegida-Mitläufer und als der SED-Opa mit Rundstrickhose und pfirsichfarbener Windjacke – weil das alles da ist in den Bildern, die sich andere von den Ostdeutschen machen, und weil es längst auch eine Generation Ostdeutsche gibt, die mit genau diesen Bildern gern spielt, deshalb muss man doch eigentlich etwas zu sagen haben darüber. Über »uns Ossis«, als jemand von einer Ost-Zeitung. Oder?

Da schreibt man doch etwas dazu, dagegen, zur Aufklärung. Und dann merkt man gleich am Anfang: Das ganze Vorhaben ist eigentlich zu doof. Es gibt keinen Ossi. Und einen Jammerossi erst recht nicht.

Es gibt nur schlaue Soziologentexte darüber, dass es ihn nicht gibt, dass es uns nicht gibt, dass wir ein Mythos der anderen sind oder uns inzwischen selbst die Jacke ganz gern anziehen, die andere an die Garderobe der Identitäten gehängt haben – denn mal ehrlich: Wer möchte schon ein Wessi sein? Und eigentlich könnte die Sache damit hier auch schon enden. Es gibt ihn

nicht den Ossi. Wer als Ostdeutscher darüber schreiben muss, merkt schnell, dass es so einfach nicht ist. Nur jammern darf er nicht darüber. Weil sonst, genau: Jammer-Ossi. q.e.d.

## Was wir nicht sind

Jammern wir also doch gleich weiter: Die Ostdeutschen und Ostberliner machen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung so um die 17 bis 18 Prozent aus. In den gesamtdeutschen »Eliten« sind sie – je nach Studie – mit fünf bis neun Prozent vertreten. Oder mit Null: Unter den 500 reichsten Familien ist keine ostdeutsche. Beim

*Es gibt viele Studien darüber, was wir von der Demokratie halten (so lala), wie wir über Flüchtlinge denken (ganz schlimm) und über die DDR (es war nicht alles schlecht).*

letzten bekannt gewordenen Zählappell stand den rund 200 Bundeswehr-Generälen aus dem Westen eine einzige Generalin aus dem Osten gegenüber. Es gibt eine Ostdeutsche unter den Intendanten der ARD-Anstalten. Von den 181 Dax-Vorständen der 30 Großkonzerne waren der jüngsten Studie zufolge vier in Ostdeutschland geboren und aufgewachsen. Auch »drüben« holt der Ossi kaum auf: Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaft von 2010 zeigte, dass der Anteil ostdeutscher Führungskräfte in Westdeutschland binnen zehn Jahren um lediglich zwei Prozentpunkte gestiegen ist – von null auf zwei! Und wer noch einen Chefredakteur aus dem Osten kennt, der meldet sich bei mir.

## Im Namen des Volkes

Was wir auch nicht sind, steht in einem Urteil von 2010: »Die Klägerin kann von dem beklagten Unternehmen eine Entschädigung wegen geltend gemachter Benachteiligung aus Gründen der ethnischen Herkunft als Ostdeutsche nicht verlangen. Dies hat das Arbeitsgericht Stuttgart in seinem heute verkündeten Urteil entschieden. Es hat hierzu ausgeführt, die Bezeichnung als »Ossi« könne zwar diskriminierend gemeint sein und/oder so empfunden werden, sie erfülle jedoch nicht das Merkmal der ethnischen Herkunft im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. (...) Selbst wenn davon ausgegangen werde, so das Gericht, dass mit dem Begriff »Ethnie« Populationen von Menschen beschrieben werden, die durch ihre Herkunft, ihre Geschichte, ihre Kultur, durch ihre Verbindung zu einem spezifischen Territorium und durch ein geteiltes Gefühl der Solidarität verbunden sind, so werde die Bezeichnung »Ossi« nicht dem Begriff der Ethnie als Gesamtgefüge dieser Elemente gerecht. Die Gemeinsamkeit ethnischer Herkunft könne sich in Tradition, Sprache, Religion, Kleidung oder in gleichartiger Ernährung ausdrücken. Außer der Zuordnung zum ehemaligen DDR-Territorium fehle es bei den »Ossis« an diesen Merkmalen, zumal die DDR nur wenig mehr als eine Generation, nämlich 40 Jahre lang, eine von der Bundesrepublik unterschiedliche Entwicklung genommen habe.« Es fehlt an Merkmalen! Das muss man sich merken.

## Wissenschaft

Wenn noch jemand von den Ostdeutschen bis hierher durchgehalten hat: Jetzt kommt etwas darüber, was wir sind. Also im Durchschnitt, so als Gruppe. Also Ossis eben. Darüber gibt es nämlich viele Studien. Darüber, was wir von der Demokratie halten (so lala), wie wir über Flüchtlinge denken (ganz schlimm) und über die DDR (es war nicht alles schlecht). Wenn es stimmt, dass der Ossi erst mit der Wende auf die historische Bühne getreten ist, er also Produkt der Abschaffung jener Bedingungen ist, die ihn hervorbrachten – die DDR – dann sind vielleicht die Forschungsergeb-

nisse am spannendsten, in denen man etwas darüber erfährt, wie die Ostdeutschen über »ihr Ankommen« in der Welt denken, in der sie zu Ossis erst geworden sind.

33 Prozent sehen sich als Bundesbürger, so steht es in den Ergebnissen einer Langzeitstudie des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg. 47 Prozent der Ostdeutschen halten sich für Wendegewinner und 18 Prozent für Verlierer der Einheit. Das Interessante ist: Im Westen sehen sich noch weniger Menschen als Wendegewinner – und deutlich mehr als Verlierer der Einheit. Aber damit müssen die Wessis schon selbst klarkommen.

Wir Ostdeutschen hatten es ja auch nicht leicht: Erst waren wir vergleichsweise zufrieden mit dem neuen Leben, das ging so bis 1999. Dann machte sich langsam Rot-Grün bemerkbar und also die Agendapolitik: 2004 war der Anteil der Ostdeutschen, der sich als »Bundesbürger« fühlte, klar unter 20 Prozent gesunken. Auch die eher kleine Gruppe jener, die die DDR zurückhaben wollen, wurde in diesen Jahren größer. Interessanterweise waren es nicht etwa die Älteren, die sich nach der Vergangenheit sehnten, sondern die von Armut betroffenen oder bedrohten. Seit 2006 steigen die Werte wieder an, die bedeuten sollen: Der Ossi ist eigentlich ganz zufrieden.

## Wörter mit Weltniveau

Weil wir gerade vom Zurücksehnen gesprochen haben: Grilletta, Bausoldat, Nicki, Ferienspiele, Berlinverbot, Kaufhalle, Hundertfünfzigprozentige, Popgymnastik, BRD, Forumchecks, die Freunde, Würzfleisch, Komplexannahmestelle, Obertrikotage, Intertank, Westgeld, Anorak, Broiler, Kombi, Brigade, Traktorist, delegieren, Aktendulli, Altstoffsammlung, Polylux, Sättigungsbeilage, Jugendmode, Muttiheft, Ketwurst, Errungenschaft, Klassenfeind, Campingbeutel, Blockflöten, Körperkulturstik, Leiter, Bundi, Stuhltanz, Dederon, Ernteschlacht, Dispatcher, Lipsi, Malimo, Ormig, Rotlichtbestrahlung, Sprelacart, Trapo, Winklement. Das sind doch alles Wörter mit Weltniveau. Und ist es nicht urst schade, dass sie kaum noch jemand benutzt?

## Unsere Wende

Es ist noch etwas anderes urst schade, nämlich: dass das nicht geklappt hat damals mit der friedlichen Revolution. Nein, das ist jetzt kein Missverständnis, es ist genau so gemeint. Das Aufbegehren 1989 begann weit links von dem, was heute in der herrschenden Erinnerung davon übrig gelassen wird. Im Prinzip ging es um Ziele, die wir unumwunden als linke, als progressive Forderungen bezeichnen würden – aber nur selten wird dies ausgesprochen. So steht es in einem Text über das, an das wir Ostdeutsche uns zu selten erinnern.

Denn der Osten existiert ja nicht bloß als statistisches Jammertal oder als Konstruktion, Mythos, Erzählung. Sondern auch als untülbare Erfahrung in den Menschen, dass es möglich ist, die Verhältnisse grundlegend zu ändern. Es gab diesen politischen Frühling im Herbst 1989, da hatten noch nicht Zweckrationalität und Alternativlosigkeit die Hofaufsicht übernommen, da war es auch nicht bloß eine Frage geduldeten Rechtsstaatsverständnisses, dass Leute auf der Straße das ganz Andere herbeidemonstrieren wollen, sondern der Kern einer gerade neu entdeckten Demokratie. Das bleibt.

## Lab der FKK-Diktatur

Und übrigens. Das Schöne an den vielen Zuschreibungen, Bildern, Erzählungen, die den Ossi betreffen, ist ja, man kann sich die besten herausuchen. Also dann: Im Osten sind die Frauen hübscher und die Männer auch. Und wegen der FKK-Diktatur und dem Nischendruck und aus irgendwelchen anderen Gründen, die ihr Euch ausgedacht habt, glauben wir es inzwischen selbst: Wir haben den besseren Sex. Da, ähm, kommt ihr einfach nicht mit, ihr Wessis!

# Die vier großen E

Alles, was man über den Westdeutschen wissen sollte. Eine ethnologische Annäherung an eine nicht immer ganz einfache Menschensorte. Von Thomas Blum

Schiller, Goethe, Heine, Marx, Kollwitz, Tucholsky – im Osten, der DDR, dem Land der aufgehenden Sonne und der humanistischen Bildung, das ganz dem Humboldtschen Ideal zugetan war, hatten diese Namen einen magischen Klang. Fortschrittliche, mutige Dichter, Philosophen, Künstler waren die Künster einer künftigen besseren, gerechteren Gesellschaft, die dereinst auf deutschem Boden entstehen sollte. Jede und jeder, vom Greis bis zum Kleinkind, hatte die Werke der Genannten freudig studiert und auswendig gelernt, um den neuen Menschen, die neue Gesellschaft, die man erstrebte, wenigstens auf der Zunge liegen zu haben, bis sie Realität wurde. Heinrich von Kleists »Michael Kohlhaas« und Heinrich Manns »Der Untertan« hatte man in der DDR schon gelesen und begriffen, während von den Analphabeten in der BRD vor allem schlecht redigierte Schundliteratur (»Jerry Cotton«, »Perry Rhodan«, »Martin Walser«) und mit Propaganda, Flitterkram und Schnickschnack vollgestopfte Ramschillustrierte verschlungen wurden.

Natürlich, auch der Westler hat von all den am Anfang dieses Textes namentlich aufgeführten Denkern vielleicht schon einmal gehört, wahrscheinlich infolge eines Missgeschicks beim Hantieren mit der Fernbedienung, als er nach Ende der Werbepause versehentlich nicht zügig genug wieder auf die Sportschau oder »Wetten, dass...?« wechselte, weil sein Unterarm zehn Zentimeter tief in der Chips-Schüssel steckte und am anderen eine Flasche Bier installiert war: Die ersten beiden, Goethe und Schiller, so würde er wohl sagen, wenn man ihn fragte, sind zwei schwul aussehende Typen mit Dauerwellen, Kniebundhosen und Federkiel in der Hand, die irgendwann früher lebten, bevor es das Internet gab. Heine? Nie gehört. Marx ist der mit dem Bart, der, wie man weiß, die Weltbevölkerung per Kommunismus, Weltkrieg und Mauerbau versklavte wollte. Der Vierte, dieser Kollsalik oder Konsawitz, hat das Buch »Liebesnächte in der Taiga« geschrieben, und der Fünfte ist der Lieblingschriftsteller von Helmut Kohl, CDU. Wer braucht schon Heine & Tucholsky, wenn es Sex & the City gibt bzw. Hauser & Kienzle oder Börne & Thiel. Dies in etwa würde herauskommen, befragte man den durchschnittlichen Westler nach den eingangs Genannten.

Denn der Westler – sagen wir es ruhig rundheraus – ist dumm wie Brot. Er weiß nichts, er kann nichts, er versteht nichts. Auf der Schule hat er außer Bockspringen, Daumenlutschen, Eierschaukeln, Mengenlehre und Aktienkursen nichts gelernt. Und was die Welt als »Kapitalismus« kennt, heißt bei ihm »soziale Marktwirtschaft«, denn im Verschleiern und Umtaufen von Dingen ist er gut, der Wessi.

Philosophie, Literatur, Gedöns – all das gilt ihm nichts: brotlose Künste, leere Worte, Hirnwicherei. Sätze, die mehr als fünf Wörter haben, kennt er nicht, sind ihm suspekt, ängstigen ihn, will er nicht lesen. Dem Satz »Ey, Alter, gib mal die Wurst« kann er noch folgen, dem Satz »Das Dasein der Sprache erstreckt sich nicht nur über alle Gebiete menschlicher Geistesäußerung, der in irgendeinem Sinn immer Sprache innewohnt, sondern es erstreckt sich auf schlechthin alles« hingegen schon nicht mehr. Hauptsache, der Fernsehkasten brummt, der Tank ist voll und das Bier billig, so denkt er, der Wessi, dessen radikale Kunst- und Intellektuellenfeindlichkeit seit Jahrzehnten zuverlässig dafür sorgt, dass er die »Intellektuellen« hat, die er verdient: Denis Scheck, Karasek, Bielek, Ed von Schleck, Sloterdijk und Sibylle Lewitscharoff (alles Westler, ein Zufall?).

Dennoch schämt er sich kein bisschen seiner Unbildung und Ignoranz. Vielmehr zeigt er einen diffusen Stolz auf die Mischung aus Ahnungslosigkeit, Egoismus und Dreistigkeit, die ihn ausmacht. »Das Ich und Mich, das

Mir und Mein regiert in dieser Welt allein«, so keift er. »Von nichts kommt nichts«, »Nach mir die Sintflut« und »Der Zweck heiligt die Mittel«, so lauten seine Credos. Sein Gott heißt Arbeit, und die besteht traditionell aus Lumperei und Abzockerei.

Denn der Westler, seien wir ehrlich, hat außer dunklen Mächenschaften und Tricks, wie man andere übers Ohr haut, nichts gelernt. Das schamlose Übertölpeln Anderer, Schwächerer zum Zwecke eigener Bereicherung ist ihm zur zweiten Natur geworden. Stand anno 1990 etwa nach einem seiner verbrecherischen »Geschäftsabschlüsse« ein Kind mit Tränen in den kleinen Kulleraugen vor ihm und erinnerte ihn dergestalt an die Verworfenheit seines Tuns, kannte er kein Mitleid, emp-

*Der Westdeutsche empfindet nichts als Verachtung für das von ihm als nutzloser Esser eingestufte Ostbalg.*

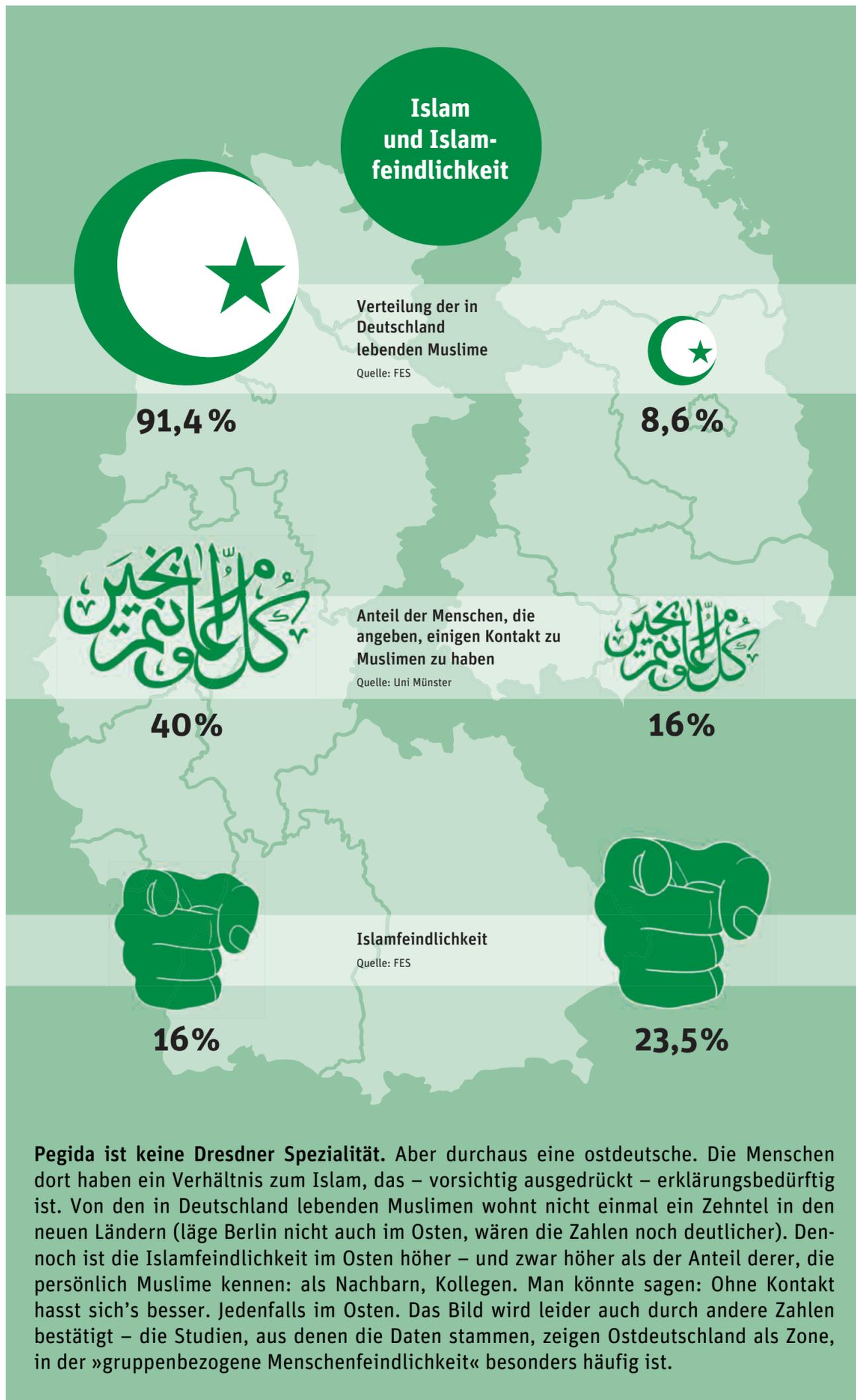
fand nichts als dumpfe Verachtung für das von ihm als nutzloser Esser eingestufte Ostbalg, das im Gegensatz zu ihm in der Schule aus sozialistischem Lehrermunde noch goldene Worte wie »Klassenstandpunkt« und »Dialektischer Materialismus« hat hören dürfen, während in den eher Propagandainstitute als Bildungsanstalten zu nennenden Schulen der Bundesrepublik schon die kleinsten Zöglinge mit Begriffen wie »Standortlogik« und »Wirtschaftswachstum« zu reibungslos funktionierenden seelenlosen Automaten getrimmt wurden, deren einziger Lebenssinn aus den vier großen E erwächst: Egoismus, Erwerbsarbeit, Einkaufen und Einverständnis.

Insbesondere den Egoismus kultiviert der Westdeutsche. Als Tuschenspieler, Bauernfänger und Halsabschneider zog der Westdeutsche schon 1989 über das schamlos ausgetrickte kleine Land DDR, das er sich im Eiltempo kaltschnäuzig unter den Nagel gerissen hatte, und erleichterte, ein falsches Lachen auf den Lippen, noch die ärmsten Haushalte um deren bescheidene Barschaft: »Haben Sie schon eine Hausschuhschrank-Zusatzversicherung? Mein Bruder ist übrigens Autohändler und hat soeben einen beinahe neuen Opel Kadett Baujahr 1972 reinbekommen, kostet für Sie nur die Hälfte.«

Schnell wurde klar: Dem Ostler – gelernter tapferer Streiter für das Gute, die Solidarität und die Gerechtigkeit in der Welt, im Geiste ein unschuldiges Kind – konnte man ausnahmslos alles andrehen (»Spiegel«-Abos, Quatschversicherungen, Kieselsteine).

Der Westler, verschlagen und tückisch, wie man ihn kennt, karrte daher tonnenweise als unverkäuflich eingestuftes Plunder und Industrieabfälle in die im Eiltempo an den Autobahnen errichteten Abholmärkte und »Einkaufsparadiese« (wie gesagt: der Ostler glaubte alles) und sahnte mächtig ab. Es waren goldene Zeiten.

Doch damit nicht genug: Der Westdeutsche ist, um mit dem großen Philosophen Gerhard Polt zu sprechen, »wie der Hausschwamm«: So, wie man diesen – hat man ihn erst mal gewähren lassen – irgendwann nicht mehr aus dem Haus bekommt, kriegt man den Wessi nicht mehr aus dem Land, wo er, wenn ihn keiner rechtzeitig stoppt, gnadenlos deprimierende Fußgängerzonen und immer neue, ebenso riesige wie hässliche Glasfassaden-Shopping Malls errichtet, wo früher heimelige Bibliotheken und Stätten der Kunst zu Bildung und Erbauung einluden. Wo früher mit erhobener Faust ein bronzenener Thälmann grüßte und freundlich und dezent an die Idee des Fortschritts der Menschheitsgeschichte gemahnte, hat der Westdeutsche sein unbarmherziges Schreckenregime aus Deichmann-, Nordsee- und Kaufhof-Filialen gebaut, durch die er seit



**Pegida ist keine Dresdner Spezialität. Aber durchaus eine ostdeutsche. Die Menschen dort haben ein Verhältnis zum Islam, das – vorsichtig ausgedrückt – erklärungsbedürftig ist. Von den in Deutschland lebenden Muslimen wohnt nicht einmal ein Zehntel in den neuen Ländern (läge Berlin nicht auch im Osten, wären die Zahlen noch deutlicher). Dennoch ist die Islamfeindlichkeit im Osten höher – und zwar höher als der Anteil derer, die persönlich Muslime kennen: als Nachbarn, Kollegen. Man könnte sagen: Ohne Kontakt hasst sich's besser. Jedenfalls im Osten. Das Bild wird leider auch durch andere Zahlen bestätigt – die Studien, aus denen die Daten stammen, zeigen Ostdeutschland als Zone, in der »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« besonders häufig ist.**

25 Jahren täglich Tausende und Abertausende hilfloser Ostdeutscher treibt, um sie zum Erwerb von leerem Tand zu zwingen.

Eingebildet und arrogant ist er, doch was hat er vorzuweisen, der Westdeutsche? Seine armselige Leistungsdeologie, die zu nichts führt als Bluthochdruck und Burnout-Syndrom; volle Regale mit Waren, die er herstellen lassen aus Rohstoffen, die er den Menschen im Trikont abgepresst hat; Altnazis als Bundespräsidenten; das schlechteste Fernsehprogramm der Welt. Das von ihm gepriesene Gesellschaftssystem hat

vor allem Arbeitswahn, Missgunst, Eigentumsfetisch, Sozialdarwinismus, Obdachlosigkeit, Krieg und Ausbeutung hervorgebracht.

Was den Wessi allerdings nicht daran hindert, sich als Weltmeister in den Disziplinen Schaumschlägerei, große Schnauze und Prahlerei hervorzutun: Meine Frau, mein Haus, mein Auto. Alles gerinnt ihm zu bloßem Besitz, sobald er danach greift. Auch Menschen sind ihm nur Waren und Mittel zum Zweck: Die Partnerin bzw. der Partner hat vor allem dekorativ, »anschmiegsam« und nützlich zu sein, eine Mischung aus Ku-

scheltier und Ausstellungsgegenstand, die Kinder werden als erfreuliche Früchte des gelungenen eigenen Expansionsdrangs und hilfreiche Instrumente zur Terrorisierung der Umwelt begriffen, und der Ossi ist dem Wessi nichts als dienstbares Lackienheer und Hilfsvolk. Da sitzt er, geschmacklos, breitbeinig und mit toten Augen, in seinem mühsam ersparten Lamborghini und hat noch nie einen eigenen Gedanken gehabt. Doch die Bücher, die ihm einen eingeben könnten, hat er eingespart. Denn wo einmal die Bibliothek stand, kommt demnächst ein Parkhaus hin.

# Ingenieur mit großem I

Gewerkschafterinnen aus Ost und West entdeckten ihre Gemeinsamkeiten nicht. Von Regina Stötzel

Man kann sich leicht vorstellen, wie der Konflikt schon in der Vorstellungsrunde losging, wenn die Ost-Kollegin sagte: »Ich bin Ingenieur« oder: »Ich bin Lehrerin« und dann alle West-Kolleginnen gleichzeitig aufstöhnten.« »Fremdeln« und »Verständnisbarrieren« hätten die Kontakte zwischen Ost- und Westfrauen nach der Wende geprägt, schreibt Sibylle Plogstedt. Und das nicht zuletzt bei den Gewerkschafterinnen, mit denen Plogstedt für ihr Buch »Mit vereinten Kräften. Die Gleichstellungsarbeit der DGB-Frauen in Ost und West« zahlreiche Interviews führte. »Dieses große I, immer wieder dieses große I! Irgendwann wurde ich sauer«, schimpft darin Edelgard Kohrt (Energiebau, später IG BCE). Ihre Kollegin Sylke Teichfuß (Ledergewerkschaft, später IG BCE) erzählt die Anekdote, wie sie sich beim Besuch eines Unternehmens im Erzgebirge aufgrund der neu gewonnenen sprachlichen Sensibilität als »Gewerkschaftssekretärin« vorstellte und daraufhin gefragt wurde, ob sie denn überhaupt am Treffen mit der Geschäftsführung teilnehmen wolle. »Sekretärin« hieß da eben »Tippse« – und Teichfuß bezeichnete sich seither wieder als »Gewerkschaftssekretär«.

Kniffliger noch als mit der Sprache war es mit den unterschiedlichen Lebensrealitäten. Ursula Engelen-Kefer, stellvertretende DGB-Vorsitzende von 1990 bis 2006, berichtet, dass sie bei ihren Reisen nach der Wende in den Osten versuchte, »den Frauen deutlich zu machen, dass sie nicht erwar-

ten konnten, hier im Westen als Frauen ein gleichberechtigtes Leben zu führen. Die verstanden überhaupt nicht, worüber ich rede.«

Für die Westgewerkschafterinnen war das jahrelange Ringen um Erwerbsarbeit, Frauenförderung und Frauenschutzgesetze der Normalzustand. Für die Ostfrauen war es normal zu arbeiten, auch in Berufen, die im Westen reine Männerdomäne waren, und familienpolitische Leistungen zu genießen, die ihnen die Vereinbarung von Beruf und Familie ermöglichten. Von einer Kinderbetreuung wie im Osten, der großzügigen Freistellung zur Pflege kranker Kinder, dem Kündigungsschutz für Mütter, dem monatlichen Haushaltstag, Wäschedienst, Frauenruhraum und betrieblichen Kosmetikstudios konnten die Kolleginnen im Westen nur träumen.

So wollten die einen über Ost und West reden, die anderen über Frauen und Männer. Der Schwung, den sich die Westfrauen für ihre Kämpfe erhofft hatten, blieb aus. »Frauenpolitische Sachen, für die wir herzerblutet gekämpft haben, sind während der Wende nicht mehr diskutiert worden«, sagt Britta Naumann, langjährige stellvertretende Vorsitzende der GEW, im Interview mit Sibylle Plogstedt.

Schließlich mussten erst einmal die Gewerkschaftsstrukturen im Allgemeinen und die Frauenstrukturen innerhalb der Gewerkschaften im Speziellen ganz neu ausgehandelt werden. Und das alles ganz plötzlich. Da es bei DGB-Konferenzen üblich war,

Anträge drei bis sechs Monate vorher einzureichen, kann man sich vorstellen, was ab Herbst 1989 plötzlich los war. »Die Einheit war schneller gekommen, als der DGB seine Tagesordnung an die Realität anpassen konnte«, schreibt Plogstedt.

Klar ist nur eines schnell: Auch bei den Gewerkschaften wird es nicht zu einer Vereinigung gleichberechtigter Partnerorganisationen kommen. Der FDGB als Teil des Staats- und Parteiapparates der DDR kommt für den DGB als Kooperationspartner nicht in Betracht. Neue Gewerkschaften für den Osten sind in der Diskussion, doch meist bleibt es dabei. Eine Ausnahme bildet die Ostgewerkschaft Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft, die 1990 mehr als 330 000 Mitglieder aufweisen kann, aber dennoch nicht lange besteht. Nach der kurzen Zeit der Experimente locken die Westgewerkschaften, auch mit Posten für Funktionäre. Wer flexibel einsetzbar ist und unterschreibt, nicht der Stasi angehört zu haben, hat die Chance, eine Stelle zu ergattern – zumindest als Mann. Aus all den Erwerbstätigen im Osten, die automatisch Mitglied in einer Gewerkschaft waren, werden zahlende Mitglieder wie im Westen – oder auch nicht. Der Übergang ist kompliziert. Die Mitglieder mancher Gewerkschaften werden im Paket übernommen und verhelpen den Arbeitervertretungen im Westen zu traumhaften Zuwächsen. Doch treten viele Frauen und Männer schnell wieder aus, als die Beiträge fällig werden. »All diese Umstrukturierungen und die Namensänderungen! Irgendwann bin

ich nicht mehr mitgekommen«, klagt eine Baugewerkschafterin noch im Rückblick, und das, obwohl sich häufig gar nicht so viel an der Arbeit geändert habe.

Die Gefahr, dass die Interessen der Lohnabhängigen mit der Auflösung der DDR untergehen könnten, hatten Gewerkschafter in beiden Teilen Deutschlands vor Augen. Aber zunächst mussten für die neuen Gebiete, Betriebe und Mitglieder parteipolitisch unabhängige Gewerkschaftsstrukturen, betriebliche Mitbestimmung, Tarifautonomie, Streikrecht, Löhne und Gehälter auf einem dem Westen vergleichbaren Niveau, soziale Absicherung für Erwerbslose, Arbeitsunfähige und Rentner ausgehandelt werden. Frauenpolitische Themen standen dabei ganz hinten an, obwohl der DGB auf seinem Bundeskongress 1990 beschlossen hatte: »Die derzeit hohe Frauenerwerbsquote in der DDR darf nicht durch eine hohe Frauenerwerbslosigkeit abgelöst werden.«

Ein Runder Tisch für Gewerkschafterinnen existiert wegen der beschriebenen Verständigungsschwierigkeiten nicht lange. Nur wenige Frauen gelangten in die neuen Leitungspositionen. Diejenigen Ostfrauen, die es schafften, wie etwa Edelgard Kohrt, machen die Erfahrung, dass plötzlich alles, was sie sagen, »in die Frauenecke gestellt« wird, ohne dass sie anders gesprochen hätte als zuvor. Alle Belange von Frauen werden den wenigen Funktionärinnen aufgetragen; dass es sich bei Frauenpolitik um ein Querschnittsthema

handeln könnte, wird nicht wahrgenommen.

Während der Organisationsaufbau Ost im Jahr 1992 als abgeschlossen gilt, spricht der Geschäftsbericht des DGB zu dieser Zeit von einer »sprunghaften Verschlechterung« der Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. So war deren Arbeitslosenquote 1993 doppelt so hoch wie die der Männer. Das ändert sich zwar schnell wieder und allmählich beginnt auch die gemeinsame Arbeit der Gewerkschafterinnen an Erhalt, Veränderung und Erweiterung von Frauenstrukturen und Quotierung. Doch sind zu diesem Zeitpunkt die Gewerkschaften insgesamt schon in einer großen Krise.

Die Nachwendejahre waren für Frauen in Ost und West ziemlich enttäuschend. »Ich habe geglaubt ..., die ohne Zweifel weiter fortgeschrittene berufliche Gleichstellung der Frauen im Osten würde auch uns als Frauen im Westen einen Schwung nach vorne bringen. Die Ernüchterung war, wie wir uns alle erinnern, bitter. Die westdeutsche Gesetzgebung wurde den neuen Bundesländern mit wenigen Ausnahmen übergestülpt«, fasst Ursula Engelen-Kefer zusammen. Und in den wohlwollenden Worten ihrer Ostkollegin Regina Klefner (IG BAU) klingt das so: »Diese Zusammenarbeit war positiv. Wir sind ziemlich gut in den Westen übergegangen. Ich sage, übergegangen, weil es kein Zusammenwachsen war, sondern es war ein Einvernehmen. Wir sind eingenommen worden. Aber nicht in böser Absicht, sondern in guter Absicht.«

»Wir sind ziemlich gut in den Westen übergegangen. Wir sind eingenommen worden. Aber nicht in böser Absicht, sondern in guter Absicht.«

Regina Klefner, IG BAU

Sibylle Plogstedt: Mit vereinten Kräften. Die Gleichstellungsarbeit der DGB-Frauen in Ost und West (1990-2010). Psychosozial-Verlag, Gießen. 364 Seiten, Broschur, 19,90 Euro.

## Das Pfeifen nach dem Hühnerhund

DM-Busse, Streit unter Freunden und ein linkes Schisma – ein Protokoll. Von Velten Schäfer

Als der futuristische, fensterlose Panzerbus in Begleitung lächerlich kleiner Vopo-Ladas außer Sicht war, begannen die Freunde am Straßenrand zu streiten. Dabei hatten sich Thomas und Enrico, wie die Mittvierziger mit seriösen Arbeitsplätzen in der Zeitung heißen wollen, erst kurz zuvor im Berliner Stadtteil Friedrichshain getroffen, waren dicke geworden und meist einer Meinung: dass entschlossen gegen die Nazis vorzugehen sei, die von Lichtenberg immer wieder nach Friedrichshain vorstießen, dass auch das Westsystem nicht der Geschichte letztes Wort sein würde – und dass das Besetzen von Häusern, das sie an der Frankfurter Allee zusammengebracht hatte, nicht nur ein schönes Leben versprach, sondern auch ein politisches Mittel darstellte.

Doch als sie nunmehr Zaungäste jener Aktion wurden, die die Bundesbank als »Operation Bird Dog« – »Hühnerhund« – vorbereitet hatte, »stellte sich was zwischen uns«, erinnert sich Thomas, der aus einer westdeutschen Kleinstadt ins östliche Berlin gekommen war und dem Konvoi »etwas zwischen Imperialismus und Arschloch« nachbrüllte. »Meine Augen haben wohl geleuchtet«, lacht er am östlichen Stadtrand aufgewachsene Enrico. »Und ich hab dem Wagen nachgepiffen wie einem schönen Mädchen. Dabei wollte ich das gar nicht.«

Thomas, meint Enrico, sei ihm auf einmal als »Besserwessi« erschienen – wenn dieses Schimpfwort schon gebräuchlich war im wilden Juni 1990. Und Enrico, erwidert Thomas, erschien ihm plötzlich als einer derjenigen, die »eine Revolution für Porno und PS verkauften«. »Selbst im Schlechtsein war der Westen besser«, erinnert sich Enrico an seine damals paradoxen Gefühle: Heilfroh war er, nun definitiv nicht probieren zu müssen, wie ihm auf Dauer die DDR bekommen wäre, doch fühlte er sich zugleich paternalistisch belächelt. Nicht

nur vom jovialen Bundeskanzler, der von ihm Jubel erwartete, sondern auch von diesen Westlinksradikalen mit ihrem seltsamen Jargon, die ihm jetzt sagten, dass er sich nicht freuen dürfe. Die beiden haben dann lange nicht mehr geredet.

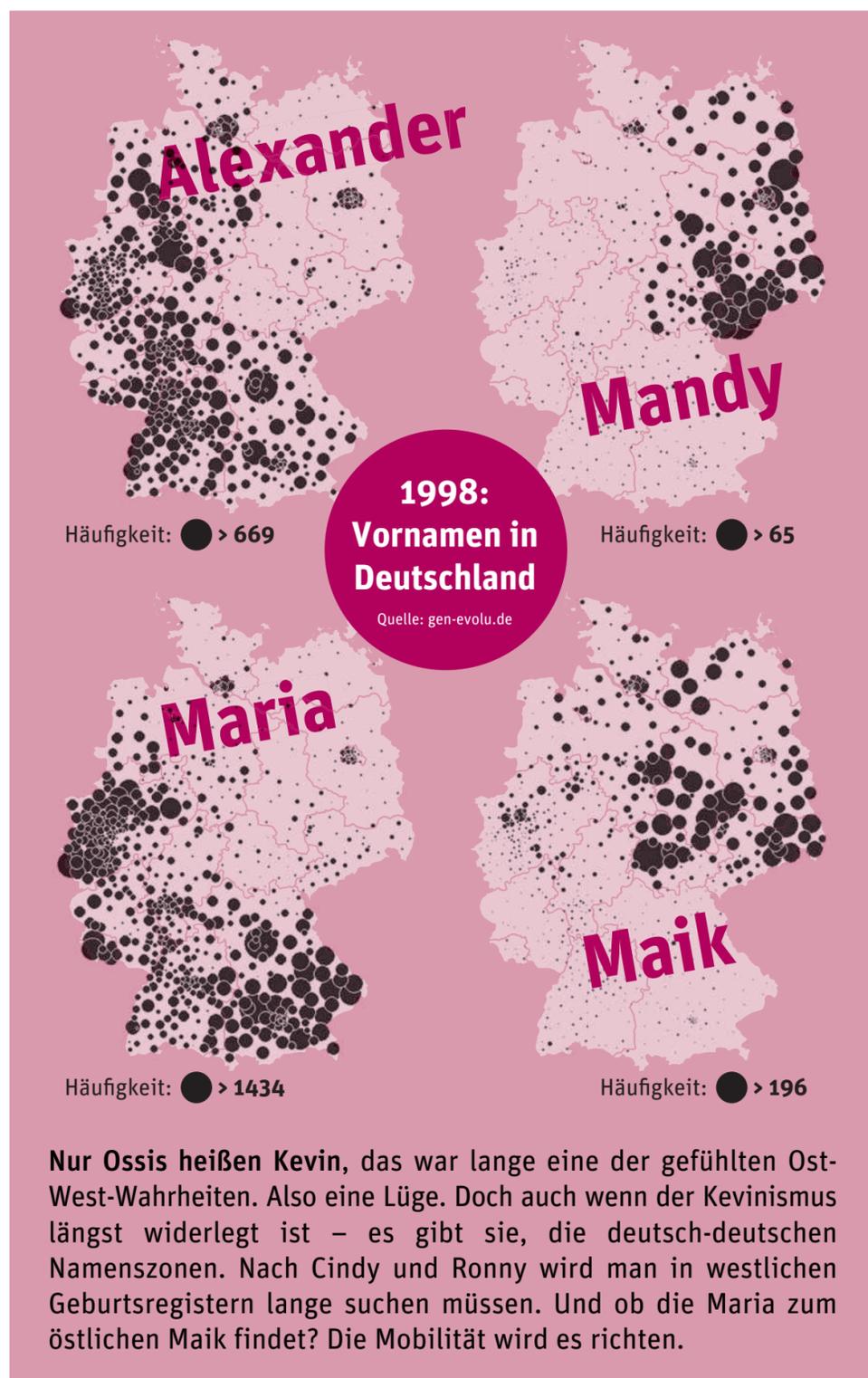
»Im Prinzip hab ich ja recht behalten«, meint Thomas heute: »Mit der unvermittelten Währungsunion war der Zusammenbruch im Osten abgemacht, wie der Lafontaine gesagt hat.« »Ganz der Alte!«, hält Enrico dagegen, »und warum hat dich dann einen Dreck gekümmert, was mit den Leuten passiert?« »Ich mach mir doch keinen Kopf um Leute, die aus Wut nur Fidschis klatschen«, pariert Thomas und malt Gänsefüßchen in die Luft. Die beiden sind jetzt kurz davor, wieder ernsthaft mit dem Streiten zu beginnen.

Thomas, der Wessi, wurde »anti-deutsch« nach dieser Nacht, wobei er lieber »antinational« sagt. Und Enrico wurde, wie er meint, »passiver Sympathisant« einer Gruppierung um den Ostberliner »Telegraph«, die sich als Fortführung von 1989 sah.

Wer aber wissen will, warum nach der Wende gerade deren Kritiker nicht zusammenfanden, wieso Westlinke in den 1990ern »Kühe! Schweine! Ostdeutschland!« für eine »antifaschistische« Parole hielten und umgekehrt viele Pickel kriegten, sobald sie einen bestimmten Dresscode erblickten, muss jetzt nur aufpassen. Es geht nicht um den »Warenfetisch« und »verkürzten Antikapitalismus«, mit denen Thomas oft operierte. Es geht nicht um »egalitäre ostdeutsche Identität als widerständiges Subjekt«, von der Enrico manchmal sprach. Es geht überhaupt nicht um Gedanken. Es geht um einen Moment, um einen Blick, einen Reflex in der Nacht zum ersten Juli 1990.

Zum Glück kommt jetzt der neue Mojito. Zum Glück ist es ein rarer warmer Abend im Frühsommer 2015. Die beiden brechen in Lachen aus. Sie wollen sich bald wiedersehen.

Thomas, der Wessi, wurde »antinational«. Und Enrico wurde »passiver Sympathisant« einer Gruppierung um den Ostberliner »Telegraph«, die sich als Fortführung von 1989 sah.



# Operation D-Day

Die D-Mark-Ära begann für »Neues Deutschland« mit harten Existenzkämpfen. Von Wolfgang Hübner

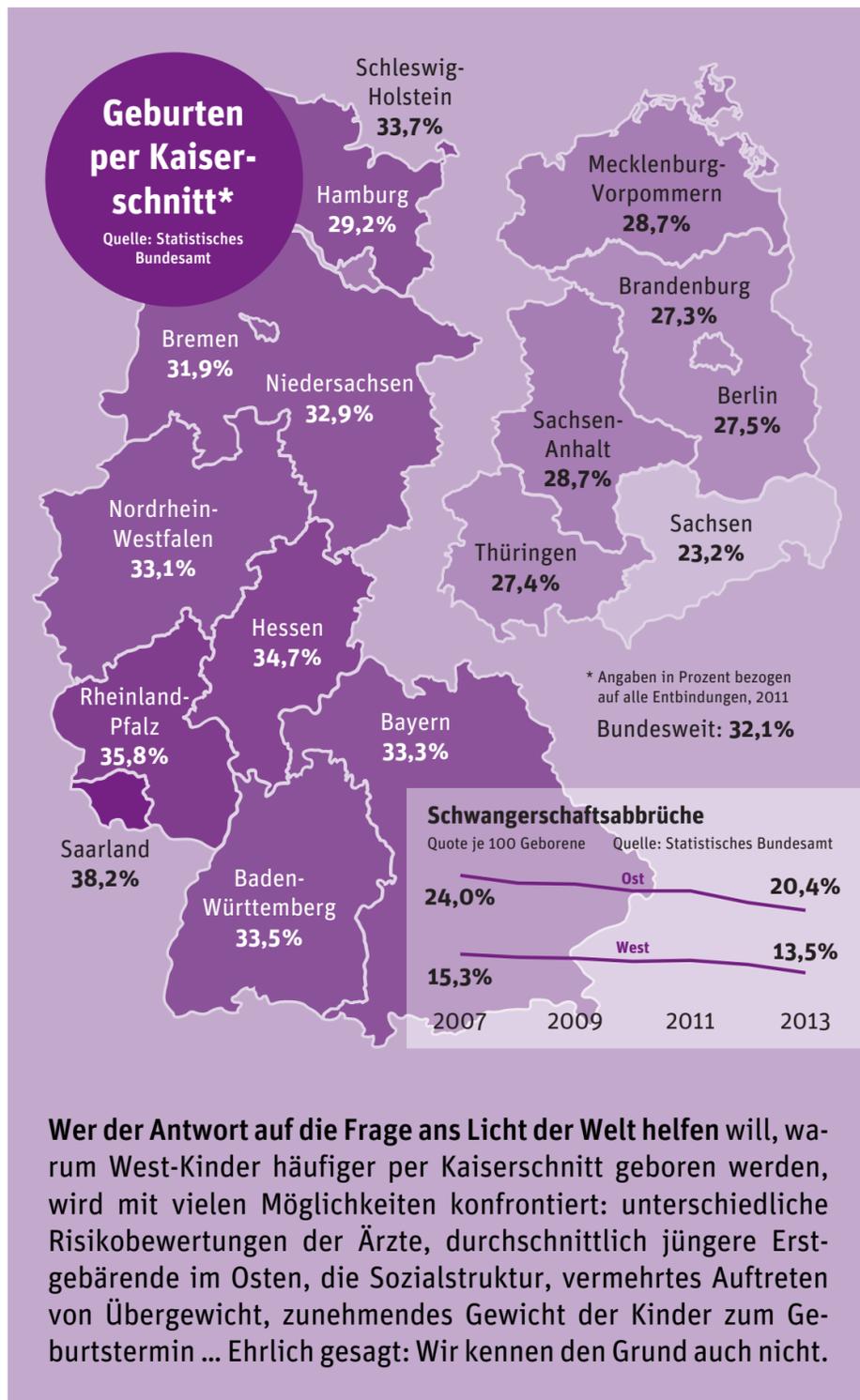
Als die D-Mark am 1. Juli 1990 über die DDR kam, ging es dem »Neuen Deutschland« wie allen Firmen im Osten des geteilten Landes: Es war von einem Tag auf den anderen dem freien Markt ausgesetzt. Der Schutzraum einer eigenen Währung war aufgebrochen, Kosten, Einnahmen und Gehälter bewegten sich plötzlich in einem ganz anderen Rahmen, und auch der bald gesamtdeutsche Zeitungsmarkt fächerte sich erheblich auf.

Ohnehin traf die Währungsunion das »ND« in einer schwierigen Phase. Die zu DDR-Zeiten überdimensionierte Belegschaft von Redaktion und Verlag musste – auch angesichts des rapiden Auflagenverlustes – verkleinert werden, inhaltlich rang das einstige Zentralorgan um ein neues Selbstverständnis, um ein neues Verhältnis zur PDS, deren Eigentum die Zeitung immer noch war, um eine neue journalistische Haltung. Die Post sollte bald nach der deutschen Vereinigung den Zeitungsvertrieb sowohl an eigenen Kiosken als auch in der Frühzustellung beenden; die Umstellung auf private Firmen, für die die Zeitungsverlage in der alten Bundesrepublik zuvor vier Jahre Zeit gehabt hatten, musste im Osten in wenigen Wochen bewältigt werden.

Und dann war da noch die Treuhandanstalt, die dem Bundesfinanzministerium unterstand. Ursprünglich gegründet, um aus dem DDR-Staats-eigentum wirkliches Volkseigentum zu machen, sollte sie nun die ostdeutsche Wirtschaftsmasse ins kapitalistische System überführen. Zuständig war sie auch für das Eigentum der DDR-Parteien und -Organisationen – jedenfalls solange, wie eine eigens geschaffene, hoch dotierte Kommission den rechtsstaatlichen Erwerb dieses Eigentums prüfte. Zu diesem Eigentum gehörte das »Neue Deutschland«.

Humor hatten sie ja, die Mitarbeiter der Treuhand-Abteilung Sondervermögen. Wenn auch einen leicht morbiden Humor. Oder einfach nur Langeweile. Jedenfalls bastelten sie sich irgendwann Anfang der 90er Jahre den »Entwurf einer Musterverfügung« gegen eine Gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung des Menschlichen Glücks, vertreten durch den Geschäftsführer Himmelreich. So berichtet es der Publizist und Treuhandkenner Otto Köhler in seinem Buch »Die große Enteignung«.

Verein und Name waren natürlich fiktiv, der Zweck der vorbereiteten Übung dagegen keineswegs: Es ging um die juristische Übernahme des Eigentums vormaliger DDR-Organisationen und zugehöriger Firmen. Im Falle des »Neuen Deutschland«, des jahrzehntelangen Zentralorgans der Staatspartei SED, warf man sich dann, als es ernst wurde, doch lieber in eine martialische Pose: »D-Day« nannten die Treuhänder die Aktion, bei der am 24. Juni um 8 Uhr Vermögen der PDS, darunter die Zeitung, beschlagnahmt werden sollte. An der Geschmackssicherheit der Treuhänder darf man bis heute zweifeln. Denn D-Day war der Codename der Angriffs der Westalliierten auf die Wehrmachtstruppen im besetzten Frankreich 1944 gewesen.



Wer der Antwort auf die Frage ans Licht der Welt helfen will, warum West-Kinder häufiger per Kaiserschnitt geboren werden, wird mit vielen Möglichkeiten konfrontiert: unterschiedliche Risikobewertungen der Ärzte, durchschnittlich jüngere Erstgebärende im Osten, die Sozialstruktur, vermehrtes Auftreten von Übergewicht, zunehmendes Gewicht der Kinder zum Geburtstermin ... Ehrlich gesagt: Wir kennen den Grund auch nicht.

Unter diesem fragwürdigen Kommandoslogan wurden im Frühsommer 1991 nicht nur die Konten und Vermögenswerte der PDS, sondern auch des »ND« gesperrt und unter Treuhandverwaltung gestellt. Jede Ausgabe, jede Kontobewegung, jedes Detail wollten die Kontrolleure wissen. Was für eine Zeitung und ihre Mitarbeiter zwangsläufig in die journalistische Selbstständigkeit, in den Quellenschutz – kurz: in die Grundlagen der täglichen Arbeit eingreift.

Um sich gegen diese Zumutungen zur Wehr zu setzen, erschien »Neues Deutschland« mehrere Tage mit der

schwarz unterlegten, ziemlich auffälligen Zeile »Die einzige deutsche Tageszeitung unter direkter Regierungsaufsicht« über dem Zeitungstitel auf Seite 1. Dieser Vorwurf und das damit verbundene Aufsehen waren der Treuhand dann doch peinlich – die Restriktionen wurden etwas gelockert, die Zeile verschwand wieder.

Etwas ein Vierteljahr dauerte der Kampf mit Treuhand und Parteienkommission, die eine Entscheidung über das »ND« immer wieder verzögerte. Schließlich aber ging es Hals über Kopf: Auf einer Pressekonferenz verkündete der Chef der Kommission,

der spätere Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier, die Zeitung werde aus der Kontrolle der Treuhand entlassen. Die Entscheidung war in der Kommission nach kontroverser Diskussion äußerst knapp ausgefallen, mit acht Ja-Stimmen, drei Gegenstimmen und vier Enthaltungen. Papier entblödete sich nicht, von Pressefreiheit zu sprechen. Dabei wusste er genau, was eigentlich beabsichtigt war: Die Kommission kannte die schwierige finanzielle Lage des »ND«, gab aber – gegen Bedenken aus der Treuhand – kein Geld zur Sanierung und technischen Mo-

dernisierung von Verlag und Redaktion frei und behielt die Hand auch auf dem Redaktionsgebäude. Daher, so Papier auf der Pressekonferenz mit schlecht kaschierter Schadenfreude, werde dem »ND« nur die Liquidation in absehbarer Zeit bleiben.

In der Tat stand die Zeitung am Rande des Abgrunds. Wenn kein Wunder geschehe, sagte damals auch der Bundesschatzmeister der PDS Dietmar Bartsch, sei dies das Aus für das »ND«. Der PDS, selbst unter Treuhandkontrolle, waren die Hände gebunden. Eine Zeitung titelte einen Bericht über den ebenso skandalösen wie durchsichtigen Vorgang so: »Neues Deutschland wird in den Konkurs entlassen«.

Aber es kam anders – das Wunder geschah. Redaktion und Verlag riefen die Leser zu einer Spendenaktion auf, und innerhalb weniger Wochen ging auf dem Solidaritätskonto mehr als eine Million Mark ein. Geld, das der Zeitung zunächst die Bewegungsfreiheit sicherte und die Grundlage für eine langfristige eigenständige Arbeit darstellte.

Allerdings war das nicht der einzige Angriff auf die Existenz des »Neuen Deutschland«. Mal sollte es auf Betreiben der Treuhand an eine windige Investorengemeinschaft aus Malta verhökert werden, dann wieder forderten Treuhand und Parteienkommission über 15 Millionen D-Mark zurück, die angeblich rechtswidrig von der Eigentümerin PDS ans »ND« geflossen seien – eine Investition, wie sie in DDR-Medien durchaus üblich war und die stattfand, bevor man die neuen Kontrollinstanzen um Erlaubnis hätte fragen müssen. Und schließlich wurde der Staatskonzern Deutsche Bahn vorgeschickt, um das »ND« aus dem Verlagsgebäude am Berliner Franz-Mehring-Platz zu vertreiben. Weil dieses Haus auf früherem Bahngelände steht, verlangte die Bahn wechselweise die Räumung des Hauses, den Abriss auf ND-Kosten und die auf Jahre rückwirkende Zahlung horrender Mieten. Da der Rechtsstreit darum teuer und riskant war, zog das »ND« vorsichtshalber aus – um 2005, zehn Jahre später, in das rechtlich sichere Haus auf rechtlich sicherem Grundstück zurückzukehren.

Das »Neue Deutschland« hat in diesen existenzbedrohenden Auseinandersetzungen seine ganz eigene Lektion Marktwirtschaft und Rechtsstaat gelernt: Finanzieller Druck kann ein ebenso scharfes Schwert sein wie politische Zensur, aber man kann sich wehren – zuweilen mit Erfolg. So sehr die ND-Gegner sich um einen streng rechtsformalen Anschein bemühten, war doch immer das hinter den Angriffen stehende Interesse unübersehbar, eine linke, aus DDR-Zeiten überkommene Zeitung auszuschalten. Wem das übertrieben erscheint, der lese, was die Treuhand-Präsidentin Birgit Breuel, eine Frau aus konservativen CDU-Kreisen, zu jenem Hasardspiel der Parteienkommission vom Herbst 1991 sagte, den viele als den Todesstoß für das »ND« betrachteten: »Wir äußern uns nicht zu politischen Entscheidungen.«

Jede Kontobewegung des »ND«, jedes Detail wollten die Kontrolleure wissen. Was für eine Zeitung und ihre Mitarbeiter zwangsläufig in die journalistische Selbstständigkeit, in den Quellenschutz – kurz: in die Grundlagen der täglichen Arbeit eingreift.

## Millionenlücken in der Abschlussbilanz

Treuhand und Parteienkommission entwickelten im Umgang mit Parteien aus der Ex-DDR unterschiedliche Maßstäbe

Anfang 1990, als viele DDR-Bürger noch glaubten, es gehe um eine erneuerte sozialistische Republik, lief im Hintergrund schon das Unternehmen Übernahme. Die großen Parteien der Bundesrepublik hatten längst ihre Fühler nach Osten ausgestreckt. Berater aus dem Westen zogen die Fäden, pumpen Geld in den politischen Umbruch Ost. Es lockten Einfluss und Pfünde. Die jahrzehntelange der SED ergebene Blockparteien CDU und DBD (Bauernpartei) schwenkten zügig zur West-CDU, die Liberalen von der LDPD und die NDPD in Richtung FDP.

Der Einsatz im Osten hatte für CDU und FDP auch ganz materielle Grün-

de: Sie spekulierten auf Hunderttausende neue Mitglieder und auf Parteieigentum in Gestalt von Geld, Gebäuden und Zeitungsverlagen. Um dessen rechtmäßigen Erwerb zu klären, wurde 1990, noch zu DDR-Zeiten, die Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen eingesetzt. In ihrem Auftrag sollte die Treuhandanstalt die Vermögenswerte vorübergehend verwalten.

Nach der deutschen Vereinigung um etliche Beamte und Politiker aus dem Westen aufgestockt, entwickelten die beiden Gremien bald unterschiedliche Maßstäbe für ihre Arbeit. Die PDS wurde als Rechtsnachfolge-

der SED buchhalterisch so hart an die Kandare genommen, dass sie sich in ihrer politischen Arbeit drastisch eingeschränkt sah. Die Kontrolleure verstiegen sich teils zu abenteuerlichen Behauptungen – etwa zu der These, mehr als zwei Millionen Mitglieder könnten gar nicht freiwillig in der SED gewesen sein, weshalb ein Großteil der Mitgliedsbeiträge der Partei nicht zustünde.

Mit Sicherheit war es extrem schwierig, Licht in das Vermögensimperium der SED zu bringen. Die teils verdeckten wirtschaftlichen Verflechtungen reichten auch ins Ausland; PDS-Chef Gregor Gysi konstatierte seinerzeit: »Die SED ist zum Teil

wie eine illegale Partei betrieben worden.« Der eine oder andere PDS-Funktionär entwickelte kriminelle Energie, um Parteivermögen im Ausland zu bunkern – als Vorsorge für die Zeit einer vermeintlich drohenden Illegalität. Letztlich blieben der PDS vier Immobilien sowie das »Neue Deutschland« und der Karl-Dietz-Verlag.

Dagegen waren die staatlichen Kontrolleure bei den einstigen Blockparteien wesentlich großzügiger. Zwar konnten sie bei weitem nicht mit Größe und Vermögen der SED mithalten, eine gute Partie waren sie dennoch. Und das nutzten die Westpaten genüsslich aus. Als die Parteienkommission 1996 ihren Ab-

schlussbericht vorlegte, klafften in der CDU-Bilanz Millionenlücken. Das scherte allerdings niemanden, ebenso wenig wie die Tatsache, dass sich die CDU-Landesverbände Ost bis zum Beitritt zur Westpartei auf Null gerechnet hatten. Und die »FAZ« durfte die Verlagsgruppe der Ost-CDU für lächerliche vier Millionen D-Mark kaufen; allein die zugehörigen Grundstücke wurden wenig später auf das Zehnfache taxiert.

Ähnlich rührend kümmerten sich Treuhand und Parteienkommission um die Liberalen. Zwar hatte die FDP nach Ansicht der Kommission keinen Anspruch auf das Vermögen von LDPD und NDPD, weil deren An-

schluss juristisch fehlerhaft abgelaufen war. Aber 1995 schloss man einen netten Vergleich mit der FDP: Sie durfte gut 20 Millionen D-Mark aus Ostvermögen behalten und bekam auch noch zwei Grundstücke. Ganz genau konnte man die Sache leider nicht prüfen, denn weil die beiden Ostparteien ihr Vermögen schnell genug der Westpartei überlassen hatten, konnte laut Kommission darüber »nicht mehr uneingeschränkt berichtet werden«. Übrigens hat die FDP ihre Mitgliederzahl durch den Zuwachs Ost verdreifacht. Sie brauchte keine zehn Jahre, um auf das alte Maß zurückzuschumpfen. Wolfgang Hübner



# Rahmbutter, drei D-Mark

Die Währungsunion, der Konsum von Mönchwinkel und ein Dachbodenfund

**M**it der Erinnerung ist es ein bisschen wie mit dem Grund eines Sees: Im Laufe der Zeit kommt immer noch eine neue Schicht obendrauf und wenn das Sediment später aufgewirbelt wird, gerät manchmal etwas durcheinander. Aber vielleicht war es wirklich so: Am Tag nach der Währungsunion war ich im Dorfkon-

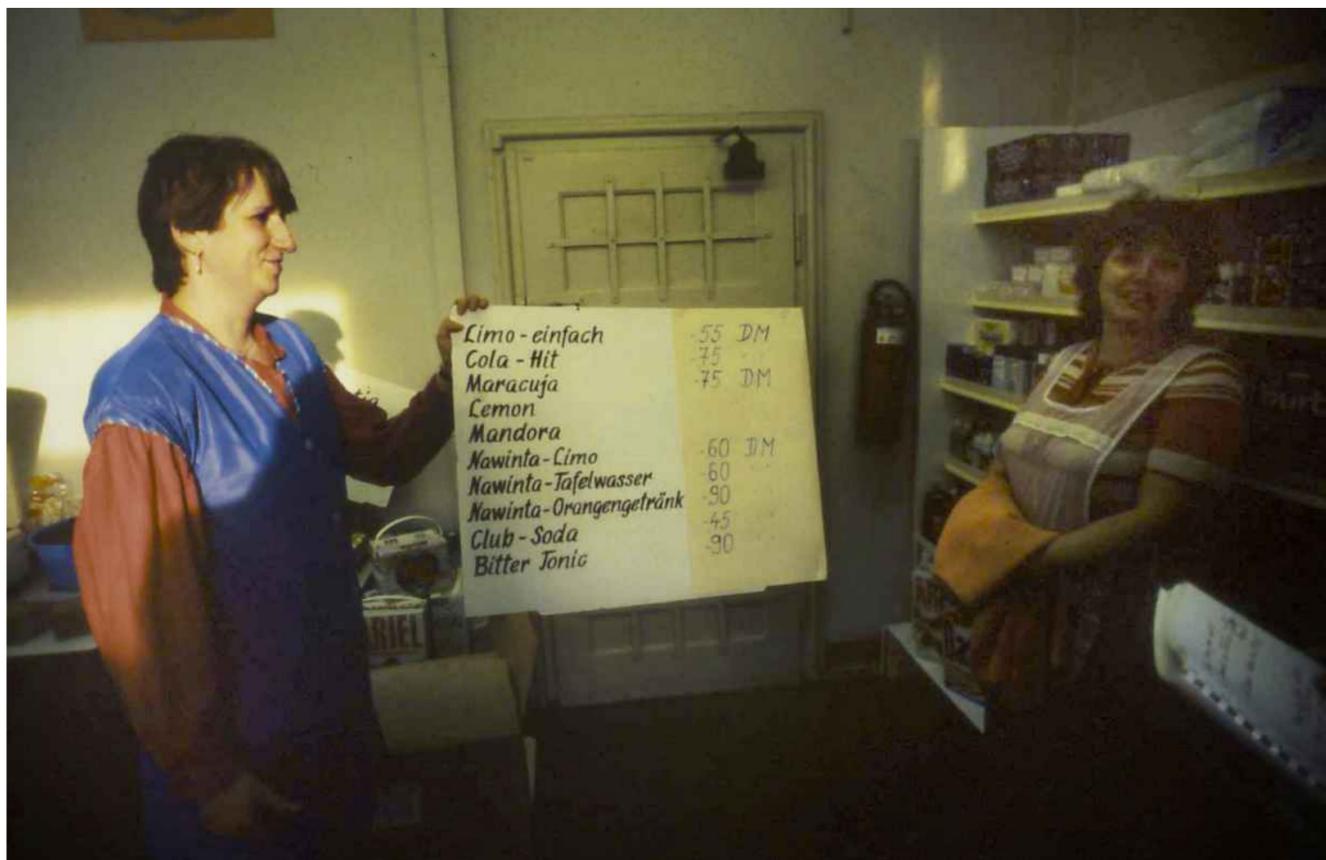
sum in Mönchwinkel, einem kleinen Ort südlich von Berlin, wo wir im Sommer wohnten. Für einen Jugendlichen war Einkaufen damals trotz der politischen Umstände keine besonders aufregende Sache. Der kleine Laden bestand praktisch nur aus anderthalb Räumen, am Eingang stapelten sich wie immer die Kästen mit den gläsernen Milchflaschen, gleich

daneben stand die Registrierkasse, es war noch keine elektrische.

Was eine Währungsunion war, hatte man natürlich auch längst verstanden. Wie viel Geld auf welchem Konto im Verhältnis 1 zu 1 umgetauscht wurde, war damals fester Bestandteil von Alltagsgesprächen. Natürlich haben sich praktisch nur die Eltern um so etwas gekümmert, wir Jugendli-

chen genossen damals noch die Freiheit von diesen Dingen. Aber die »Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion« war auch so eine Art Generalbass in der Melodie dieser Tage: Er brummte die ganze Zeit hörbar und immer auch ein bisschen bedrohlich.

In dem Konsum in Mönchwinkel also hatte man auf eine schwarze Tafel »Jetzt in D-Mark« oder so ähnlich





geschrieben. Als ob es in dieser DDR, die ab diesem Montag schon keine mehr war, noch jemanden gegeben hätte, der das nicht wusste oder nicht sogar darauf gewartet hatte. Noch gab es keine Werbeaufkleber an der einzigen Schaufensterscheibe neben der kleinen Treppe, die zwei oder drei Stufen hinauf in den Laden führte. Auch die notorischen Fahnen der Eishersteller kamen wohl erst später. Ich weiß nicht genau, ob es wirklich stimmt, aber ich erinnere mich daran, dass die »FrISChe Rahmbutter«, auf deren Plastikdeckel für jeden ganz deutlich sichtbar in Rot »1,75 Mark« aufgedruckt war, plötzlich 3 D-Mark kostete. Jedenfalls in diesen ersten Tagen. Vielleicht wussten die

Frauen, die in dem Laden arbeiteten, einfach keinen besseren Preis. Oder es hatte sich die Kunde davon, dass alle Preise mit 99 Pfennig zu enden hatten, noch nicht nach Mönchwinkel verbreitet. Wollten sie uns abzocken? Oder war es doch anders, und die Drei-D-Mark-Rahmbutter nur ein später hinzugekommenes Sediment. Aufgewirbelt wurde die Geschichte jedenfalls vor ein paar Monaten, als unser Fotoredakteur Frank Schirmeister mit einer Entdeckung kam: Auf einem Dachboden hatte Ronny Kraak vom »Kraftfuttermischwerk« eine Serie Dias eines Unbekannten entdeckt, gesannt und ins Internet gestellt. Frank hatte sie dort gesehen und für eine Fotostrecke vorgeschla-

gen. Ein großartiger Fund: Irgendjemand hatte in den Wochen nach der Währungsunion Kaufhallen und Läden in der DDR fotografiert. Der Konsum präsentierte plötzlich das »OTTO-Bestellcenter«; neben der Flaschenrücknahme stand jetzt der Werbeaufsteller für die »Neue Presse - Express«. (Ein Indiz, wo die Fotos entstanden: Der DuMont-Verlag hatte sich 1990 unter diesem Titel in Leipzig, Magdeburg, Erfurt und Gera versucht.) Die Maracuja-Brause war plötzlich auch teurer geworden: 75 Westpfennig. Vorher kostete jedenfalls in Berlin die große Flasche 65 Ostpfennig. Auf dem Grund meines Erinnerungssees hat sich auch eine seltsame

Neigung zum Umrechnen abgelagert, die bis heute nicht zugeschüttet ist: Hatte man nicht nach der Maueröffnung von Kursen gehört, bei denen DDR-Mark im Verhältnis 5 zu 1 in »Westgeld« umgetauscht wurde? Sogar Kurse von 10 zu 1 soll es gegeben haben! War dann also die Flasche Maracuja-Brause nicht irgendwie plötzlich 7,50 DDR-Mark wert? Und hätte man dafür nicht drei Tage vorher im Konsum von Mönchwinkel oder in einer der DDR-Kaufhallen, die bei Wikipedia heute »größere, räumlich nicht unterteilte eingeschossige Selbstbedienungsläden« für »sogenannte Waren täglicher Bedarf« heißen, 150 Schrippen bekommen? Nein? Tom Strohschneider



# Simply Black

Erinnerungen an den 18. März 1990, nach dem der Ausverkauf seinen Lauf nehmen sollte.

Von Rüdiger Krause

Meine Großeltern sagten immer, wer die Bundesrepublik überfallen will, der macht das am Wochenende. Da sind die Kasernen leer, weil alle Soldaten übers Wochenende nach Hause fahren. Die alte DDR war nicht so leichtfertig gewesen. Aber diese alte DDR gab es jetzt nicht mehr.

Dass in der neuen DDR das zweite D wirklich für »demokratisch« stand, wollte man schnell noch richtigstellen, kurz bevor das ganze Experiment beendet wurde. Und so wurden am Wochenende zum 18. März 1990 fast alle Soldaten zwischen Kreidelfelsen und Vogtland nach Hause geschickt, um frei zu wählen, anstatt die Heimat zu beschützen. Eigentlich hatte ja niemand mehr so richtig etwas dagegen, vom imperialistischen Ex-Klassenfeind erobert zu werden.

Auch ich wurde zu diesem Anlass in den Kurzurlaub entlassen. Das Ende meiner Armeezeit und der nachträgliche Wechsel in den Zivildienst waren bereits abzusehen und ich fuhr, ohne die verhasste Ausgangsuniform tragen zu müssen, mit dem Zug nach Magdeburg. Meine Eltern erzählten mir freudestrahlend, dass auf dem Alten Markt eine Riesenparty gefeiert wird. Weil in der DDR zum ersten Mal freie Wahlen sind. Eine Band würde spielen. Stände mit Bratwurst, Bier aus dem Westen und eine Videowand für die Hochrechnungen würde es geben. Und einfach gute Laune.

Ich war halbwegs politisch engagiert und bestens informiert. Es gab keinen Zweifel daran, wer die DDR in ihrer Auslaufphase regieren würde. Die SPD! Sie würde das Rennen machen und dann mit dem Bündnis 90 eine Koalition eingehen. Also ganz links im Diagramm der rote Balken. Welche Farbe würde wohl der Balken des Bündnis 90 haben? Grün oder lila oder Regenbogen? In der zukünftigen Ex-DDR war alles möglich. Abschaffung der Wehrpflicht, Schwerter zu Flugscharen als Staatswappen und Dirigent Kurt Masur for President.

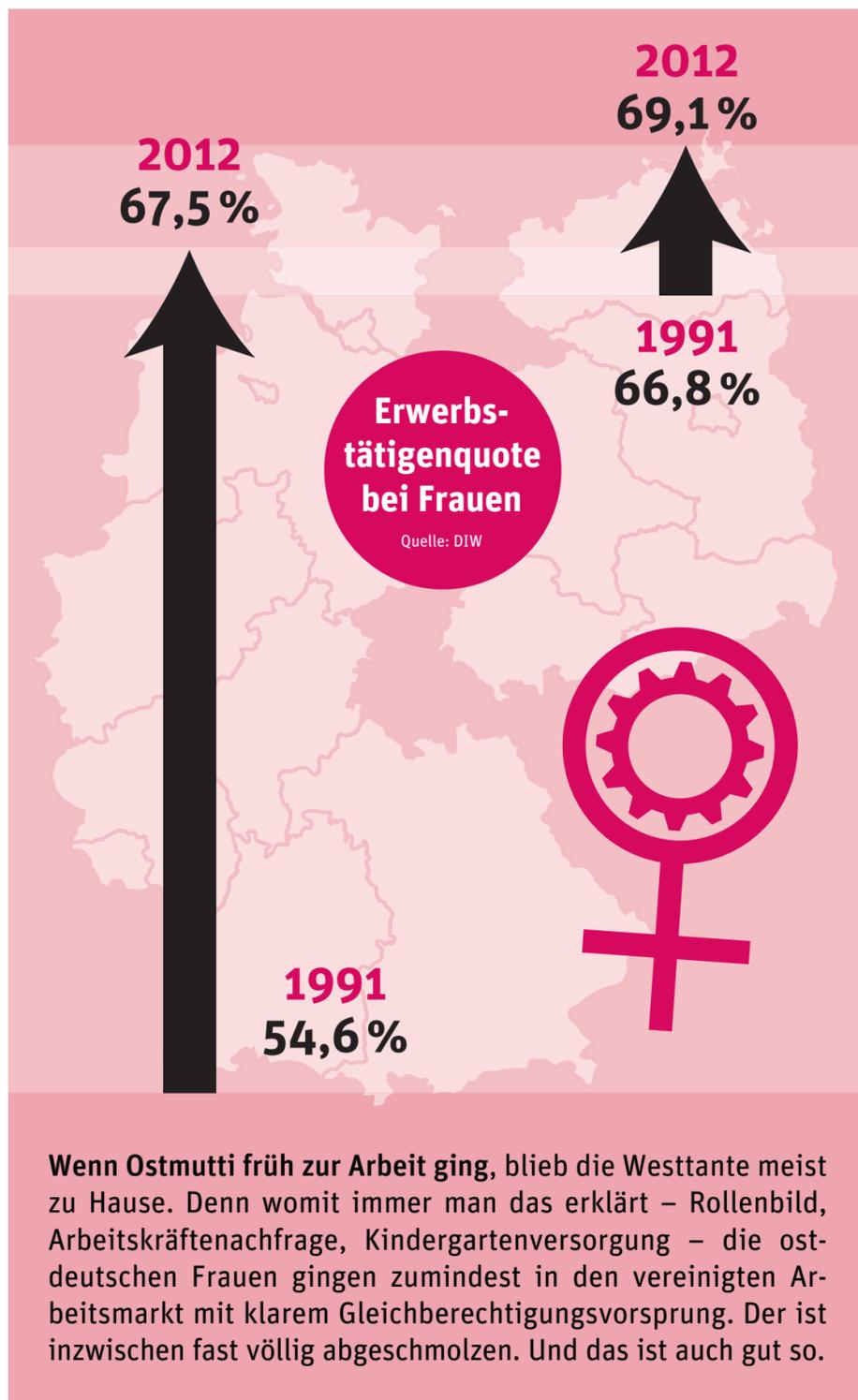
Zur Wahlparty sollte dann »PAN« spielen, die Band, in der mein Musikschulfreund Krolli früher Gitarrist gewesen war, die schon 1985 wie eine echte Top-40-Cover-Band klang und deren Sänger immer ein ganz sympathischer war. Bandchef Bodo hatte vor ein paar Jahren, als er noch Bass spielte, im Westen eine Erbschaft gemacht und sich einen nagelneuen, topaktuellen Synthesizer mitgebracht. Seitdem spielte er in seiner Band Keyboard. Mit einem DX7 klang alles wie aus dem Radio. Gitarristen brauchten nicht mehr zu üben. Saxophonisten auch nicht. Das machte alles Bodo mit dem DX7. Bald würden viel mehr Bassisten die Chance bekommen, Keyboarder zu werden.

Es war ein schöner, relativ warmer Frühlingsnachmittag. Ich nahm exakt meinen alten Schulweg, denn ich musste ja noch wählen gehen, und mein Wahllokal befand sich in der Schule, die immer noch nach Wilhelm Pieck benannt war. Viel verändert hatte sich hier nicht.

Vor dem Rathaus sah es allerdings nicht mehr aus wie noch ein paar Monate zuvor. Der Alte Markt war ein einziger großer Biergarten. Vorne gab's eine Livebühne mit schicken Traversen und einer großen Videowand. Auf manchen Sonnenschirmen prangte das Logo der West-CDU. Ja ja, klar, die wollten eben überall mitmischen, hatten doch aber keine wirkliche Chance gegen die mutigen DDR-Oppositionellen, für die das Herz der vielen Tausend Montagsdemonstranten schlug.

Zu Hause bei meinen Eltern hatte ich schon ein, zwei Bier getrunken und auf dem Alten Markt ging's schön weiter mit Freibier aus Plastikbechern. Ich hatte schon Jahre zuvor aufgehört, den ostdeutschen Begriff »Plaste« zu verwenden, weil das so DDR-mäßig war. Plaste und Elaste aus Schkopau. Davon hatte ich mich klar abgegrenzt.

Die Gruppe »PAN« spielte, und dass ich auf der Party kein bekann-



Wenn Ostmutti früh zur Arbeit ging, blieb die Westtante meist zu Hause. Denn womit immer man das erklärt – Rollenbild, Arbeitskräftenachfrage, Kindergartenversorgung – die ostdeutschen Frauen gingen zumindest in den vereinigten Arbeitsmarkt mit klarem Gleichberechtigungsvorsprung. Der ist inzwischen fast völlig abgeschmolzen. Und das ist auch gut so.

tes Gesicht entdecken konnte, war mir egal. Schließlich kannte ich die Band! Und die klang über die Riesenanlage gleich noch mal so gut. Richtig sauber. Wie aus dem Radio. Fast gar nicht mehr wie eine Band, sondern viel besser. Es gab zum Sänger noch eine Sängerin dazu, und das ganze Repertoire von Belinda Carlisle bis Jason Donovan war kein Problem für »PAN«. Die meisten der gespielten Songs mochte ich nicht, aber die Band war so professionell! Und wenn »Sade« oder »Level 42« gecovered wurde, war ich auch wieder bester Dinge. Das da vorne waren meine Leute!

In der Pause begrüßten wir uns: Ach, dich hätt ich fast nicht erkannt! Wo sind denn die schönen Haare hin? Ach, haben sie dich doch noch eingezogen? Ist da überhaupt noch jemand bei der NVA? ... An diesem Tag war's jedenfalls fast keiner mehr. Es gab viel zu erzählen, und da ich bei dieser historischen Party nicht vorhatte, zu früh zu gehen, war es eine klare Sache, dass ich später noch mit »PAN« abhängen würde.

Als Musiker hatten wir interessante, ganz neue Perspektiven. Freier Wettbewerb und endlich keine Zensur mehr. Keine Partei würde uns Künstler mehr vor ihren Karren spannen. Keine Ja-Sager-Feste zum 7. Oktober oder 1. Mai mehr. Keine Estradenprogramme, auf denen Volkskunstkollektive von ihren Trägerbetrieben zur Schau gestellt würden.

Ich freute mich sehr, diesen Tag mit zukünftigen Kollegen zu verbringen. Aber die mussten jetzt zu-

rück auf die Bühne. Die Leute wollten feiern, und die erste Hochrechnung würde auch bald kommen.

Das Bier schmeckte immer noch, und es war für einen waschechten Demokraten wie mich kein Problem, dass doch ziemlich viele der Sonnenschirme das CDU-Logo aufgedruckt hatten. Schließlich regierte Helmut Kohl frei gewählt unser deutsches Nachbarland, und dort freuten sich einfach alle mit uns. Die ersten freien Wahlen im Osten!

Langsam wurde es richtig spannend. Die Wahllokale hatten geschlossen. Die erste Prognose musste jeden Moment veröffentlicht werden. Ich hatte das Bündnis 90 gewählt. Die hatten meine Sympathie, weil das Neue Forum mit dabei war. Und die SPD brauchte meine Stimme nicht. Die war sowieso stärkste Kraft.

Neun Jahre zuvor war ich noch zum Wahlsonntag im Kulturprogramm meines Schulchors aufgetreten. Da war noch alles ganz anders gewesen. Ich trug eine Pilzkopffrisur und ein Pioniertuch und spielte damals noch Klavier. Ein Instrument, bei dem ich nicht geblieben bin. Ich wollte Gitarre spielen. Wegen der Beatles und wegen Stefan Diestelmann. Und weil meine Eltern eben keine Erbschaft im Westen gemacht hatten.

Damals wurden die Kandidaten der Nationalen Front gewählt. Die gemeinsame Liste der SED und ihrer Blockparteien – habe ich schon erwähnt, dass eine davon die CDU war? – gewann immer mit traumhaften 99,8 Prozent ohne Gegenkandidaten. Die Nachfolger dieser Blockflöten, wie wir sie in der kreativen Auf-

bruchszeit nannten, hatten jetzt, im Jahr 1990, wohl nicht mehr viel zu melden.

Noch ein Bier. Es wurde Zeit für das erste Wahldiagramm. Ich blieb gespannt unter einem Schirm stehen, auf dem »CDU« stand. Die Band unterbrach ihr Lied und startete erwartungsvoll auf die Videowand.

Mir gingen die bärtigen Gesichter von Wolfgang Thierse und Markus Meckel durch den Kopf, die irgendwie ein bisschen wie Marx und Engels aussahen – und nun als aufrechte Sozis aus der illegalen Opposition bis an die Spitze der Regierung gelangen würden. Ich dachte an die ersten Unterschriftenaktionen des Neuen Forums. An Montagsdemos. Angst, Erleichterung, Hoffnung. Neue Lieder zur Wandergitarre im Dom: »und sa-hag e-hes wei-ter«. Umgestalten statt Ausreisen. Der alternative Weg. »Wir sind das ... oder wenigstens eins davon.«

18 Uhr. Die erste Hochrechnung! Ganz links im Balkendiagramm die Farbe der stärksten Partei. Und die war – ganz klar – schwarz! So eindeutig schwarz und so eindeutig am größten, wie es nur irgendwie ging.

Richtig hinsehen! Das konnte jetzt nicht stimmen. Noch mal blinzeln. Immer noch schwarz. Vielleicht ein Irrtum? Ein Computerfehler wie 1981 bei der ZDF-Hitparade, als Hans Hartz mit seinem Lied »Die weißen Tauben fliegen nicht mehr« null Prozent der TED-Stimmen bekommen hatte und Schnellsprecher Dieter Thomas Heck noch im Abspann eine Gegendarstellung unterbringen musste. Scheinbar auch das nicht.

Keine Richtigstellung. Kein Dieter Thomas Heck.

Aber noch unfassbarer als das Ergebnis an sich war der Jubel, der um mich herum losbrach. Als wäre Fußballerlegende Sparwasser zurückgekommen, um für den 1. FC Magdeburg das erste gesamtdeutsche Tor des Monats zu schießen. Alle klatschten und jubelten der CDU und ihrer »Allianz für Deutschland« zu.

Hilflos suchte ich den Blickkontakt zu meinen Kollegen auf der Bühne und sah ..., wie die Band jubelte! Mit zackig in die Luft gestoßenen Fäusten und seligen Umarmungen zeigten die Musiker, dass das vorläufig amtliche Endergebnis für sie ein richtiger Grund zum Feiern war. Wie hatte ich mich so in ihnen täuschen können? Musiker, die aus dem Rock 'n' Roll, also aus der Rebellion, kommen, können doch nicht »ju-huu!« schreien, wenn die Erzkonservativen hier den Wahlsieg einfahren!

Ich ging mit einem neuen Bier ein Stück weg vom Zentrum der guten Laune. Erst jetzt, aus dieser Perspektive, wurde mir allmählich klar, wo ich den Abend verbracht hatte. Ich war auf einer CDU-Party gelandet. Die CDU hatte alles bezahlt: den Alten Markt, die Videowand, die Gruppe »PAN«, das Bier und die Sonnenschirme. Es stand ja auch eindeutig überall »CDU« drauf.

Ich war völlig benommen. Nicht vom Biertrinken. Über eine stärkere Wirkung des Alkohols wäre ich sogar froh gewesen. Mich bedröhte vielmehr die Situation, in die ich mich selbst hineinbegeben hatte. Alles Mögliche kam mir in den Sinn. Zum Beispiel der Slogan des Bündnis 90: »Wer bei Honecker Blockflöte gelernt hat, kann in keiner Demokratie die erste Geige spielen.« Und wie ich mich über so viel Humor in diesem ersten und letzten Wahlkampf in der DDR amüsiert hatte. Die ostdeutschen Blockparteien, die erst dann auf Distanz zur allmächtigen SED gingen, als die Sonderzüge längst abgefahren waren, konnte man doch getrost unter Ulk verbuchen. Oder eben nicht. Jetzt also doch die erste Geige ... Oder Bratsche.

Zuerst war es ein winziger schwarzer Punkt am Himmel. Er wurde langsam größer und nahm allmählich Konturen an. Die Umrisse wurden immer klarer erkennbar. Ja, richtig! Ich sah Helmut Kohl aus den Wolken heranschweben. Wie eine übergewichtige Mary Poppins hing er an einem CDU-Sonnenschirm und spielte dabei einhändig Blockflöte. Es könnte auch eine PAN-Flöte gewesen sein. Zahllose Bier trinkende DDR-Bürger reckten ihm ihre 100- und 50-Markscheine, auf denen die Köpfe von Thierse und Meckel waren, zum Umtausch gegen Bananen und Westzigaretten entgegen. Der große Helmut Poppins eroberte mit einem pfälzischen »Chim Chim Cheree« den sich kampflös ergebenden Osten. Da war nichts zu machen, denn die NVA, und damit auch ich, war ja übers Wochenende weg.

Ich bin noch eine Weile geblieben. Auf der CDU-Party. Habe mir noch ein paar Bier im Plastebecher spendieren lassen. Natürlich: Plaste! Ich lass mir doch meine Ost-Identität nicht nehmen! Und demonstrativ von der Videowand weggehend, konnte ich doch beobachten, wie das Wahlergebnis von Hochrechnung zu Hochrechnung immer eindeutiger zu Gunsten der Konservativen präzisiert wurde. Dazu spielte weiter die gut gelaunte Gruppe »PAN«.

Es wurde Zeit zu gehen. Ich wollte nicht mehr in die Nähe der Bühne, und auf keinen Fall wollte ich mich in ein Gespräch mit der Band verwickeln. Bodo am Keyboard zählte eine Ballade ein, einen Klassiker, den ich von »Simply Red« kannte und sehr mochte. Die Band sang nur für mich. Nicht wissentlich, nur ich allein wusste, dass das Lied für mich bestimmt war. Helmut Poppins hatte ja außer mir auch niemand gesehen. Noch von weitem konnte ich den tadellosen Satzgesang hören: »If you don't know me by now / You will never never never know me / u-hu-hu-hu-huu...«



Rüdiger Krause, 1970 geboren in Suhl, zu Hause in Berlin, Jazzmusiker. Er ist Kopf des Trios Electric Krause, spielt Gitarre bei Céline Rudolph, Barbara Thalheim und der Günther Fischer Band. Soeben erschien sein Album »A Guitar Named Carla«, eine Hommage an die Musikerin Carla Bley. Derzeit arbeitet Krause an seinem ersten Band mit Essays und Erzählungen.

Foto: Mehmet Dedeoglu

Wie eine übergewichtige Mary Poppins hing Helmut Kohl an einem CDU-Sonnenschirm und spielte dabei einhändig Blockflöte. Zahllose Bier trinkende DDR-Bürger reckten ihm ihre 100- und 50-Markscheine, auf denen die Köpfe von Thierse und Meckel waren, zum Umtausch gegen Bananen und Westzigaretten entgegen.